

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 80 Pfennig, Kleinanzeige 5,- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 6. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Justizkomödie in Bulgarien.

Genosse Kurt Rosenfeld ausgewiesen und zum Rücktritt gezwungen.

Sofia, 5. Mai. (Eig. Drahtber.) Die parteigenösslichen Rechtsanwältinnen Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, Mitglied des Deutschen Reichstags, und Dr. Oswald Richter-Wien sind in Sofia eingetroffen, um dem Prozeß gegen das Zentralkomitee der kommunistischen illegalen Organisation beizuwohnen.

Bis jetzt hat die bulgarische Regierung immer die Berichte der Arbeiterpresse des Auslandes über die Herrschaft des weißen Terrors in jenem Staate zu dementieren versucht.

fätigt alle diese Berichte und rechtfertigt vollauf den Verdacht, daß in Sofia lediglich eine Justizkomödie aufgeführt wird gegen Arbeiter, die durch irgend einen Zufall noch nicht von den bekannnten „Unverantwortlichen“ der bulgarischen Regierung ermordet und so noch vors Gericht gekommen sind.

Sozialistischer Klub in Sofia zertrümmert.

Am Vorabend des 1. Mai tagte im Klub der Sozialistischen Partei zu Sofia eine Versammlung. Die Arbeiter hatten vor dem Gebäude drei Plakate mit folgenden Aufschriften angebracht:

„Nieder mit dem Blutwurstsozialismus!“
„Nieder mit dem Gesetz zum Schutz des Staates!“
„Her mit der Volk-Amnestie!“

Diese Plakate sollten auf Verlangen der Polizei entfernt werden, und als das nicht geschah, drang die Polizei in das Gebäude ein, schlug die Arbeiter und zertrümmerte die Möbel.

Pflichterfüllung im Reichstag.

Wer fehlt bei namentlichen Abstimmungen?

Von Hermann Müller.

Dem Kieler Parteitag liegt ein halbes Duzend Anträge vor, die verlangen, daß gegen Abgeordnete, die im Reichstag und in den Landtagen bei wichtigen Abstimmungen unentschuldig fehlen, das verhängte Mißtrauen ausgesprochen werden soll.

Dem Antrag „Röckern“ ist ganz richtig hervorgehoben, daß das Mißtrauen nur bei unentschuldigtem Fehlen am Platte ist. Der Antrag „München“ will als Entschuldigung nur Krankheit oder unaufschiebbare Partei- oder Gewerkschaftsangelegenheiten gelten lassen, der Antrag „München“ nur unabänderliche persönliche Verhältnisse.

Der hier untersuchte Fall dürfte typisch sein. Ich kann das als geschäftsführender Vorsitzender der Fraktion mit Recht behaupten, weil Parteigenossen, die unaufschiebbare Geschäfte wahrzunehmen haben, regelmäßig zu mir kommen und sich entschuldigen, sobald eine wichtige namentliche Abstimmung bevorsteht.

Geht man den angegebenen Entschuldigungsgründen einmal im einzelnen nach, so muß festgestellt werden, daß sich die angegebenen Fälle selten vermeiden lassen. Von den Krankheitsfällen ist dabei ohne weiteres abzusehen, wie es den betreffenden Parteigenossen nicht möglich macht, ihre Pflicht zu erfüllen?

Ebenso ist es für die Reichstagsfraktion von größtem Wert, daß führende Genossen aus den Gewerkschaften ständig in der Fraktion mitarbeiten. Wer den großen Pflichtkreis kennt, in dem ein Gewerkschaftsführer zu arbeiten hat, wird verstehen, daß an manchem Tage, wenn wichtige Gewerkschaftsarbeiten auf dem Spiele stehen, die Pflicht des Gewerkschaftsführers der Pflicht des Abgeordneten vorausgehen muß.

Besonders hervorgehoben sei jedoch, daß fortwährend zu mir als Fraktionsvorsitzender Genossen kommen, die sagen, daß sie die Sitzung verlassen wollen, weil sie sich zu einem Referat in einer öffentlichen Versammlung oder auf einer Bezirks- oder Unterbezirkskonferenz ihres Wahlbezirks oder eines anderen Wahlkreises verpflichtet hätten.

Arbeiterschaft und Weltwirtschaft.

Reden Emmy Freundlich und Jouhaux in Genf.

Genf, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Weltwirtschaftskonferenz sprach heute in Anwesenheit der russischen Delegation Zimmermann-Holland, der frühere Völkerbundkommissar in Deutschland; er setzte seine Erfahrungen in diesem Amt auseinander und zog die Schlussfolgerung daraus, daß in erster Linie die Zentralstaaten wirtschaftlich saniert werden müßten, da sonst die europäische Wirtschaft nicht gesund werden könne.

Genossin Emmy Freundlich-Wien

wies auf die Folgen der Krise und insbesondere auf die ungeheure Lebenshaltung der Arbeiterschaft in vielen Ländern hin, was den Völkerbund zwingt, nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit aller Länder zu streben. Dabei müsse ein Weg gesucht werden, d. h. die genossenschaftliche Organisation der Konsumenten und Produzenten untereinander.

In der Nachmittags Sitzung kamen sechs Redner zu Worte. Professor Uryna-Chile lobte den Völkerbund und die Geistes der Wirtschaftswissenschaft, trat für die freie Einwanderung ein und befürwortete zum Schluß ein Einheitsgeld für die ganze Welt.

Die Nachteile der kurzfristigen Handelsverträge

und der zu oft geänderten Zolltarife. An die projektierten internationalen industriellen Abkommen (Kartelle und Trusts) knüpfte die schweizerische Delegation die Bedingung, daß sie die Preise nicht übermäßig erhöhen und eine gerechte Rohstofflieferung ermöglichen.

bundrat und 6 durch den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes (je 3 Arbeiter- und Unternehmervertreter) bestellt werden. Dieser Wirtschaftsrat soll befugt sein, je nach Bedarf besonders Sachverständigenausschüsse einzusetzen und zur Behandlung einzelner Probleme internationale Konferenzen einzuberufen.

Den Schluß der Sitzung bildeten Reden von Collin-Holland und Tribaut-Belgien, die beide die besonderen Verhältnisse ihrer Länder beleuchteten und im übrigen sich wesentlich auf den Boden der Vorschläge der Internationalen Handelskammer stellten.

Der Kampf im Unterhaus.

Obstruktionsanträge der Arbeiterpartei.

London, 5. Mai. (Eig. Drahtber.) Der Ministerpräsident hat am Donnerstag das Verlangen der Arbeiterpartei, die Debatte über die zweite Lesung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes weiter auszuweiten, abgelehnt. Infolgedessen wurde die zweite Lesung am Donnerstag nachmittags beendet.

Die Arbeiterpartei wird im wichtigsten Stadium des Gesetzentwurfes taktisch wie folgt vorgehen: Zunächst wird sie den Antrag einbringen, der es dem Präsidenten unmöglich machen soll, von sich aus über die Diskussion oder Nichtdiskussion der Zusatzanträge selbständig zu entscheiden.

Am Donnerstag hielt Genosse Snowden eine überaus sarkastische Rede, die, wie Lloyd George feststellte, eine der eindrucksvollsten parlamentarischen Reden war, die er in seiner jahrzehntelangen parlamentarischen Praxis gehört habe.

neier Erfolg zu schaffen. Wenn die Organisationen von ihren Abgeordneten verlangen, daß sie stets im Reichstage präsent sind, um restlos ihre Pflicht zu erfüllen, so müßten sie die Abgeordneten während der Tagung des Reichstages von der Teilnahme an Versammlungen und Konferenzen entbinden. Ich brauche wohl nicht besonders zu vermerken, daß das durchaus kein wünschenswerter Zustand wäre. Ich selbst gehöre zu den Abgeordneten, die fast an sämtlichen Abstimmungen teilnehmen, aber ich habe zum Beispiel im April auch einen Feiertag gehabt, weil ich zu einer Bezirkskonferenz reisen mußte, auf der zu referieren ich mich Wochen vorher verpflichtet hatte. Das Letztere spielt nämlich auch eine Rolle. Die Dispositionen des Reichstages sind nicht auf Tage, geschweige denn Wochen festzulegen. Wer auch nur acht Tage vorher sich zur Abhaltung einer Versammlung verpflichtet, kann niemals mit Sicherheit wissen, ob an jenem Tage eine wichtige Abstimmung stattfindet oder nicht.

Wer so im einzelnen unterucht, welche Gründe gegebenenfalls die Abgeordneten veranlassen, im Reichstag zu fehlen, wird zugeben müssen, daß eine Veröffentlichung der Namen und der Gründe des Fehlens — denn beides zusammen könnte nur in Betracht kommen — der Abgeordneten keinerlei wesentliche Besserung mit sich bringen und deshalb ihre Zwecke verfehlen würde.

Endlich heißt es in dem Antrag „Hannover“, daß das Fehlen der Abgeordneten von den Gegnern politisch agitatorisch ausgenutzt würde und dies unmöglich gemacht werden müsse. Bei der angezogenen Schlußabstimmung über das Arbeitszeitgesetz haben neun Kommunisten und außerdem sechs aus der kommunistischen Reichstagsfraktion hinausgeworfene linke Kommunisten gefehlt, im ganzen als 33 Gegner des Gesetzes. Von den Regierungsparteien und den Anhängern des Gesetzes haben aber 67 gefehlt. Das überrascht nicht, denn es ist bekannt, daß eine große Anzahl den industriellen Scharmachern nahestehender deutschnationaler und deutsch-volksparteilicher Abgeordneter für das Zustandekommen gerade dieses Gesetzes keinerlei Interesse zeigten.

In England, dem Mutterland der Parlamente, hat sich seit langem die Gewohnheit herausgebildet, daß ein Abgeordneter, der aus triftigen Gründen dem Parlament fernbleiben muß, sich erkundigt, ob ein genehmigter Abgeordneter nicht auch Ursache zum Fehlen hat. Sie vereinbaren dann zu einem bestimmten Tage ihre gemeinsame Abwesenheit. Man nennt das „abpaaren“. In Deutschland haben wir leider so viel Parteien, daß dieser Gewohnheitszustand sich nicht leicht auf unsere Verhältnisse übertragen läßt. Aber ich glaube auch nicht, daß es notwendig wäre, mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Vereinbarungen über das Abpaaren zu treffen, weil meiner festen Überzeugung nach ein nicht zu entschuldigendes Fehlen eines Mitgliebes der sozialdemokratischen Fraktion bei wichtigen Abstimmungen so sehr Ausnahme ist, daß besondere parteigeklebte Vorschriften gegen Verletzung der Pflichten des Abgeordneten nicht erlassen zu werden brauchen.

Bürgerblock-Gesundheit.

Es geht ihm stündlich besser und besser.

Die „Germania“ schwört auf die Gesundheit des Bürgerblocks. Am Morgen. Am Abend zeigt sie bedenkliche Symptome, die auf konstitutionelle Erkrankung schließen lassen. Sie polemisiert gegen die Deutschnationalen, gleich in zwei wichtigen Fragen: Ostpolitik und Republikshutzgesetz.

Sie ist mit der Beuthener Rede des Vizekanzlers Hergt nicht zufrieden:

„Vizekanzler Hergt hielt vor einigen Tagen auf einer Ostmarkentagung der Deutschnationalen Volkspartei in Beuthen eine Rede, die gegenüber Polen einen für den Vizechef der Reichsregierung etwas ungewöhnlichen, reichlich unfreundlich

klingenden Ton anschlug. Inhaltlich sagte Herr Hergt nichts, was im Widerspruch stünde mit der Politik, die auch die vorige Reichsregierung, in der bekanntlich keine Deutschnationalen saßen, gegenüber Polen befolgte.

Wir verhehlen allerdings nicht, daß wir unsere Außenpolitik als etwas zu Delikates und Wertvolles betrachten, als daß sie bedenkenlos parteipolitischen Bedürfnissen geopfert werden dürfte. Das Echo, das Hergts Rede überall im Ausland gefunden hat, bestätigt, was wir sofort beim Lesen der Rede empfanden, daß sie in der Form, in der sie in Deutschland verbreitet worden ist, besser nicht gehalten worden wäre.“

Also der Vizekanzler opfert die Außenpolitik bedenkenlos parteipolitischen Bedürfnissen! Bersteht sich, nur in der Form; denn daß die Form bei der Rede eines Vizekanzlers zum außenpolitischen Inhalt wird, das darf die „Germania“ nicht sagen. Wo blieben sonst die Richtlinien?

Die „Germania“ polemisiert weiter gegen den deutschnationalen Abgeordneten von Freitagshagen-Loringhoven, der sich gegen eine Verlängerung des Republikshutzgesetzes und besonders des Kaiser-Paragrafen ausgesprochen hat. Mehrfach beteuert sie, dieser Herr sei nicht die deutschnationale Reichstagsfraktion, und erzählt schließend:

„Die Zentrumsfraktion hat sich mit der Frage noch nicht beschäftigt. Wenn gleich also noch keine Beschlüsse der Fraktion vorliegen, glauben wir doch, daß ihre Auffassung dahingehet, daß das Republikshutzgesetz in seiner jetzigen Fassung verlängert werden müsse. Eine einfache Verlängerung, etwa um zwei Jahre, wäre in der Tat die beste Lösung. Wir können nicht einsehen, daß sie für die Deutschnationalen unannehmbar sein soll.“

Aber Herr Hergt, der Reichsjustizminister, hat gar keine Lust, eine Verlängerung des Republikshutzgesetzes zu betreiben, und so ist die Polemik gegen Freitagshagen-Loringhoven die zweite Polemik der „Germania“ gegen Hergt.

So gesund soll der Bürgerblock bleiben, wie diese verschmupfte Polemik der „Germania“ mit den Richtlinienrepublikanern ein Zeichen der inneren Einigkeit des Bürgerblocks ist!

Am Morgen hat die „Germania“ den Bürgerblock gesund gebetet. Am Abend können wir ihr im Hinblick auf ihre Polemik mit den Deutschnationalen versichern: es geht ihm stündlich besser und besser. . .

Hergt erschwert Wirtschaftsverhandlungen.

Korridorhindernisse für den Handelsvertrag.

Warschau, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Gesandten und dem Außenministerium werden am Freitag wieder aufgenommen. Inzwischen stellt die nationalistische polnische Presse die Bemühungen Kaufmanns von vornherein als vergeblich hin, wenn nicht ein offizieller Widerruf der Hergtschen Erklärung erfolgt, nach der Deutschland eine Revision der polnischen Westgrenze anstrebe. Der Ton der polnischen Presse ist im übrigen anlässlich dieser Rede äußerst aggressiv; sie ergeht sich in Ausdrücken, wie „Inferno teutonico“ und „deutsche Provokation“.

Der isolierte Stresemann.

Französisches Urteil über die außenpolitische Lage.

Paris, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ stellt am Donnerstagabend im Anschluß an den Besuch des deutschen Geschäftsträgers Dr. Reich bei Briand fest, daß Stresemanns Stellung hinsichtlich seiner Friedenspolitik im Kabinett außerordentlich schwierig werde, da die nationalpolitischen Minister seine Bemühungen auf allen Gebieten durchkreuzen. So kompliziere die antipolnische Politik den Abschluß von Handelsverträgen und die antipolnische Kampagne erschwere die Verhandlungen

mit Warschau. Das Zentrum treibe immer mehr nach rechts, um seine konfessionelle Schule durchzusetzen, so daß Stresemann und seine Deutsche Volkspartei Gefahr laufen, direkt isoliert zu werden. Es sei also zu befürchten, daß eine ernste Krise in Deutschland zu erwarten ist und irgendwelche Zugeständnisse nur den Rechtsparteien zugute kämen. Deshalb wäre Vorsicht geboten. Für den Augenblick könne man nur mit Befriedigung feststellen, daß der deutsche Geschäftsträger am Mittwoch nochmals betont habe, Deutschland werde die Politik von Locarno nicht aufgeben. Nach den jüngsten Reden von Hergt und anderen Nationalisten sei aber eine solche Versicherung von deutscher Seite nicht gerade überzeugend.

Presserverfolgung im Memelland.

Der deutsche Generalkonsul nach Berlin gereist.

Memel, 5. Mai. (Ill.) Gestern und heute wurden in Memel eine Anzahl deutscher Zeitungen beschlagnahmt, die Nachrichten über die Brüstung des deutschen Generalkonsuls Dr. Rudra durch den litauischen Gouverneur des Memelgebietes veröffentlicht hatten. Dem gleichen Schicksal verfiel auch eine deutsche illustrierte Zeitschrift, die Bilder aus Memel veröffentlicht hatte. Der deutsche Generalkonsul Dr. Rudra ist heute nach Berlin abgereist.

Bürgerblock gegen Sparer.

Der Kampf um gerechte Aufwertung.

In der Donnerstagtagung des Rechtsausschusses des Reichstages erwiesen sich die Regierungsparteien wieder als die gehörigen Untergebenen ihrer Minister. Die Parole, die von Hergt und Schacht, von Curtius und Schiele ausgegeben worden war, wurde getreulich befolgt; jede, auch die sachlich einleuchtendste Forderung des Aufwertungsgesetzes wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Vertreter machten es den Regierungsparteien nicht leicht. In der Frage der Rückwirkung nahmen sie einen von der juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen entworfenen und begründeten Antrag auf, der den Regierungsparteien schon deshalb einige Sorgen bereite, weil der Ausschuhvorliegende, Geheimrat Kahl, zugleich auch Vorsitzender jener juristischen Arbeitsgemeinschaft ist.

Der sozialdemokratische Antrag bestimmt, daß bei Hypotheken, die vor dem 15. Juni 1922 zurückbezahlt worden sind, nachträglich eine Aufwertung der persönlichen Forderung bis zu 15 Prozent des Goldmarkbetrages anzuordnen ist, wenn der gezahlte Betrag 10 Prozent des Goldmarkwertes der Forderung nicht erreicht, wenn ferner der persönliche Schuldner beim Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes noch Eigentümer des belasteten Grundstücks war und endlich die Verlegung der Aufwertung für den Gläubiger mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, insbesondere auf erhebliche, auf dem Währungsverfall oder die Verdrängung oder die Liquidation des Vermögens zurückzuführende Vermögensverluste eine unbillige Härte bedeuten würde. Nur bezüglich der Höhe der zu gewährenden Aufwertung ging der sozialdemokratische Antrag weiter als die juristische Arbeitsgemeinschaft, die lediglich dann eine Zufuhrleistung verlangt, wenn die Rückzahlung der Schuld 5 Prozent des Goldmarkwertes nicht erreichte und die Aufwertung auf 10 Prozent beschränkt wolle.

Im Verlauf der Debatte nahmen Redner aller Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen des Wortes. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums lehnten übereinstimmend mit dem Vertreter des Reichsjustizministeriums den Antrag nach langem Wagnis und Aber, einerseits und andererseits ab. Der Vertreter der demokratischen Fraktion und der Abg. Dr. Best stimmten ihm zu mit der Begründung, daß der Stichtag des 15. Juni 1922 in der Tat eine trasse Ungeheuerlichkeit darstelle. Der Antrag wurde schließlich mit 16 gegen die 12 Stimmen der Linken abgelehnt.

Eine weitere Debatte rief ein Antrag Best hervor, der vom 1. Januar 1928 ab den gegenwärtig 3 Prozent betragenden Zins für den Aufwertungsbetrag nach den am freien Hypothekemarkte geltenden Sätzen bemessen will. Alle Beweisführung half auch hier nichts. Die Reichsregierung „erwartet“ die Ablehnung, hatte Minister Hergt Tags zuvor erklärt, und die Regierungsparteien entsprochen diesem Befehl. Der Antrag wurde ebenso abgelehnt wie zahlreiche andere vom Abg. Dr. Best eingebrachte und vertretene Anträge.

Der Aufruf.

Von Hans Bauer.

Nächsten Sommer findet in Amsterdam eine Olympiade statt: eine Weltzusammenkunft und ein internationaler Wettstreit der besten Sportleute aller Länder. Deutschland nimmt an dieser Olympiade teil, und dagegen ist nichts einzumenden. Die vorbereitenden Arbeiten für diese Teilnahme liegen in den Händen des „Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen“, zu dessen Aufgabenbereich auch die Aufbringung von Geldmitteln gehört. Es hätte nahe gelegen, daß der Reichsausschuss, ohne viel Aufhebens davon zu machen, irgend jemanden aus seiner Mitte, der halbwegs Schreibgewandt ist, mit der Abfassung eines handfesten, zur Spendetätigkeit auffordernden Aufrufes beauftragte. Aber der Reichsausschuss wollte höher hinaus. Der Aufruf sollte nichts Alltägliches, sondern ganz was Exquisites werden, und da man sich selbst so etwas nun doch nicht zutraute, erließ man ein Preisausschreiben. Das Resultat dieses Preisausschreibens liegt jetzt vor — und es ist noch viel schlimmer ausgefallen, als man es bei einer Preisrichtertätigkeit von Leuten ohnehin vermuten mußte, die ganz im alten Behördenstil aus der einfachen, natürlichen Sache eines würdig-würdigen Werbeauftrages eine komplizierte Preisausschreibensbegebenheit machten. Sieger ist ein Professor Dr. Eppensteiner aus Tübingen, und wo immer sein Aufruf platziert werden wird, dürfte ringsum das Land verdröhen und eine Massenflucht argloser Passanten vor der Zumutung der Bekümmerte solch geschraubten, stesylförmigen, ausgeblähten Zeugs einsehen. Was ist das bloß für ein unfrisches, philologenhaft-bozierendes Vesebuchdeutsch, das hier verzapft wird! Wie affig gepreist, wie schönwörterisch-küchlich klingt das alles! „Glaubet nicht“, heißt es da zum Beispiel, „daß unsere Streiter in den Augen der anderen nur Wettbewerber sein um die höchste Ehre, die dem leibestüchtigen Manne beschieden sein kann! Nein! In diesen jungen Kämpfern tritt ganz Deutschland vor die Schaubühne der Nationen. Das Deutschland Kants, Beethovens, Goethes, das Deutschland von Krupp, Bismarck und Hindenburg. Das Deutschland, das zweieinundfünfzig Monate lang siegreich standhielt gegen die Welt.“

Erstens mal: wie deplaciert, wie taufellos, in einem Aufruf, der für eine so internationale Angelegenheit wie die Olympiade wirbt, umstrittene politische Namen wie die Krupps, Bismarcks, Hindenburgs in die Debatte zu werfen, wie unerhört ärgerlich, bei dieser Gelegenheit das Gedächtnis des Krieges herauszufeschwören! Zweitens mal: Wie abern, angelehnt an junge Leute, die einige, vom sportlichen Standpunkt betrachtet zwar wichtige, aus größerer Perspektive gesehen aber doch herzlich belanglose Wettspiele bestehen sollen, die Namen Kants, Beethovens und Goethes zu bemühen und gar zu behaupten, daß „ganz Deutschland“ in den Olympiastreitern verkörpert sei.

Immer klöbiger wird dann der Schwulst, in den der preisgekürnte Autor versinkt, immer dicker werden die Töne, die er seiner Stahlfeder entquält. „Die deutsche Wissenschaft und die deutsche Seelenhaftigkeit“ marschieren auf, die Schwachsehnerromantik des „immerwährenden Schmutz seiner Denkmäler von deutscher Größe, deutscher Ehre, deutscher Kraft und deutschem Stolz prangenden Rheins“ wird herbeigezaubert, und schließlich wird gar an „die deutsche Sendung“ appelliert, die in „Weltolympia ihre Stätte“ fände „zur Vergeistigung menschlichen Tuns, zur Befestigung aller irdischen Wesens“. „Glaube, Deutschland, an deine Sendung, rings, Deutschland, um den olympischen Sieg“ heißt es zum Schluß, und da läßt sich nur zu der ganzen redseligen Angefäuertheit dieses Gesels, das weder zu draußängigerischem Sportgeist, noch zu olympischem Weltgefühl, noch zum blutvollen deutschen Satz die mindesten Beziehungen unterhält, dieses eine, einzige, herzhafte, vollstimmliche Wort sagen: Quatsch mit Soße.

Herr Professor Eppensteiner in Tübingen ist nebenbei. Der Teufel soll jeden holen, der einem ehrenwerten Mann Stilübungen dieser Art verbietet. Aber es ist nicht ganz gleichgültig, daß eine amiliche und dem sportlich interessierten Ausland gegenüber repräsentative Organisation wie der Reichsausschuss kriist- und geschmacklos genug ist, sich hinter einen öden, phrasenhaften, von nationalstischen Anspielungen wimmelnden und die tatsächliche Bedeutung des Sports sinnlos überschätzenden Seicht zu stellen und ihn gar mit einem Preise zu krönen.

Die wirklichen deutschen Olympiastärker, jene wackere Jugend, die gegen die wohltrainierte Elite des Auslandes antreten muß, die wirds nicht leicht haben. Aber wenn auch ihr beim harten Kampf der Atem ausgehen sollte: die Herren Professoren und Organisationsleiter im Hinterland, die werden den ihren, wie damals bei jenem gewissen größeren Anlaß, für ihre Deklamationen und Ueberheblichkeiten auf alle Fälle bis zuletzt behalten.

Professor Adolf Miethe gestorben. Der Name des im 66. Lebensjahre in Berlin an den Folgen eines Autounfalls Verstorbenen hatte in den letzten Jahren in der breiteren Öffentlichkeit Klang gewonnen. Schien es ihm doch gelungen zu sein, das Alchimistenrätsel zu lösen: Gold aus anderen Stoffen zu gewinnen. Freilich, seine Annahme, daß sich Quecksilber in ganz winzigen Mengen in Gold verwandeln lasse, hat sich nicht bestätigt. Es finden sich immer Spuren von Gold im Quecksilber, und das von Miethe benutzte Quecksilber ist offenbar nicht chemisch rein gewesen. Die dauernde Bedeutung Miethes liegt auf den Gebieten der Optik und Photographie. Seit 27 Jahren hatte er eine Professur an der Technischen Hochschule in Charlottenburg inne. Der zu Potsdam geborene Gelehrte widmete sich früh seinem besonderen Arbeitsgebiet. 1887 erlangte er zusammen mit F. Gädike das Magisterdiplom, das er dann in den Dienst der Photographie einführte; er baute auch die ersten von ihm als „Anostigmat“ bezeichneten verbesserten photographischen Objekte. Unter Miethe wurde das phototechnische Laboratorium der Technischen Hochschule außer-

ordentlich erweitert. Aus den Arbeiten auf dem Gebiete der Farbenphotographie ging die Entdeckung der sensibilisierenden Eigenschaften der Izojanine hervor, die Miethe Verfahren der Farbenphotographie neben das der Brüder Lumiere stellte. Seine rastlos tätige Natur regte viele neue Schöpfungen an. Im Jahre 1909 entstand so die photographische Sternwarte der Technischen Hochschule; 1919 wurde Miethe Direktor der Präzisions- und Veranschaulichungs-Kinotechnik. Der Luftschiffahrt gehörte Miethe besonderes Interesse; er pflegte besonders die Photographie aus der Luft. Wissenschaftliche Reisen, wie eine 1908 unternommene Expedition nach Oberägypten, die Zepellinexpedition nach Spitzbergen im Jahre 1910 und die Sonnensinnsternexpedition nach Nordnorwegen von 1914, die er leitete, gaben ihm besonders auch Gelegenheit, sich als passender Schriftsteller zu erweisen.

Die Brettkunst als politisches Agitationsmittel. In zahlreichen Volkspfeischhäusern, Bierhallen, Kinos und Arbeiterklubs der größeren Sowjetstädte hat sich seit Jahren eine heillosige Zahl höchst primitiver Kleinkunstbühnen aufgetan, — ein Vordmittel für den Massenbesucher, auf den jede Art von Varieté seine Anziehungskraft ausübt, zumal er für den Besuch der Theater gewichtigeren Formats oft nicht die Mittel oder das Interesse besitzt. Sowohl das Repertoire dieser Volkstabellets als auch ihr künstlerisches Niveau bedürfen nach Ansicht der sowjetrussischen Bildungsinstanzen einer gründlichen Revision und Hebung. Es sei, so wird betont, außerordentlich schwer, ja fast unmöglich, den jugendfertigen Podiumkünstlern mit ihren politischen Tageswigen immer und überall auf die Finger zu gucken und eine verkappte antihomewjetische Flaumacherei wirksam zu bekämpfen. Das beliebte Brett sei ein politisches Kampfmittel erster Ordnung. Es wird angeregt, in Moskau ein Muster-Sowjetkabetrett zu schaffen, um namentlich auch dieses von der Theaterpolitik der Sowjetunion vernachlässigte Kunstgenre in ein bewußt revolutionäres Fahrtwasser zu lenken und einen sowjettreuen Stab von Podiumkünstlern zur Versorgung der Provinzbreit heranzuziehen. Die beim 2. Moskauer Staatsjarkus bestehende „Music-hall“ könne dabei wohl in ihrer Tendenz, nicht aber in ihrer umfassenderen Zwecken dienenden Aufmachung als Vorbild gelten. Zur Förderung dieser Bestrebungen erläßt das „Moskauer Stadtkomitee der Brettkunst“ einen Wettbewerb für Brett-Spielpläne und Skizzen zur Oktoberfeier. Das Haus der Presse in Leningrad veranstaltet dieser Tage eine Aussprache zwischen Vertretern der Brettkunst und der Schriftstellerei, um ein Hand in Hand gehen bei Aufstellung eines zweckmäßigen Repertoires zu erzielen.

Der Wettbewerb für das Völkerbundshaus. Keiner der eingereichten 377 Entwürfe ist zur Ausführung empfohlen worden. Die gesamte Preissumme von 165 000 Franken wurde in neun erste Preise von je 12 000 Franken und in neun zweite und neun dritte Preise aufgeteilt. Unter den neun ersten Preisträgern befinden sich auch zwei deutsche Firmen; ferner fallen zwei zweite Preise an Deutsche.

Das alte Museum am Lustgarten bleibt am Sonntag, dem 9. Mai, für den Besuch geschlossen.

Dr. Paul Leuband wurde zum Intendanten des Wäand-Glabacher Stadtheaters gewählt. Leuband war eine Zeitlang Regisseur an der Volksbühne in Berlin.

Der Polizeipräsident greift durch!

Die nationalsozialistischen Organisationen in Berlin verboten.

Der Polizeipräsident teilt mit:
„Auf Grund des Artikels 124 der Reichsverfassung, des § 2 des Reichsverfassungsgesetzes und des § 10 II 17. Allgemeines Landesrecht, habe ich den Gau Berlin-Brandenburg der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei mit ihren Untereinrichtungen, Sportabteilung, Schutzstaffel, Nationalsozialistischer Freiheitsbund, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund, Ortsgruppe Berlin, und Deutsche Arbeiterjugend (Hitler-Jugend) aufgelöst, weil die Zwecke dieser Organisationen den Strafgesetzen zuwiderlaufen. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Demgemäß ist den Mitgliedern der aufgelösten Organisationen jede vereinsmäßige Betätigung, insbesondere die Abhaltung von Versammlungen und Zusammenkünften aller Art in geschlossenen Räumen, sowohl als auch unter freiem Himmel und die Befolgung öffentlicher Aufzüge und Demonstrationen verboten.“

Der Polizeipräsident hat gegenüber den Terrormethoden der Hakenkreuzler energisch durchgegriffen. Diese Burschen können nicht politisch, sondern nur kriminell gewertet werden. Die Strafverfolgung des Goebbels, des Anstifters bei den Vorkommnissen im Kriegervereinhaus ist eingeleitet.

Dieser Goebbels war der Anstifter des Ueberfalls der Hakenkreuzbanditen auf Rote Frontkämpfer auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost, unter seiner Führung fanden die Ueberfälle auf friedliche Passanten an der Gedächtniskirche statt. Es ist erstaunlich, daß gegen ihn wegen dieser Vorfälle noch nicht ein Verfahren eingeleitet worden ist.

Der Rädelsführer Goebbels hat die schweren Ausschreitungen seiner Anhänger systematisch organisiert. Er hat für die Führung von Massenversammlungen folgende gedruckte Anweisungen herausgegeben:

„Du eröffnest die Versammlung mit kurzen Begrüßungsworten. Sehr folgt ein kritischer Moment: Der rote Banzge erhebt sich gewichtig und fordert das Wort zur Geschäftsordnung. Zuerst wirst du sagen, das kennen wir nicht. Auf sein unablässiges Drängen gibst du dann schließlich nach. Nun wirst du während des ganzen Vortrages keine Ruhe bekommen. Jedermann weiß ja, daß du ein Sammerling bist und nicht daran denkst, konsequent durchzubohren. Deshalb lautet dieser Dialog so und nicht anders:
Der Banzge: „Zur Geschäftsordnung!“
Du: „Da ist einer irrfinnig geworden! Herr Zeitgenosse, Sie scheinen nicht zu wissen, daß Sie sich in einer nationalsozialistischen Versammlung befinden. Sollten Sie noch einmal wagen, den ruhigen und sachlichen Verlauf der Versammlung zu stören.“

„So kann ich nicht dafür garantieren, ob Sie nicht durch eine zweckspredende Kopfnusslage wieder zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft gemacht werden!“

Kann er sich dann noch nicht beruhigen, dann verzeih es der SA, daß sie ihn von Hand zu Hand zur Treppe hinunterkomplimentiert. Du bist ein rechter Schäfer, wenn du nach Verlauf dieser erschreckenden Prozedur die Versammlung fragst: „Wünscht noch jemand das Wort zur Geschäftsordnung?“

Nach dieser Anweisung ist es ohne weiteres klar, daß die Antwort Goebbels auf einen Zwischenruf des Pfarrers Stucke „Sie wollen wohl hinaus?“ der Befehl an eine organisierte Schlägerkolonne war, den Pfarrer zu mißhandeln. Hinterher reden sich die feigen Burschen auf „Provokatoren“ aus.

Hugenberg!

Die gesamte Berliner Presse einschließlich der Reichspresse verurteilt das Rowdytum der Hakenkreuzler aufs schärfste. Mit drei Ausnahmen: die „Deutsche Zeitung“ nimmt Partei für Goebbels und seine Banden, und „Lokal-Anzeiger“ und „Tag“ beschließen sich schwächlicher Zurückhaltung.

Das Haus Hugenberg hat drei Meinungen.

1. Die Telegraphen-Union verbreitet eine Darstellung der Nationalsozialisten, deren Verlogenheit aus dem Polizeibericht ohne weiteres hervorgeht.
2. „Lokal-Anzeiger“ und „Tag“ enthalten sich einer Meinungsäußerung.
3. Der „Nacht-Tag“ verurteilt Goebbels auf das schärfste:

„Er bemühte die gefristete Versammlung, um zu beweisen, daß die Berliner Nationalsozialisten keine politische Partei, sondern eine Gesellschaft von üblen Südenrieden sind, mit denen sich künftig die Öffentlichkeit nicht mehr unter politischem Gesichtspunkt zu beschäftigen braucht. Wer gegen Andersdenkende zur öffentlichen Gewalt auffordert, stellt sich außerhalb jeder staatlichen und politischen Gemeinschaft.“

Die Hugenbergische Telegraphen-Union macht sich zum Sprachrohr von Leuten, die sich nach dem Hugenbergischen „Nacht-Tag“ außerhalb jeder staatlichen und politischen Gemeinschaft stellen.

Man versteht die Haltung des „Nacht-Tag“. Es war sein Leiter Dr. Krieger, der den Jörn von Goebbels erregt hatte und dem er deshalb einen Ueberfall seiner Banden in der Wohnung angelündigt hatte.

Die übrigen Hugenberg-Journalisten hatten nicht einmal soviel Solidität mit ihrem Kollegen, um gegen so unerhörte Terrorandrohungen Stellung zu nehmen.

Richtlinienrepublikaner.

Aber hohenzollerntreu bis zum Byzantinismus.

Das deutsche Volk hat Veranlassung, heute einen Feiertag zu begehen: Wilhelm des Letzten ältester Sprößling hat nämlich Geburtstag. Da dieses Ereignis aber dem deutschen Volk im höchsten Grade gleichgültig ist, so nimmt wenigstens ein Organ der größten Regierungspartei die Gelegenheit wahr, dem hohen Herrn Glückwunsch und Treuschwur zu Füßen zu legen. Die deutsche nationale „Arenzzeitung“ schreibt nämlich:

„Seine Kaiserliche und Königlich Hoheit Kronprinz Wilhelm begeht morgen, den 6. Mai, seinen 45. Geburtstag. Ihm, dem das Schicksal so Schweres auferlegte und der trotzdem den Glauben an die deutsche Nation nicht verloren hat, bringen auch wir heute unsere Glückwünsche dar, verbunden mit einer Erneuerung des Gelübnisses der Treue, das uns mit dem Hohenzollerntum verbindet.“

Dieser sinnige Erguß ist selbstverständlich mit der fassam bekannten Verfassungstreue unserer deutschnationalen Bürgerbörcher durchaus vereinbar. Sieht denn nicht ausdrücklich in den berühmten Richtlinien, daß auch die „Symbole der Vergangenheit geachtet werden“ sollen?

Preußen und die Justizkrise.

Programmrede des Justizministers Schmidt-Lichtenberg.

Im Landtag wurde am Donnerstag die zweite Lesung des Justizgesetzes begonnen. Der neue Justizminister Dr. Schmidt-Lichtenberg leitete die Verhandlung mit einer geschickten und wirkungsvollen Programmrede ein. Er nagelte zunächst sehr wühig seinen Kollegen im Reiche, den Reichsjustizminister Dr. Hergt, darauf fest, daß er das Bestehen einer Vertrauenskrise der Justiz zugegeben hätte, ohne dagegen irgendwelche ernsthaften Abhilfemittel zu wissen. Schmidt-Lichtenberg selbst versprach mit der erforderlichen Energie und Zivilcourage gegen alle Richter durchzugreifen, die ihr Amt gegen die Republik mißbrauchen.

Daß der neue preussische Justizminister Aktivität besitzt, bewies Schmidt-Lichtenberg durch die Aufzählung der Maßnahmen, die er in den ersten zwei Monaten seiner Amtsführung getroffen hat. Bemerkenswert und noch nicht bekannt waren unter seinen Mitteilungen die, daß ein Besch über die Deffentlichkeit der Verhandlungen in Disziplinarprozessen gegen Richter in kürzester Zeit dem Landtage zugehen wird, und daß die Durchführung des Strafvollzuges in Stufen noch im Laufe dieses Jahres erfolgen soll. Der zurückgetretene Justizminister Dr. Am Jahnhoff, der acht Jahre an der Spitze der preussischen Justizverwaltung gestanden hat, hat den militäristisch forschenden Geist der Epoche Wilhelm II. wenigstens aus dem Justizministerium selbst vertrieben. Die Ankündigung des neuen Justizministers, daß er die Gnadenpraxis Dr. Am Jahnhoffs fortsetzen werde, begegnete selbst bei den überstimmten Reaktionen kaum noch einen Widerspruch.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Heilmann dem neuen Justizminister der Koalition das Vertrauen aus. Er rief dem Justizminister das Wort zu, das Karl Marx im rheinischen Provinziallandtag von 1849 gesprochen hat: Wie der Maler die Schönheit eines Weibes nur dann darstellen könne, wenn er diesen Typus Weib einmal im Leben wirklich geliebt habe, so könne Recht und Verfassung nur der wirklich verteidigen, der sie aufrichtig liebe.

Der Landtag beschäftigte sich gestern in zweiter Lesung mit dem Justizetat. Die Abg. Dr. Grzymek und Dr. Rosenfeld (Soz.) erstatteten den Bericht.

Ministerpräsident Dr. Dankwort erklärte u. a., Preußen habe für die Beibehaltung der Todesstrafe gestimmt, aber Todesurteile würden nur bestätigt werden, wenn nicht der geringste Zweifel an der Täterschaft und an der Gemeingefährlichkeit des Mörders bestände.

Justizminister Dr. Schmidt-Lichtenberg

hält darauf seine Programmrede: Heute, wo ich zum erstenmal als Chef der Justizverwaltung vor dieses Haus trete, ist es mir inneres Herzensbedürfnis, die Verdienste meines hochverehrten Amtsvorgängers Dr. Am Jahnhoff zu feiern. (Bravo!) Zwischen unserer Ausschussberatung und heute liegen die Justizdebatten im Reichstage. Dabei hat Reichsjustizminister Dr. Hergt ausdrücklich das Bestehen einer Vertrauenskrise der Justiz bejaht und zahlreiche richterliche Urteile als falsch und unerschütterlich preisgegeben. Zur Abwehr von Uebertreibungen hat er die Propaganda der Wahrheit und die Erhaltung des unabhängigen Richtertums empfohlen.

Meine ersten praktischen Erfahrungen haben mich bestätigt, daß das Mißtrauen gegen die Gerichte im beschleunigten Maße fortdauert (Hört, hört! links) und daß es großer Anstrengungen bedürfen wird, das gesunkene und teilweise verfallene Vertrauen zur Rechtspflege wieder herzustellen.

Das Berufsrichteramt, das ich aus 25jähriger Kollegenchaft genau kenne, ist in seiner überwältigenden Mehrheit durchaus gesund, verfassungstreu und arbeitsam. Aber einzelnen unwürdigen und unfähigen Beamten muß mit allen zulässigen Mitteln entgegengetreten werden. Die nötige Enschärfung und Zivilcourage sollen sie bei mir nicht vermissen. (Bravo! links und in der Mitte.) Das ausgezeichnete Verhältnis zwischen dem Ministerium und dem Rechtsausgang des Hauses, insbesondere seinem verdienten Vorstehenden Abg. Brückner, werde ich weiter pflegen. Für die vertrauensvolle Mitarbeit der Rechtsanwaltschaft habe ich die Zusagen ihrer maßgebenden Führer. Im übrigen wollen wir über die Vertrauenskrise nicht ohne zwingenden Grund weiter sprechen; denn beböden können sie nur entschlossene Laten. (Bravo! links und in der Mitte.) Die Wirtung der Tagespresse ist der Rechtspflege unentbehrlich. Ich biete mich als ehrlicher Malter zwischen Presse und Justiz an. Die neuen Justizprezedenzien sollen jede mögliche Anknüpfung geben und den Pressevertretern jede wünschenswerte Erleichterung ihrer Arbeit schaffen. Beim Entwurf des neuen Reichsstrafgesetzbuches hat das preussische Staatsministerium seine Anschauung besonders stark zur Geltung bringen können. In einer allgemeinen Verfügung vom 7. April habe ich größte Höflichkeit gegenüber den Rechtschreibern, in einer solchen vom 9. April Rücksicht auf das Publikum bei den Terminanberaumungen angedeutet. Für die Geschworenen ist ein besonderes Merkblatt herausgegeben worden.

Die Organisation der Arbeitsgerichte wird baldigt fertiggestellt. Für die Vorsitzenden dieser Gerichte finden im Juni besondere Ausbildungskurse statt.

Das Staatsministerium hat auf meine Anregung eine Novelle zum Richterdisziplinarergesetz beschlossen, durch die die Deffentlichkeit der Verhandlung vorgeschrieben wird. Die Drucklegung der bisherigen grundlegenden Entscheidungen ist vorbereitet. In Sachen des Oberlandesgerichts Preußen sind mir durch feierliche Versprechungen gebunden. Die Ausstattung der Behörden mit modernen Einrichtungen wird tatkräftig gefördert werden. Die Rechtspflege müssen organisch zur Entlastung der Richter eingegliedert werden und ebenso das wertvolle Bureaupersonal von der rein schematischen Arbeit befreit werden. Der Entwurf über die Herabsetzung der Gerichtskosten wird demnächst dem Hause zugehen. Für den Strafvollzug in Stufen werden in kürzester Zeit die endgültigen Richtlinien erlassen. Bauliche Verbesserungen in den Gefangenenanstalten und Vermehrung des ärztlichen Personals sollen schleunigst durchgeführt werden. Im Gnadenwesen werde ich der bewährten Praxis meines Amtsvorgängers treu bleiben. (Bravo! links und in der Mitte.) Denn das letzte Ziel der Justiz ist der innere Friede. Und wenn wir oft hart strafen müssen, wollen wir doch wenigstens gelegentlich auch durch Menschlichkeit Freude schaffen. (Beifall.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Es ist im Laufe der Jahre in der preussischen Justiz manches besser geworden. Die Vertrauenskrise der Justiz ist damit freilich längst nicht aus der Welt geschafft. Die Rechtsparteien suchen diese Tatsache damit zu verurteilen, daß sie umgekehrt die Behauptung aufstellen, wir wollten die Justiz im Dienste des Klassenkampfes zu Ungerechtigkeiten mißbrauchen. Im Ausschuss haben sich die Rechtsparteier dafür vor allem auf die Münchener Rede des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons bezogen. Aber dieser hat inzwischen seine Äußerungen dahin berichtigt, daß er im Gegenteil eine Vermehrung der sozialdemokratischen Richter für sehr notwendig halte. Klassenkampf und Gerechtigkeit sind zwei Begriffe, die sich nach unseren An-

schauungen nicht ausschließen, sondern gegenseitig bedingen. Diese Anschauung ist so alt wie die Sozialdemokratie selbst. Vor 64 Jahren hat Ferdinand Lassalle vor den Berliner Richtern ausgesprochen, daß der Sozialdemokrat schon um deswillen nicht ungegert gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung sein könne, weil er sie als unerläßliche weltgeschichtliche Vorbedingung und Durchgangsstufe zum Sozialismus ansehe. Die Sozialdemokratie wolle nicht die Geschäfte umkehren und die bisher herrschende Klasse zur unterdrückten machen, sondern ihre Sache sei gleichbedeutend mit der des ganzen Menschengeschlechts, ihre Freiheit die Freiheit aller. Der Schrei des Klassenkampfes sei ein Schrei der Veröhnung, ein Schrei nach Ueberwindung aller Klassengegensätze. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Gerade die Liebe zum Recht läßt uns das Unrecht hassen, läßt uns ungerechte Richter, wie die Herren Beinerl-Werwigerode, Springer-Polkwih und Kuhmann erbarmungslos bekämpfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber der tiefste Grund der Vertrauenskrise sind nicht die Verfehlungen einzelner, sondern die Tatsache, daß das Strafrichteramt mehr und mehr ein Privileg der wirtschaftlich besser gestellten Schichten des deutschen Volkes geworden ist und deren Standesvorurteile widerpiegelt. So hat es mörlich im Jahre 1906 der Vater der modernen Strafrechtslehre Franz von Litz niedergeschrieben. Diesen Urgrund der Klassenjustiz kann auch der neue Justizminister beim besten Willen nicht aus der Welt schaffen. Er kann nur helfen, sie etwas zu mildern. Das Bismarckische Preußen hat Mittel genug gefunden, die Richter politisch zu beeinflussen. Aber wir möchten dem Justizminister einen direkten Einfluß auf die Auswahl der Strafrichter geben, indem wir vorschlagen, daß der Reichstag

das Gerichtsverfassungsgesetz dahin ändert, daß die Bestellung der Vorsitzenden der Strafabteilungen und Strafkammern an die Zustimmung des Ministeriums gebunden wird.

Dann könnte der Minister dafür sorgen, daß wenigstens die Strafjustiz von republikanisch zuverlässigen Richtern geleitet wird. (Zurufe und Unruhe rechts.) Ich dachte, ich würde mit dieser Forderung einstimmigen Beifall ernten, nachdem sich die Deutschnationalen im Reiche für den Schutz der republikanischen Verfassung von Weimar so stark gemacht haben. (Große Heiterkeit links.) Ich möchte dem Herrn Justizminister da ein schönes Wort von Karl Marx mit auf den Weg geben. Er hat im rheinischen Provinziallandtag von 1849 bemerkt, Goethe habe einmal gesagt, dem Maler glücken nur solche weiblichen Schönheiten, deren Typus er wenigstens in irgendeinem lebendigen Individuum geliebt habe; auch die Verfassung und das Recht seien Schönheiten, wenn auch gerade keine weiblichen, die man geliebt haben müsse, um sie wirklich zu verteidigen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Wir brauchen vielleicht kein Volk mehr im Gericht, wenn erst die Richter wieder Volk geworden wären. Bis dahin können wir aber den Verlust des alten Schwurgerichts nicht verschmerzen. Die Todesstrafe läßt sich weder vom Standpunkt der Strafrechtslehre aus verteidigen, noch ist sie zum Schutz der Gesellschaft notwendig. Mit besonderer Freude haben wir in der Programmrede des neuen Justizministers festgestellt, daß er die menschliche Gnadenpraxis seines hochverehrten Vorgängers fortsetzen will. Wir begrüßen den neuen Justizminister mit Vertrauen und erhoffen von ihm die Tatkraft, die er versprochen hat. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.): Die Berufsruhmigkeit des deutschen Richtertums wird durch die ständigen Angriffe gegen die Justiz untergraben. Das zeigen Fälle wie Marschner und Jürgens. Der Prozeß Jürgens ist lediglich aus Angst vor der Strafe durchgeführt worden. Unbegreiflich ist die Rolle des Ersten Staatsanwaltes Jordan aus Stargard, der als alter Freund der Familie Jürgens die Anklage vertrat und 2½ Jahre Zuchthaus beantragte, ohne jeden Schuldweis.

Die Bestrebungen auf Uebergabe der Justizverwaltung an das Reich lehnen wir ab. Das wäre ein Schritt zur Auflösung Preußens, und wir sind Preußen und wollen Preußen bleiben. (Bravo! rechts.)

Abg. Oppenhoff (Z.): Die Vertrauenskrise besteht. Wir müssen von den Richtern verlangen, daß sie rüchhallos zur Verfassung stehen. Aber wir lehnen die Verallgemeinerung von Einzelfällen ab. Im allgemeinen ist die Justiz besser geworden, und es ist falsch, die Richter ohne weiteres den bestehenden Klassen zuzurechnen. Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen muß viel sorgfältiger werden. Die Senate der Oberlandesgerichte sind wieder mit 5 Richtern zu besetzen.

Abg. Eichhoff (D. Ep.) bespricht in der Hauptfrage technische Justizfragen. Das Amtsgerichtsgebäude in Frankfurt a. d. E. sei ein reiner Schweinestall. Fehler der Justiz werden von einer gewissen Presse molhos übertrieben.

Abg. Dr. Grzymek (Dem.) fordert eine kräftige demokratische Personalpolitik. Preußen müsse der Stoßbock werden, der dem Recht in Deutschland die Bahn bricht.

Nach Ausführungen des Abg. Körner (völk.) wird die Fortsetzung der Debatte auf Freitag mittag 12 Uhr vertagt.

Ostpreußen beschwert sich.

Neuer Schritt des preussischen Ministerpräsidenten.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Der preussische Ministerpräsident Braun empfing am 5. Mai eine Deputation der Provinz Ostpreußen, die von dem Oberpräsidenten Siehr geführt wurde und der die Herren Brandes, Präsident der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer, Oberbürgermeister Bohmeyer aus Königsberg für die Gemeinden und Gemeindeverbände, Handelskammerpräsident Paajer, Titul für die ostpreussischen Industrie- und Handelskammern, der Präsident der Handwerkskammer aus Königsberg, Groß, der Präsident des Landwirtschaftsverbandes als Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Vorsitzende des Ortsartells Ostpreußen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angehörten.

Die Deputation trug dem Ministerpräsidenten die Beschwerden über unzureichende Berücksichtigung Ostpreußens bei der vom Reich geplanten Verteilung des 25-Millionen-Fonds vor und wies darauf hin, daß die außerordentlich schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage der Provinz, die aus der territorialen Abtrennung vom Mutterlande durch den polnischen Korridor begründet sei, mit der in keinem anderen Gebiete Deutschlands verglichen werden könne. Es gäbe kein Teilgebiet des öffentlichen Lebens der Provinz, auf dem sich nicht die infulare Lage verhängnisvoll auswirte.

Ministerpräsident Braun erwiderte darauf, daß die preussische Regierung das alles kenne und vollaus würdige und fortgesetzt mit allem Nachdruck die ostpreussischen Forderungen bei der Reichsregierung vertrete. Er selbst habe schon bei seinem Kampf gegen die bevorzugte Behandlung der drei süddeutschen Länder bei der Abänderung des Biersteuergesetzes darauf hingewiesen, daß die preussischen Grenzbezirke die Leidtragenden sein würden. Er habe neuerdings, gestern, in einem ausführlichen Schreiben dem Herrn Reichskanzler die Stimmung in Ostpreußen eingehend geschildert und ihn ersucht, den Verteilungsplan erneut zu prüfen oder eventuell neue Reichsmittel für Ostpreußen und die übrigen Ostprovinzen zur Verfügung zu stellen.

Reklame für die Faschisten. Die Schwindelmandöver der KPD.

Da der Stahlhelmrummel wahrscheinlich unter der Gleichgültigkeit der Berliner Bevölkerung wirkungslos verpuffen würde, macht die KPD. seit Wochen die verzweifeltsten Anstrengungen, die Reklametrümmer für die Faschisten zu rühren. Dabei kommt es der KPD. auf eine Handvoll Schwindelnachrichten mehr oder weniger nicht an.

So teilt uns der Betriebsrat der Aktiengesellschaft für Bauausführungen mit, daß der angebliche Aufruf der Belegschaft der Firma, der in der Mittwoch-Nummer der „Roten Fahne“ veröffentlicht worden ist und dieser vom Betriebsrat zugeschiedt worden sein soll, weder vom Betriebsrat kommt, noch von der Belegschaft dieser Firma. Verfasser und Einfender des Aufrufes ist der Hilfsarbeiter O., der dem Industrieverband (Kaiser, Weyer) angehört. Die Belegschaft der Firma ist etwa 1200 Mann stark, während die Baustelle, auf der der Beschluß angeblich gefaßt sein soll, nur etwa 60 Mann umfaßt. Wie uns der erste Vorsitzende des Betriebsrats, Genosse Paegel, mitteilt, würde der Betriebsrat, wenn er Gelegenheit gehabt hätte, zu dem Aufruf Stellung zu nehmen, sich für den Standpunkt der freien Gewerkschaften entschieden haben.

Kehlich versuchte die KPD. ein Manöver im Siemens-Konzern, das aber vorbeigeht. Vorgefunden wurde eine Verammlung des 25. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes, zu dem der Siemens-Konzern gehört. Am Ende der Versammlung, als nur mehr etwa 50 Personen anwesend waren, brachte der von der Münzstraße beauftragte Vertreter die übliche Resolution zum 7. und 8. Mai ein. Obwohl die Anhänger der KPD., die von dem Manöver natürlich informiert waren, ausgeharrt hatten, wurde der Antrag nicht angenommen, sondern ein von unseren Genossen eingebrachter Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Die Stimmdifferenz war bei der geringen Anzahl der Anwesenden natürlich nur eine kleine. Einige Stimmen mehr hätten genügt, um dem Antrag zum Siege zu verhelfen. Dann würde die KPD. am anderen Morgen in großer Fettschrift verkündet haben, daß die Belegschaft des Siemens-Konzerns, also nahezu 50 000 Mann, für Generalstreik, Sogendemonstrationen und den sonstigen üblichen Rummel der Kommunisten eintritt, obwohl die Belegschaft gar nichts davon gewußt hätte.

In üblicher Weise versuchte die kommunistische Fraktion in einer Belegschaftsversammlung der UEG., Koloniestraße, am 29. April eine Resolution zur Annahme zu verlesen, die die bekannten, in der Münzstraße vervielfältigten Forderungen enthielt. Auch hier fielen die Kommunisten glatt ab. Im anderen Falle würde man natürlich verkündet haben, daß die Belegschaft des UEG.-Konzerns für die kommunistischen Forderungen eintritt.

Wie die Arbeiterchaft über den Stahlhelmtag denkt, das hat sie am 1. Mai in ihrer überwältigenden Kundgebung gezeigt. Die Berliner Arbeiterchaft ist rot und verachtet die gelben Stahlhelmer. Von den schwindelhaften Reklamemandoern der KPD. wendet sie sich aber mit Ekel ab.

Betriebsratswahlen im Berliner Bankgewerbe.

Der Allgemeine Verband an der Spitze!

Den übrigen Großbanken folgten am gestrigen Tage Darmstädter und Nationalbank und Deutsche Bank mit ihren Betriebsratswahlen. Bei beiden Banken hielt wiederum der freigewerkschaftliche Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten seine überragende Position insofern, als er bei der Deutschen Bank gegenüber den drei vereint gegen den freigewerkschaftlichen Verband kämpfenden bürgerlichen Verbänden 11 Siege errang, während die übrigen Verbände zusammen nur sieben Siege erringen konnten. Bei der Darmstädter und Nationalbank stellt sich das Verhältnis insofern noch günstiger, als der Allgemeine Verband von vierzehn zu vergebenden neun Mandate zu erringen mußte, während Deutscher Bankbeamtenverein und Oberbeamtenverein zusammen nur fünf Mandate erhielten. Der noch im Vorjahre bei dieser Bank auf

den Plan getretene Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte es in diesem Jahre vorgezogen, sich nicht mehr zu Wahl zu stellen.

Unfallsteigerung in der Metallindustrie. Eine Folge der Rationalisierung.

Das einzige Gut der Arbeiterklasse ist die Arbeitskraft. Jeder Arbeitnehmer ist gezwungen, sich seine Arbeitskraft möglichst lange in voller Höhe zu erhalten. Leider zeigen die Berichte der Krankenkassen ein weiteres Ansteigen der Unfallziffern. Wir entnehmen aus den Berichten einer Betriebskrankenkasse eines Großbetriebes folgende Zahlen:

	in den Jahren	1918	1921	1925	1926
die Zahl der Unfälle		1 403	263	1 884	1 639
die Zahl der Krankheitstage durch Unfälle		25 510	7 638	31 219	45 018
die durchschnittliche Mitgliederzahl		36 341	40 471	55 097	48 199
von je 100 Mitgliedern sind verunglückt		3,85	0,64	2,52	3,59

Die durchschnittlichen Krankheitstage pro Unfallverletzter stiegen vom Jahre 1918 von 18,1 auf 27,4 Tage im Jahre 1926. Bietet Rot und Elend aus diesen Zahlen sprechen, braucht nicht besonders betont zu werden. Bemerkenswert ist noch, daß mit dem Steigen der Unfallziffern auch die Zahl der schweren Unfälle zunimmt.

Zuletzt finden Verhandlungen im BMB. statt über den Abschluß eines neuen Rahmentarifs, der nach den Forderungen der Metallarbeiter die 4 1/2 stündige Arbeitswoche vorsehen soll. Wie berichtigt diese Forderung ist, geht aus diesen Ziffern hervor.

Besonders ist die Akkordpreispolitik in den Betrieben der Berliner Metallindustrie zu verurteilen. Bei dem Arbeiter, der an der Maschine oder am Schraubstock steht, wird mit Zehntelstundens und Zehntelminuten gerechnet, während die Dividenden der Unternehmer von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Dennoch haben die Unternehmer generelle Lohnzulagen für die Facharbeiter abgelehnt.

Die Arbeiter wollen sich aber auch die Ueberstundenwirtschaft und die Akkordschinderei nicht länger gefallen lassen. Die Unternehmer werden es sich bei den heute beginnenden Verhandlungen mit dem Metallkartell zu überlegen haben, ob sie es auf einen Konflikt ankommen lassen wollen oder nicht.

Der Töpferstreik geht weiter.

Trotz der Extratour der Spindalisten.

In der am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung der im Baugewerksbund organisierten Töpfer, die sehr stark besucht war, berichtete der Fachgruppenleiter Joh. über die hinterhältige Handlungsweise des Vereins Berliner Töpfer, die wir in gestrigen Morgenblatt bereits geschildert haben. So verüblerisch sei noch kaum eine Berufsgruppe einer anderen in den Rücken gefallen, wie die sich streng radikal gebärdende und sich als syndikalistisch bezeichnende Lokalvereinigung. Deren Verhalten zeige mit aller Deutlichkeit, daß ein weiteres Zusammengehen des Baugewerksbundes mit diesem Verein unangebracht ist. Den Mitgliedern des Vereins, die aus Verärgerung dem Baugewerksbund den Rücken gekehrt haben, müsse das jeder gewerkschaftlichen Tradition hohnsprechende Verhalten der Vereinsleitung vor Augen geführt werden. Die ehrlichen Elemente im Lokalverein, die sich trotz der Abmachungen ihrer Vereinsleitung nicht zu Streikbrecherdiensten hergeben, müssen sich endlich dem mit blanten Waffen kämpfenden Baugewerksbund wieder anschließen. Den Streikbrechern in dem Verein wurde der schärfste Kampf angefaßt. Uebrigens werde der Beschluß des Lokalvereins, die Arbeit am Spinnabend wieder aufzunehmen, nicht ohne weiteres durchführbar sein, da die übrigen im Baugewerksbund organisierten Bauarbeiter es ablehnen, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten.

Die Töpfer des Baugewerksbundes werden trotz der Infamie des Lokalvereins ihren Streik mit der gleichen Einmütigkeit wie bisher weiter führen und sich an die Abmachungen der „radikalen“ Streikgehaltener der Unternehmer nicht kehren. In der anschließenden Diskussion, in der der Abscheu über das Verhalten des Lokalvereins zu deutlichem Ausdruck kam, sprachen sich alle Redner für den Vorschlag der Streikleitung aus, den Streik fortzusetzen und an der aufgestellten Forderung mit allem Nachdruck festzuhalten. Eine Entschließung in diesem Sinne wurde von den Versammelten einstimmig angenommen.

Der Erfolg der Textilarbeiter in Ostfachsen.

Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Nachdem die Verhandlungen über den Abschluß eines Rahmentarifs gescheitert waren, gingen am 23. April mehrere Tausend Textilarbeiter dazu über, ihr Arbeitsverhältnis zu kündigen und traten in den Streik ein. Das Reichsarbeitsministerium griff in den Streik ein und verhandelte unter Vorst. des Schlichters Kunze am 2. und 3. Mai in Berlin.

Wie der „Vorwärts“ am 4. Mai berichtete, führten die Verhandlungen zu einer Einigung. In einer Konferenz von 116 Funktionären der Textilarbeiter am gleichen Tage in Neugersdorf berichtete Winkler vom Deutschen Textilarbeiterverband über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, da jede einzelne Verbesserung der Unternehmern im harten Kampfe abgerungen werden mußte. Selbstverständliche Dinge, wie das Aushängen der Akkordlohnlisten, die Wirksamkeit der §§ 615 und 616 des BGB., den erhöhten Zuschlag bei Schichtwechsel in der Nachtzeit, wollten die Unternehmer nicht zugestehen. Hartnäckig hielten sie daran fest, daß die Betriebe, die nur 32 Stunden wöchentlich während sechs Monaten arbeiten, auch nur 32 Stunden Feriengeld zahlen sollten. Nur der energischen Führung der Gewerkschaften und der muttergütigen Haltung der im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen ist der Erfolg zu danken.

In der Diskussion wurde das hartnäckige Verhalten der Unternehmer gegeißelt, die mit allen Mitteln versuchten die Arbeiter untereinander uneinig zu machen. Allseitig gelobte man dafür zu sorgen, daß auch der letzte Textilarbeiter und die letzte Textilarbeiterin der Organisation zugeführt wird. Dem kommunistischen „Kämpfer“, der eine Ratzig verbreitete, die in verleumderischer Weise die Gewerkschaftsführer herabzusetzen versuchte, wurde das Richtmaß ausgesprochen.

Die Baugesellschaft Süd-Ost G. m. b. H., Berlin, Jlingstr. 9, teilt uns mit, daß sie mit der Baustelle Reutal, Kaiser-Friedrich-Straße 99/100, die durch eine Bekanntmachung des Zimmererverbandes in Nr. 206 des „Vorwärts“ als gesperrt erklärt wurde, nichts zu tun habe. Die Zimmererarbeiten auf den Baustellen in Treptow, Jlingstr. 9, würden von der Gesellschaft nicht direkt ausgeführt, weshalb ihre Firma mit dem Streik der Zimmerer in keinem Zusammenhang stehe.

Zimmerer! Die Fa. Reier, Treptow, Am Treptower Park 38, führt in der Marienkirche, Berlin, Neuer Markt, Zimmerarbeiten aus. Für diese Arbeiten ist die Firma durch eine Entscheidung der Tarifkommission verpflichtet worden 20 Proz. Zuschlag zu zahlen. Da die Firma diesen Zuschlag zu zahlen abgelehnt hat, haben die Zimmerer am 4. Mai die Arbeit eingestellt. Kameraden, die Baustelle ist gesperrt! Liebt Solidarität mit den Streikenden! Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin.

Arbeitslose Mitglieder des Deutschen Reichsbundes! Montag, 3. Mai, nachmittags 1 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 34/35, Arbeitslosenmitgliederversammlung. Jedes arbeitslose Mitglied hat bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Zutritt wird nur gegen Vorweisung des Verbandsausweises und der Arbeitslosenkarte gestattet. Die Bezirksverwaltung.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, 1 1/2 Uhr, tags die Gruppen: Hermannplatz (Reutal 2); Gruppenheim Jugendsheim Sanderstr. 11, Ecke Hebeschstraße, Heimbesprechung. — Schneewitz: Gruppenheim Jugendsheim Sanderstr. 2 (Kaiser Saal), Heimbesprechung, Verbandbuchkontrolle. — Wedding 1: Gruppenheim Stadthaus Wedding, Gerichtstr. 55/59, Heimbesprechung und literarischer Abend: „An meiner Werkstatt“. — Köpenick: Gruppenheim Jugendsheim Eberswalder Str. 10, Zimmer 12, Fein-Reiter-Abend. — Juppelaplatz (Wedding 3): Gruppenheim Städtisches Jugendheim Eutinier Ecke Geystraße, Heimbesprechung. Wir haben alle das Wort. zehn-Minuten-Referate über: „Unser Beruf“. — Weihenstephan: Sportplatz am Paulen See, Platz 3, Spiel und Probieren. — Botanischer Sonntag, 8. Mai, Anhaben auf dem Jugendstübchen, Brieselang.

Jugendgruppe des BMB. Heute, Freitag, 1 1/2 Uhr, Veranstaltungen in folgenden Bezirken: Schneewitz: Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7/13, Gruppenbesprechung. — Köpenick: Empfangsraum des Busch, Gerichtstr. 7, Spinnabend. — Spandau: Jugendheim Lindenauer 1, Heimabend.

Deutscher Reichsbund, Bezirkssekretariat Reutal 1, heute, Freitag, Generalversammlung. Vortrag des Kollegen Kurt Feinig über „Wirtschaftspolitische Fragen“.

Verantwortlich für Textil: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klinge/Söder; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calson; Revue: A. S. Wöhrer; Lokales und Couverts: Feix Karst; Anzeigen: E. Glöck; sämtlich in Berlin Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Interkultura und Wissen“.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Boo-Lin
Zitronen-Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausverkauf: Erfrischungsaal

RESTAURANT WERTHEIM

LEIPZIGER PLATZ GEÖFFNET 10-8 UHR
Frühstücksgedeck, Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr, Kaltes Buffet.
Reichhaltiges Kuchenbuffet zum Nachmittag-Kaffee.
Theatergedeck ab 6 1/2 Uhr.

Pökelfleisch gekocht, L 300cm Pfund 1 50	
Landleberwurst Pfund 1,10	Zerelat u. Schinken 1,65
Dampfwurst . . . Pfund 1,10	Nußschinken ca. 2 Pfund 1,90
Rotwurstpreßsack Pfd. 1,10	Speck fett, Pfd. 1,10 mager 1,25
Hildesheimer . . . Pfund 1,30	Kleingehackte, Rosenthaler Straße, Moritzplatz
Mettwurst (Braunschweig. Art), Pfund 1,45	Braunschweiger wickelt 1,20
Filetwurst Pfund 1,50	Leberwurst feine, Pfund 1,40

Frisches Fleisch	
Kalbshamm, Brust Pfund 78 Pf.	
Kalbsnierenbraten und Keule, Pfd. 85 Pf.	
Hammelvorderfleisch Pfund 94 Pf.	
Schweinebauch Rücken u. Blak, mit Beilage, Pfund 80 Pf.	
Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knochen Pfund 1 Pf.	
Kaßler Speer u. Kamm Pfund 110	
Lieser Pfd. 70 Pf. Gehacktes Pfd. 75 Pf.	
Prima Ochsenfleisch, gefroren	
Suppenfleisch Pfund 50 Pf.	
Kamm u. Brust Pfund 55 Pf.	
Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund 60 Pf.	

Schnitt-Nudeln Pfund 36 Pf.	
Burma-Reis . . . Pfund 22 Pf.	Weißer Bohnen . Pfund 14 Pf.
Tafelreis poliert, Pfund 24 Pf.	Linsen Pfund 24 Pf.
Patna-Reis . . . Pfund 32 Pf.	Viktoria-Erbisen Pfd. 27 Pf.
Amerik. Reis . . Pfund 35 Pf.	Erbisen gelb, poliert, Pfd. 32 Pf.

Gebrannt. Kaffee eigene Rösterei Kopsmisch, Pfd. 2 20	
Haushalt-Misch. Pfund 2,60	Globus-Misch. . Pfund 3,80
Sonder-Misch. . Pfund 3 M	Residenz-Misch. Pfd. 4,20
Olympia-Misch. Pfund 3,40	Elite-Mischung Pfund 4,60

Limburger Pomm. Pfund 42 Pf.		Allgauer Pfund 50 Pf.	
Holländer Pfund 68 Pf.	Tilsiter vollk., 1a Qual., Pfd. 1,15	Margarine . . . Pfund 58 Pf.	
Edamer Pfund 68 Pf.	Margarine . . . Pfund 58 Pf.	Tafelbutter . . . Pfund 1,78	
Quadratkäse . . . Pfund 24 Pf.	Schweizer Käse 98 Pf. 1,45	Dänische Butter Pfd. 1,84	

Konserven 1/2 Dose		1/4 Dose	
Gemüse-Erbisen . . . 55 Pf.	Apfelmus 75 Pf.	Saure Kirschen . . . 1,25	
Junge Erbsen . . . 68 Pf.	Ananas extra Qualität . . 1,55	Kaffirn. Aprikosen . . 1,90	
Junge Erbsen fein . . 1,25	Kaffirn. Aprikosen . . 1,90	Pfeilschoten 2,95	
Jg. Erbsen mit Karotten 1,25	Pfeilschoten 2,95	Elmer 5,80	
Kartoffeln geschnitten . . 38 Pf.	Corned Beef 2 Pfd. engl. 1,75	Oelsardinen 1/2 Kl. Dose 48 Pf. 72 Pf.	
Junger Spinat 48 Pf.			
Kohlrabi ganze Köpfe . . 1 M			
Pflaumen ohne St. 1 M mit St. 75 Pf.			
Konfitüren, 2 Pfund-Elmer			
Ananas 1,65	Orangen, Johannisb. 1,15	Pflaumen 1,10	
Erdbeeren, Himbeeren, Aprikosen, Kirsch 1,45			
Orangen-Konfitüren Tangerinmünder 5 Pf.-Elmer 3,50			

Wein Preise für 1/2 Flasche ohne Glas	
Frankfurter Apfelwein „Rackles Urquell“ 63 Pf.	
Feiner Fruchtw Wein Johannisbeer-, Stachelbeer- und Heidelbeerwein, Cyder 95 Pf.	
Maitrank aus Fruchtw. 90 Pf.	
1920 Königsbacher Altenweg mild und blumig . . 1,30	
1922 Erdener pikanter Mosel 1,45	
1924 Langenlonsheimer Sonnenborn blumiger Nahewein 1,60	
1923 Serriger Hindenburglay Wachstum Preußische Staatsdomäne, rauchiger Scharwein 1,85	
1925 Liebfraumlisch (rote Kapsel) bestechende, süße Art . 2,10	
1921 Mettenheimer Michelsberg Wachstum Math. feine rhein. Rotw. 1,60	
Deutscher Weinbrand A. Desclaux	
aus Charentewein weiß champagne 4,50	
Tarragona Spezial rot, süß, vom Paß Liter 1,40	
Borsdorfer Apfelwein zur Bowle, vom Paß Liter 53 Pf.	

Frische Ananas Pfund 95 Pf.	
Zitronen Dutzend 40 Pf. 50 Pf.	Salat . . 2 große Köpfe 35 Pf.
Tafeläpfel kaliforn., Pfd. 48 Pf.	Blatt-Spinat . . Pfund 20 Pf.
Bananen Pfund 68 Pf.	Kartoffeln neue, Pfund 15 Pf.
Blutapfelsinen Dutzend 75 Pf.	Grüne Gurken Stck. v. 45 Pf.
Feigen Pfund 25 Pf.	Zwiebeln neue Ägypter 15 Pf.

Rhabarber Pfund 15 Pf.	
Fische	
Bratschollen Pfund 9 und 15 Pf.	
Kabeljau u. Seelachs ohne Kopf, ganze Fische Pfund 14 Pf.	
Schellfische Pfund 25 Pf.	
Fischfilet Pfund 28 Pf.	
Frische Hechte Pfund 98 Pf.	
Lebende Karpfen Pfund 105 an	
Geflügel	
Brat- u. Suppenhühner gefr. Pfund 110 an	
Suppenhähne frisch geschlachtet . Pfund 115	
Junge Tauben Stück 85 Pf.	
Enten frisch geschlachtet Pfund 135 an	

Flundern Pomm. Pfund 32 Pf. 45 Pf.	
Schellfische . . . Pfund 42 Pf.	Voll-Bücklinge Kieler 55 Pf.
Fettbücklinge . Pfund 45 Pf.	Räucheraale . . Bund 55 Pf.
Seelachs Pfund 45 Pf.	Spickaale starke, Pfund 2,80
Holl. Kakao Marke „Kamphuy“, in Blockdosen, ca. 1 Pfund 1 60	
Borkenschokolade Karlon ca. 78 Gr. 35 Pf. ca. 150 Gr. 65 Pf.	
Vollmilch-Reliefschokolade Pfund 48 Pf.	
Vollmilchschokolade mit ganzen Haselnüssen, Tafel 100 Gr. 39 Pf.	
Speiseschokolade Tafel 100 Gramm 27 Pf.	
Zwieback-Schokolade 1/2 Pfund 33 Pf. Pfund 1,30	

Berlins Hafenwirtschaft.

Der Vertrag mit der „Behala“. — Die Stadt fordert mehr Einfluß.

Wirtschaftsfragen beherrschten gestern die Stadtverordnetenversammlung. Der Vertrag über die Verpachtung der Häfen, den man in der Inflationszeit unter dem Druck der Not als ein „gutes Geschäft“ angesehen hatte, wurde nochmals in langer Debatte erörtert. Die Frage, ob der Vertrag mit der Berliner Hafens- und Lagerhausgesellschaft (Behala) aufgehoben werden kann, ist im Anschluß nach erneuter Prüfung erneuert worden. Aber mehr Einfluß der Stadt auf die Hafenwirtschaft und mehr Wahrung ihres Vorteils ist allerdings zu wünschen, und das kam in dem Beschluß des Ausschusses zum Ausdruck. Die sozialdemokratische Partei trat entschieden für diese Forderung ein. Was dazu zu sagen war, wurde von unserem Genossen Brolat vorgebracht. Dem Ausschußantrag wurde zugestimmt.

In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst ein von allen Parteien eingebrachter Antrag, der eine Nachprüfung der Pensionsfrage früherer Arbeiter und Angestellter der Straßenbahn verlangt, ohne Debatte dem Ausschuß für die Arbeiter und Angestellten überwiesen. Eine längere Debatte ergab sich bei der Behandlung einer Vorlage des Magistrats, die eine

Neuregelung des öffentlichen Anschlag- und Reklamewesens zum Gegenstand hat. Bisher unterstand das Anschlagwesen den einzelnen Bezirksämtern. Hierdurch ergaben sich Unzuträglichkeiten, da die Bezirke die Anschlag- und Reklamewesen sehr abweichend voneinander behandelten. Es soll nunmehr das öffentliche Anschlag- und Reklamewesen der zentralen Tiefbaudeputation unterstellt werden. Die Redner der bürgerlichen Fraktionen traten für die Befassung des bisherigen Zustandes ein, d. h. sie wollten den Privatunternehmern, die in einzelnen Bezirken das Anschlagwesen gepachtet haben, das Geschäft belassen. Besonders der deutschnationale Vorkoch war gegen die Vorlage, und er sang ein Loblied auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse in dem Betrieb eines Privatpächters. Unsere Genossen Bublitz und Jafrau traten den bürgerlichen Rednern entgegen. Genosse Jafrau sagte Herrn Koch, daß dieser sein Verantwortungsgefühl eigentlich auch auf die städtischen Einrichtungen ausdehnen und dann auch bei den kommunalen Betrieben Gutes und Empfehlenswertes suchen und finden müßte. Schließlich wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten der Vorlage zugestimmt. — Die

Verpachtung der städtischen Häfen

an die Berliner Hafens- und Lagerhausgesellschaft gab der Versammlung noch einmal Veranlassung, über diese Angelegenheit zu debattieren. Schon vor Wochen war darüber ausführlich beraten und die Angelegenheit an den Ausschuß zurückverwiesen worden. Gestern forderte nun der Stadtv. Buchwiz (Dnat.) wiederum die Aufhebung des Pachtvertrages, um — wie er sagte — allen Wirtschaftskreisen Gelegenheit zu geben, an der Ausgestaltung der städtischen Hafenanlagen mitzuwirken. Von unserer Fraktion sprach Genosse Brolat. Er erinnerte daran, wie seinerzeit bei der Verpachtung der Hafenanlagen nicht etwa nur die jetzige Pächterin herangezogen wurde, sondern eine ganze Reihe von einschlägigen Gesellschaften und Speditionsfirmen. Aber alle erklärten, daß sie den von der „Behala“ anerkannten Verpflichtungen nicht nachzukommen vermögen, so daß schließlich dieser der Zuschlag erteilt werden mußte. Um so merkwürdiger erscheint es nunmehr, wenn jetzt wiederum mit diesen Argumenten gegen den Pachtvertrag vorgegangen wird. Wie stellt sich denn Herr Buchwiz da funktionierend eines Ausschusses der „Behala“ vor, in dem alle Wirtschaftskreise vertreten sind? fragte Genosse Brolat den deutschnationalen Vorkoch. Wie sollen die widerstrebenden Interessen der verschiedensten Wirtschaftsorganisationen unter einen Hut gebracht werden, ohne daß darunter der Hafenbetrieb leidet? Der Redner betonte, daß der Vertrag in der Inflationszeit geschlossen wurde, und die

Stadt kommt, ohne die bestehenden Gesetze zu verletzen, von ihm nicht los. Ein Gutachten des Stadtsyndikus sagt das klar und eindeutig. Es geht schließlich auch nicht an, daß Berlin einseitig von einem gültigen Vertrage zurücktritt, weil man daselbe Recht jedem anderen Vertragspartner auch zugestehen müßte. Selbstverständlich kann man versuchen,

im Rahmen des Pachtvertrages größere Vorteile für die Stadt herauszuholen;

dafür werden auch die Sozialdemokraten sein. Namens des Magistrats sprach Stadtbaurat Hahn. Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Leh (Komm.), Pfundner (Dnat.) und Bief (Z.) wurden zunächst die Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt. Während die Kommunisten sich mit einer Aufhebung des Pachtvertrages mit Hilfe der Gerichte begnügen wollten, verlangten die Deutschnationalen, den Vertrag mit allen Mitteln zu kassieren. Zugestimmt wurde mit großer Mehrheit dem Ausschußbeschlusse, nach dem der Magistrat dahin wirken soll, daß der Einfluß der Stadt Berlin bei der „Behala“ vergrößert werden soll, um die allgemeinen Interessen besser zu wahren und ein größeres finanzielles Ergebnis für die Stadt zu erzielen. Ferner sollen nach dem Ausschußbeschlusse Vertreter der Stadtverordnetenversammlung in den Aufsichtsrat der „Behala“ entsandt werden. Die Verträge der „Behala“ mit den Firmen Schenker und Co. und Busch sollen dem Aufsichtsrat vorgelegt werden, damit etwaige, den Interessen der Stadt zuwiderlaufende Bestimmungen aufgehoben werden können. Zur Frage der

Benachteiligung Berlins beim Finanzausgleich

nahm die Versammlung folgenden, von den Sozialdemokraten, den Demokraten und dem Zentrum eingebrachten Antrag an:

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat mit großem Bedauern von der Verabschiedung des preussischen Finanzausgleichs-Gesetzes im Landtag Kenntnis genommen. Die Verschlechterung der Regierungsvorlage und besonders die Anträge der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei auf Herabsetzung der Schlüsselziffer für die relative Garantie auf 20 Pf. beweisen, daß der Landtag auf die allgemeine Notlage und die hohen, bisher nicht amähernd gedachten finanziellen Bedürfnisse der Stadt Berlin keine Rücksicht genommen hat. Die Anträge der genannten beiden Parteien bedeuten eine besondere Schädigung der Berliner Wirtschaft.

Auch die Haltung des Städtetages hat zur Benachteiligung der Stadt Berlin beigetragen. Berlin fühlt sich mit den deutschen und preussischen Gemeinden in Notgemeinschaft verbunden, kann aber in einer Vereinigung nicht-fürner mitarbeiten, die ihm kein Verständnis und keine Berechtigung zuteil werden läßt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung debattierte die Versammlung lange Zeit über einen Antrag der Wirtschaftspartei wegen der Auflösung der Schuhreparaturwerkstätten für Erwerbslose. Der Wirtschaftsparteiler Hafe wandte sich gegen den Ausschußbeschlusse, der die Beibehaltung der Werkstätten empfiehlt. Seine Ausführungen waren eine einzige Agitationsrede für die Wirtschaftspartei. Nachdem auch der Deutschnationale Klein sich für die Aufhebung ausgesprochen hatte, trat Genosse Maderholz namens unserer Fraktion den Vorrednern entgegen. Maderholz meinte, daß es an sich nicht verwunderlich wäre, wenn die Wirtschaftsparteiler und die Deutschnationalen für die Aufhebung dieser kommunalen Einrichtung einträten. Sie wären durch ihre Wahlsprechungen an eine solche Stellungnahme gebunden und müßten jetzt, ohne Rücksicht auf die Interessen der Erwerbslosen, daran festhalten. Man solle aber doch nicht glauben, daß mit solchen Anträgen dem Handwerk geholfen werden könne; es habe vielmehr den Anschein, als ob die Wirtschaftspartei die Schlappe, die sie mit ihrer Zustimmung zu der Aufhebung des Badenmeisterschuhes erlitten habe, wieder gutmachen und sich bei ihren Wählern wieder anbieten will. Wir Sozialdemokraten verstehen den Bezirksämtern durchaus das Recht zur

Unterhaltung solcher Werkstätten zu. Da auch die Kommunisten für die Beibehaltung der Werkstätten eintraten, so war die Annahme des Ausschussesantrages gesichert. — Nach debattierter Erörterung einer ganzen Reihe Vorlagen und Anträge trat dann Stadtv. Hafe in der Begründung eines von der Wirtschaftspartei eingebrachten Antrages für die

Aufhebung der Anschaffungs-gesellschaft

der Stadt Berlin ein. Die Argumente waren die gleichen, die der Redner vorher gegen die Schuhreparaturwerkstätten vorbrachte; er machte eben in Rittelslandsretterei. Zu der gleichen Angelegenheit nahm ein Antrag der Demokraten Stellung. Hierin wurde eine Beschränkung des städtischen Anschaffungsamtes und der von den städtischen Betrieben eingerichteten Verkaufsstellen auf das tatsächlich Notwendige gefordert. Stadtv. Michaels (Dem.) führte dazu an, daß das Berliner Anschaffungsamt in seiner Funktion viel weiter gegangen sei, als es die Bedürfnisse der Stadt erfordern. Seine Praxis ließe sich mit den Erfordernissen des freien Handels nicht mehr vereinbaren und deshalb müsse der Geschäftskreis des Anschaffungsamtes auf seine ursprünglichen Aufgaben langsam zurückgeführt werden. Die Entscheidung über die vorliegenden Anträge wurde wegen der zahlreich vorliegenden Vorbedingungen vertagt.

Der Schrecken der Strafe.

7 Monate Gefängnis für einen Chauffeur.

In der Nacht zum 11. Dezember 1926 wurde der Obergärtner Kaiser, ein Mann von 60 Jahren, in der Stalizer Straße bei der Hochbahnüberführung von einem Auto erfasst und förmlich zermalmt. Kaiser hatte die Straße überschreiten wollen, um zu seinen auf der anderen Seite harrenden Angehörigen zu gelangen. Er hatte dabei nach rechts Ausschau gehalten, als ihm nicht ein Wagen entgegenkam und hatte noch nicht die rechte Hälfte der Straße überschritten, als von links eine Kraftdroschke mit großer Geschwindigkeit, ohne Signal zu geben, dahergecraft kam.

Das Auto fuhr mitten auf der Straße und legte nach dem Unglücksfall mit unverminderter Schnelligkeit die Fahrt fort, ohne sich um das Opfer zu kümmern. Wie die Augenzeugen betunden, hatte das Fahrzeug auch an der Straßenkreuzung, die dicht vor der Unfallstelle lag, keine Geschwindigkeitsherabsetzung vorgenommen. Die Schone des Getöteten und andere Augenzeugen des Unfalles glauben mit Bestimmtheit die Nummer des Autos erkannt zu haben und zwar den Brennabornwagen IA 7688. Ein Sohn rief die Nummer laut aus. Ueberdies war der Schwiegersohn in ein nachfolgendes Auto gesprungen und hatte gemeinsam mit dem Kraftfahrer ebenfalls diese Nummer festgestellt. Es war dem zweiten Auto aber nicht möglich gewesen, den anderen Wagen einzuholen, da dieser mit ungläublicher Schnelligkeit vom Tatort entflo. Auf Grund all dieser Feststellungen wurde der Droschkenträufahrer Henje als der Führer des tragischen Autos festgestellt, und es wurde gegen ihn Anklage vor dem Schöffengericht Mitte erhoben. Der Angeklagte bestritt aber, der Schuldige gewesen zu sein, er wolle einen Alibibeweis führen. Belastend für ihn war, daß sein Arbeitgeber am nächsten Tage eine Verbeulung und Beschädigung des rechten Kotflügels festgestellt hatte. Henje behauptete aber, daß er in derselben Nacht in Nichtenberg einen Hund, und zwar einen Dobermann, angefahren habe. Der Sachverständige, Polizeinspektor Balzer, hielt es aber für höchst unwahrscheinlich, daß die Verbeulung des Kotflügels durch einen angefahrenen Hund entstanden sein könnte. Nach den ganzen Beweisaufnahmen hatte das Gericht keinen Zweifel an der Schuld des Angeklagten und verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis. Amisgerichtsrat Burkert stellte fest, daß den Lebensjahre selbst keine Schuld treffe. Der Angeklagte sei ein rücksichtsloser wilder Fahrer, der anscheinend zu der Klasse jener Autofahrer gehöre, die meinen, daß sie allein Anspruch auf die Straße haben.

Heute 3. Volkstag der Wochenend-Ausstellung. Im weiteren Kreisen der Bevölkerung den Besuch der Großen Ausstellung Berlin 1927 „Das Wochenende“ mit ihren vielen Sehenswürdigkeiten möglich zu machen, hat die Ausstellungsleitung auch den heutigen Freitag zum Volkstag gemacht, d. h. der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 1 M. (statt 1,50 M.), Jugendliche bis zu 18 Jahren zahlen 30 Pf. Die Ausstellungsbesucher haben bis abends 8 Uhr Gelegenheit, auch den „Berliner Schneepalast“ ohne besonderes Entree zu besichtigen.

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

37] Roman von Feih Red-Malcezewen.

Unter diesen Voraussetzungen, liebe Menschen, ist es dem Ansehen der kleinen Sif bei dieser wohlstandigen und angenehmen Familie durchaus nicht dienlich gewesen, als die Tageszeitungen als verspätete Weihnachtsüberrraschung ein gewisses, in Buenos Aires aufgenommenes Protokoll gebracht und plötzlich das eigentlich schon etwas vergessene Verschwinden der kleinen Sif in Verbindung gebracht haben mit einer in der Burgstraße geschehenen Tat, über die, wie schon erwähnt, noch allerlei zu berichten sein wird, ja . . .

Und siehe: am selben Abend, als auf der „Rosaolia“ der Maitrole Christian Tams mit schöner, ruhiger Stimme die Worte „füer verrut“ gesungen hat, da hat bei Onkel Marzell in der Ansbacher Straße ein Familientag sämtlicher Brudners stattgefunden.

Und wenn auch seit Weihnachten der Schwager Bez eine auffallende Nervosität an den Tag gelegt, und wenn er auch die Rede immer auf etwas anderes gebracht hat, sowie von seiner Schwägerin die Rede war: ja, da ist es befagter Schwager gewesen, der zuerst das Wort Scheidung ausgesprochen hat.

Und dann haben sie alle das Wort wiederholt, die versammelten Brudners, die Ministerialräte und die Hofapostelher, die Steuer supernumerare und Studienräte, und haben das Wort einem kleinen dummen Jungen in die Ohren geschrien, der wie ein Angeklagter vor ihnen gestanden hat . . . mit Tränen, die ihm über die Backe gelaufen sind. —

Was denn freilich diesen kleinen dummen Jungen nicht gehindert hat, aus irgendeiner schabigen, mit allerlei erotischen Reminiscenzen versehenen Reugier auf den Behrier Bahnhof zu laufen und schnell wieder zu verschwinden, als sein angetrautes Eheweib ihn entdeckte, ja . . .

Und im Roabiter Untersuchungsgefängnis sitzt die kleine Sif, träumt, als sie es müde geworden ist, sinnlose Worte in die Wand zu rufen, von ihrer Trauung und schreckhafter Orgelmusik und blutrünstigen Jahrmorktsbildern; wacht auf, bestimt sich langsam auf ihre neue Umgebung, reißt plötzlich in ganz sinnloser Wut aus der Bibel des Leidendenes Fran-

ziskus sämtliche Blätter und wirft sie, wofür ihr am nächsten Morgen die Wärterin ihr lebhaftes Mißfallen ausdrückt, zusammengeknüllt auf den Boden.

Und in der höchst achtbaren Juristenwelt Berlins gibt es einen ältlichen, heute leider schon vor der göttlichen Appellationsinstanz stehenden Untersuchungsrichter, der bei seinen Kollegen den umständlichen aber bezeichnenden Beinamen „die kleine wütende Blähung am Bindfaden“ führt, was gemeinhin übrigens in „der kleine Wütende“ abgeändert worden ist.

Es ist neun Uhr morgens und angenehmes, mit Regen und Schnee vermischtes Wetter, als die kleine Sif aus ihrer Zelle geholt und diesem Manne gegenübergestellt wird. Das geschieht in einer überheizten Kanzlei, deren wesentlicher Schmuck, wenn man von Utensilien 1879 bis 1922 abzieht, die große, braune Schmutzbahn an der Wand über der Zentralheizung ist. Ein Wachtmann ist dabei, der einmal den Chemin des Dames gestürmt hat und eben damit beschäftigt ist, an Hand der letzten Dollarkurfe den Goldwert seines Behalts zu berechnen; und das drüben auf den Gütergleisen endlose Züge vorbeifahren mit offenen Kohlenwagen, auf denen langsam der Schnee taut, ist eigentlich alles, was zur optischen Abwechslung beiträgt. —

Fünf Minuten später reißt ein ziemlich angeschwemmter ehemaliger Neofrankone und jetziger protokollierender Referendar dienstbeflissen die Tür auf, der „kleine Wütende“, aufgepflanzt von sechs Prozent Zucker im Blute, stürmt herein, pflanzt sich vor der kleinen Sif auf und schreit sie, den zahnbürstigen Spitzbart gestäubt, zunächst einmal an, daß er ihr kein Wort glauben werde, nicht ein einziges Wort. . .

Nam: Sif Brudner, geborene Bengtson, Kunstmalersfrau, geboren zu Berlin 1901, verheiratet. . . „Weshalb ist es hier so kalt?“ schreit der „kleine Wütende“, obwohl die Anwesenden sich doch jetzt schon jener Celsiusgrade erfreuen, die sonst nur in römisch-irischen Schwimmbädern erzielt werden. Die Heizung wird weiter angegedreht, beginnt athmatisch zu röheln . . . draußen jagt schön und ruhig der D-Zug Berlin-Hannover vorüber.

„Sie bezichtigen sich selbst des Raubmordes an der Althändlerin Grandjean?“

Die kleine Sif, sehr ruhig, noch immer etwas entsetzt durch den Stoß der Steppenstute, sieht finster vor sich hin. „Ich habe es getan.“ Nichts weiter.

„Sie lügen,“ schreit der „kleine Wütende“ und schreit, daß der Referendar Thörpolt auffährt von seinen Zeichnungen, in denen er gerade sämtliche Zirkel der im blauen Kreise des Köfener SC. vereinigten Korps verewigt.

„Ich habe es getan. Ich habe es getan.“

Der „kleine Wütende“ zerreißt durchaus nicht seine Robe, er fällt auch nicht wie der Hohepriester Ek vom Stuhl; er nimmt vielmehr das gestern bearbeitete Altenbündel „Steiger und Genossen wegen Zusammenrottung“, pfeffert es auf den Tisch, daß ihn, wie einst den gegebenden Gott auf dem Sinai, eine Staubwolke verhüllt, schreit, daß es zu heiß sei im Lokal, und welcher Idiot unten die Dampfheizung bediene. . .

„Ein hysterisches Frauenzimmer sind Sie,“ beginnt von neuem der „kleine Wütende“, „das verlogenste Weibsbild, das mir begegnet ist. . .“

Ohne die Miene zu verziehen, sieht die kleine Sif ihn an und schweigt. Und da weder der Köfener SC. noch die sechs Prozent Zucker im Blut an der Haltung dieses verstockten kleinen Frauenzimmers da etwas ändern können, so nimmt dieses denkwürdige Verhör seinen Fortgang.

Tag nach der Hochzeit . . . gehört nicht zur Sache. Hebernächster Tag, im Zuge betätigt . . . gehört noch weniger zur Sache. . .

Im Eggelsiorhotel soupiert mit dem Schwager Staatsanwalt Alexander Brudner . . .

Und hier geschieht es, daß Richter und Protokollant sie entgeistert anstarren: „Ihr Schwager?“

Unbeirrt fortgefahren. Soupiert, stark unter Alkohol gesetzt von dem Schwager, Staatsanwalt Alexander Brudner. „Gehört nicht zur Sache!“

„Gehört zur Sache!“ Das wird so ruhig gesagt, daß das Forum schweigt und nur das Blasen der Heizung zu hören ist.

Und siehe, zum ersten Male in dieser Stunde, zum ersten Male nach diesen Monaten des Elends und der Wirrnis tauchen sie auf, die Bilder jenes schrecklichen Abends, die Bilder des Fuletrausches: das unsaubere Schlafzimmer mit roten Tapeten und Reformkorps Palaio-Borussia und blaurotem Madonnenbild, die Gerichtsdienerrwitwe Meta Brack mit Schlafrod und sittlicher Entrüstung, der brieflich angeordnete, übrigens nie ausgeführte Besuch bei Robba. . .

(Fortsetzung folgt)

Kahn kann es keiner recht machen!

Aus dem Lebenslauf eines Querkulanten.

Eine in psychiatrischer Hinsicht viel umstrittene Persönlichkeit ist der Kaufmann Hermann Kahn, mit dessen neuesten Straftaten sich das erweiterte Schöffengericht Wedding wieder einmal zu beschäftigen hatte. Der 59jährige Angeklagte war wegen Erpressung, Betruges im Rückfalle und schwerer Urkundenfälschung angeklagt.

Kahn hat eine kriminell sehr bewegte Vergangenheit und ist nicht weniger als neunzehnmal vorbestraft. Wiederholt ist er auch in Irrenanstalten gewesen und von zahlreichen Sachverständigen begutachtet worden. Mehrfach wurde er als ein geisteskranker Querkulant angesehen, in anderen Fällen jedoch wurde seine Zurechnungsfähigkeit bejahet. Seit langen Jahren macht Kahn den Gerichtsbehörden zu schaffen. Er führt neben den gegen ihn ständig schwebenden Strafverfahren eine Fülle von Zivilprozessen und hat eine anscheinend unbegrenzbare Sucht, die Behörden mit Anträgen und Eingaben zu überschütten und den Behörden bis zu den Ministerien hinauf Rechtsbeschwerden zu erweisen. Gegen alle ergangenen Urteile legte er Berufung ein und betreibt hinterher Wideraufnahmeverfahren. Gegen die Richter führt er ständig Beschwerden wegen Rechtsbeugung, gegen die Sachverständigen macht er Anzeige wegen falscher Begutachtung. An einem Tage hatte er die Bewilligung von 700 Armenattesten zur Führung von Zivilprozessen beantragt. Gegenwärtig laufen von ihm noch 250 Klagen. Auch in den Gefängnissen legte er seine Beschwerden gegen die Rechtsbrüche der Gerichte und wegen schlechter Behandlung gegen die Gefängnisverwaltung fort. Als er vor zwei Jahren wieder verhaftet wurde, beschwerte er sich immer von neuem wegen Freiheitsberaubung. In seiner Gefängniszelle hatte er eine Schreibmaschine und arbeitete während der zweijährigen Unterbringung ununterbrochen vom frühen Morgen bis zum späten Abend an seinen Eingaben und Beschwerden.

Als Kahn mit 10 Mark in der Tasche aus dem Justizhaus in Brandenburg entlassen worden war, wollte er sich eine neue Existenz gründen und errichtete eine Bank für Kapital- und Hypothekenermittlung. Die Tätigkeit dieser „Bank“ bestand darin, daß er allen Leuten, die in den Zeitungen Darlehen oder Hypotheken suchten, auf einer Postkarte seine Hilfe anbot. In vielen Fällen hatte er sich Vorkasse geben lassen, ohne natürlich irgend etwas tun zu können. Infolge der widerwärtigen Bewertung des Geisteszustandes des Angeklagten hatte das Gericht ein Obergutachten des gerichtsarztlichen Ausschusses eingeholt, das Red. Rat Dr. Franke erstattete. Danach ist Kahn ein rückfälliger Betrüger, der so auffällig querkuliert und mit den unwahrscheinlichsten Behauptungen und ungewöhnlichsten Ausdrücken um sich wirft, daß sich dem Arzt der Gedanke aufdrängen muß, daß er geisteskrank sei. Er wurde daher auch vielfach für großwahnsinnig erklärt. Dieser Auffassung hat sich der gerichtsarztliche Ausschuss nicht anschließen können. Kahn ist zwar hochgradig minderwertig, aber der § 51 kann auf ihn keine Anwendung finden. Das Schöffengericht verurteilte daraufhin Hermann Kahn zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, eine Strafe, die durch Unteruchungshaft für verbüßt erklärt wurde. Kahn verließ aber erst am nächsten Morgen das Gefängnis, da sein „Amzug“ mit den hohen Stößen von „Kisten“, die er in seiner Zelle angeammelt hatte, mit einigen Umständen verknüpft war.

Opfer der Arbeitslosigkeit.

Zwei Selbstmorde im Teltowkanal.

Am Mittwochabend gegen 10½ Uhr sprang ein 19 Jahre alter Arbeiter Walter Sauer, der bei seinen Eltern in der Germania-promenade zu Brih wohnte, in der Nähe der Bergmannbrücke in den Kanal und ertrank. Seine Leiche ist noch nicht geborgen. Der junge Mann nahm sich aus Verzweiflung über seine lange Arbeitslosigkeit das Leben. — Am Nachmittag gegen 3 Uhr sah ein junges Mädchen, wie ein Mann zwischen der Ernst-Keller- und der Wallantebücke in Brih in den Kanal sprang, unterging und nicht wieder zum Vorschein kam. Erst später wurde er vom Reichswasserfiskus aufgefunden, gelandet und nach der Leichenhalle in Rudow gebracht. Am Ufer fand man Papiere, die der Lebensmüde zurückgelassen hatte; sie lauten auf einen 57 Jahre alten Architekten Alfred Reffel aus der Berliner Straße Nr. 100 zu Riederschwandeweide, dessen Frau in Dresden wohnt. Seine Frau wurde von der Polizei benachrichtigt.

Zum Kapitel „Schulrektoren“.

Eine Mahnung.

Bestenfalls veröffentlicht wir einen interessanten Auszug aus dem „Lokal-Anzeiger“ über das Kapitel „Schulrektoren“. Wir können zu unserer Freude feststellen, daß unsere kurze Betrachtung bei den Lesern des „Vorwärts“ Beachtung gefunden hat. So schreibt uns z. B. ein Leser, daß es mit der Freiheit der Schule in Groß-Berlin, wie sie im Hugenbergblatt geschildert wurde, soweit es die Volksschule beträfe, nicht weit her sei. Er berichtet uns nämlich:

„Meine beiden Enkelkinder, zwei Mädchen, besuchten bis Oktober 1926 die Volksschule in einem westlichen Vorort. Dort konnten sich die Kinder in den Pausen tummeln, so viel sie wollten, konnten sich jagen und hasen, die Schulleitung hat daran keinen Anstoß genommen. Als sie später aber dann nach Berlin-Mitte übersiedelten und hier eingeschult wurden, war es mit der köstlichen Freiheit vorbei. Nur paarweise war der Bärenzang auf dem Schulhof gestattet. Seit April 1927 ist nun das älteste meiner Enkelkinder in einem Gymnasium eingeschult worden, und hier findet das Rädel die alte Freiheit wieder, hier hält die Schulleitung darauf, daß sich die Kinder in den Pausen frei und ungehemmt bewegen. Auch bekommen sie in den großen Pausen warme Milch und Brötchen in unbeschränkter Maße, ohne dafür zu zahlen. In der Volksschule aber erhalten nur die Kinder, die täglich 10 Pf. zahlen, kalte Milch, die durch den Strohhalm zu trinken ist.“

Mit schweren Opfern mögen wohl manche Eltern ihr Kind in die höhere Schule schicken und gerade deshalb ist die unentgeltliche Verabreichung von Milch und Brötchen sehr zu begrüßen. Aber warum wird noch immer mit zweierlei Maß gemessen? Warum herrscht gleiche Freiheit und gleiche Freigebigkeit nicht auch bei den Volksschulen?

Beim Löwen-Schneider.

Wir leben im Zeitalter der Höchstzahlen, der Ueberbietungen, in dem schon seit Jahren der Dompieur Alfred Schneider den eigenartigen Rekord hält, die größte dreifache Löwengruppe der Welt zu haben. In harter Arbeit hat dieser Dompieur Jahr für Jahr an seiner eigenen Vervollkommnung und der seiner Gruppe geschafft. Nunmehr ist es ihm gelungen, eine Schau- und Dressurnummer herauszuarbeiten, die ihresgleichen nicht hat. Da er auch eine Löwenzucht besitzt, verfügt er immer über vielversprechenden Löwenwachstums, den er in einer regelrechten, natürlich wohl vergüteten Kinderstube dem Publikum vorführt. Die Löwenpflänzlinge werden Reiseförben entnommen, hängen sich untereinander, hauen dabei zu ihrem eigenen großen Schreck zwei Luftballone kaputt und werden dann unter sehr komisch wirkendem Widerstreben abermals in die Körbe gesteckt. Die Vorführung der erwachsenen Tiere ist, was jeden Tierfreund erheben muß, ein Triumph der zahmen Dressur. Der Vehrer spricht andauernd mit seinen Tieren und es wirkt sehr drollig, wenn er beispielsweise zu einer Löwin sagt: „Du, das wird hier ja lebensgefährlich.“ Als gute Arbeiterin erweist sich

Die Rache des Einarmigen.

Der Schuß auf den Personalchef der Bewag.

„Schon von meinem sechsten Jahre an werfen die Elektrizitätswerte einen düsteren Schatten auf mein Leben. Damals verlor ich meinen Arm, der in den Strom der Transformatorensäule geriet, deren Tür offenstand. Die Wunde, die dieser Verlust in mein Gemüt gerissen hat, ist nie ganz geheilt.“ Mit diesen Worten begam vor dem Landgericht I der Bureaudiener Karl Lemm, der am 18. November vorigen Jahres den Personalchef der Bewag, Refler, erschossen hat, seine Erklärung. Und brachte in diesen wenigen Sätzen die ganze Tragödie seines Lebens zum Ausdruck; der Unfall, der ihm seinen Arm gekostet hat, wurde zur Quelle unerträglicher Minderwertigkeitsgefühle, eines übertriebenen Geltungsbedürfnisses, einer gehässigen Einstellung zu seiner Umgebung, die schließlich zum verhängnisvollen Schuß geführt hat.

Als er im Jahre 1918 die Schule beendet hatte, wurde er auf das Geheiß seines Vaters hin bei den Charlottenburger Elektrizitätswerken, die sich seinerzeit eine Entschädigungssumme zu zahlen geweigert hatten, als Laufbursche aufgenommen. Zwei Jahre später kam er in das juristische Bureau als Registrator. Er erwies sich hier als strebsamer und fleißiger Arbeiter. Wie er sagte, wollte er sich eine Stellung erringen. Er verstand es aber nicht, sich mit dem Bureauvorsteher Weißbrod zu stellen. Der Angeklagte behauptet, daß ihm dessen zynische Witze unerträglich gewesen seien. In Wirklichkeit soll er aber seine völligen Ueberzeugungen in einer überheblichen und anmahnenden Weise seinen Kollegen gegenüber immer wieder zum Ausdruck gebracht haben. Er liehe den ganzen Laden hochgehen, meinte er. Oder er sprach von Leichen und Wassertöpfen und dergleichen mehr. Seine feindselige Einstellung gegen seinen Bureauvorsteher erhielt neue Nahrung, als auch ihn der Abbau treffen sollte; die Entlassung unterließ jedoch wegen seiner schweren Krüppelhaftigkeit. Seine Erbitterung wuchs, als er trotz des Vorschlages der juristischen Abteilung nicht in die Gehaltsklasse IIa,2, sondern in die Gruppe IIa,1 eingruppiert wurde. Seine Ausfälle und Drohungen gegenüber seinem Bureauvorsteher führten schließlich zu einer Verwarnung und auch zu seiner Veretzung in die Abnehmerabteilung. Nun fühlte er sich benachteiligt und soll hier seine Arbeit vernachlässigt haben. Wegen der Eingruppierung in die niedrigere Gehaltsgruppe führte er aber Beschwerde bei seinem Angestelltenrat. Da seinen Forderungen nicht entsprochen werden konnte, gelief er sich aufs neue in gehässigen Ausfällen, beschwerte

sich beim Direktor Kunstmann und wurde schließlich auf Veranlassung des Angestelltenrats von einem Arzt auf seinen Nervenzustand untersucht. Darauf erhielt er von Direktor Kunstmann die Verwarnung, seine gehässigen Ausfälle zu lassen, da ihm sonst gefündigt werden müßte. Und wirklich, nach einem neuen Ausfall seinerseits erhielt er die Kündigung. Er will den Kopf verloren und einen Selbstmordversuch beabsichtigt haben, bei dem ihn jedoch seine Mutter gestört haben soll. Da er von ihr mit dem Revolver in der Hand überrocht worden sei, habe er ihn in seiner Manteltasche versteckt. An demselben Tage schrieb er jedoch einen Brief an die Bewag, der adressiert war an den „Verbrecherkonzern Kunstmann, Refler, Weißbrod“. Als er am nächsten Tage auf seiner Arbeitsstelle das Entlassungsschreiben erhielt, stürmte er in das Zimmer Kunstmanns hinein und verlangte eine Unterredung. Direktor Kunstmann hat den Personalchef Refler zu sich. Als nun der Angeklagte erklärte, seine Anrede „an den Verbrecherkonzern“ aufrechtzuerhalten und Direktor Kunstmann ihn darauf aus dem Zimmer wies, soll er nach Aussage Kunstmanns den Revolver auf ihn gerichtet haben. Als Refler ihn von hinten von seinem Vorhaben abhalten wollte, soll er sich umgewendet und zwei Schüsse auf ihn abgefeuert haben. Der Angeklagte bestreitet diese Darstellung und behauptet, daß er den Revolver erst gezogen habe, als Refler auf ihn zugestürzt sei. Dann will er sich plötzlich auf dem Schiffbauerdamm befunden haben mit dem Revolver in der Hand. Er erinnerte sich nun, daß Refler zusammengebrochen sei, und da sei ihm der Gedanke gekommen, daß er ihn erschossen haben müsse. Darauf habe er sich der Polizei gestellt. Der Angeklagte, der einen viel älteren Eindruck macht, weint immer wieder und scheint ein schwer psychopathischer Mensch zu sein, der alle Welt für seinen Unfall, den er in der Kindheit erlitt, verantwortlich zu machen geneigt ist.

Da zwischen den Aussagen des Angeklagten und des einzigen Zeugen des Vorfalls, des Direktors, Widersprüche bestehen, letzterer sich jedoch nach einer eben erst überstandenen Operation im Krankenhaus befindet und nicht vernunftfähig ist, mußte die Gerichtsverhandlung vertagt werden. Das Gericht verurteilte den Beschuldigten, Direktor Kunstmann in Gegenwart des Sachverständigen Dr. Bürger im Krankenhaus kommissarisch zu vernehmen und den nächsten Termin in der zweiten Hälfte dieses Monats anzuberaumen.

Ein Gemütsathlet.

Der ewige, unerbittliche Kampf zwischen Mietern und Hauswirten, der in 99 von 100 Fällen mit dem Sieg des Hausgesetzten endet, ist zur ständigen Rubrik innerhalb des täglichen Geschehens geworden. Zu unserer am 12. April unter dem Titel „Wohnung im Schutthausen“ gebrachten Notiz erfahren wir von wohlunterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten:

Es handelte sich um die „Idyllischen“ Zustände im Hause Burgstraße 15, wo man dem Portier büchschädlich das Dach vom Kopfe rief, ohne ihm irgendwelche Erleichterung zu stellen. Genau so übel wie dem Portier wurde aber auch den bisherigen Pächtern des Hauses mitgespielt. Die Leute hatten das Haus seit dem Jahre 1902 bewirtschaftet und hierfür eine so hochbesserte Pacht zu entrichten gehabt, daß dem Generalbevollmächtigten der Hauseigentümer jeden Monat das hübsche runde Sämmchen von 1000 M. als Reinertrag in seine Tasche floß. Am 1. April dieses Jahres war der Vertrag abgelaufen, und es kam nicht zur Erneuerung, da der Bevollmächtigte an die Pächter das Ansuchen stellte, außer der hohen Pachtsumme auch noch die Verzinsung des recht erheblichen Baukostenkapitals zu übernehmen, das erforderlich ist, um das seit 1880 bestehende, überaus baufällige Haus neu herzurichten zu lassen. Da diese Verhandlungen also zu keinem erspriechlichen Ende führten, reichte der menschenfreundliche Herr noch vor Ablauf des Vertrages die Räumungssklage ein, begann Anfang April sofort mit dem Umbau, so daß die Mietenden, durch die seit Jahren ausgeübten Drangsalierungen müde gemacht, es vorgezogen, sich in eine Wohnstube zurückzuziehen. Das Hausinventar wurde auf einer Auktion veräußert, und am 1. April, genau am Tage des 25jährigen Geschäftsjubiläums, lag das Ehepaar, seiner Existenz beraubt, auf der Straße.

Demonstrationen der Kleinen.

Auch die zugkräftigste Parole nützt den Kommunisten nicht mehr. Die Reghah der Berliner Arbeiterschaft verfolgt den Kommunisten ihre Sympathien. Durch Demonstrationen, Plakonzerte und schreierische Plakate haben die Kommunisten in den letzten Tagen versucht, die „Schlappe“ Stimmung der Berliner Arbeiterschaft zu heben. Alles Gezeir gegen den Stahlhelm, alles Hehen gegen die Polizei hat nichts genützt. Die Berliner Arbeiterschaft kümmert sich um das Gebelle des Stahlhelms nicht, um das der Kommunisten aber noch viel weniger. Das sollten doch auch die Kommunisten endlich begreifen. Die gestrigen Kundgebungen der Kommunisten waren mehr als kläglich. Um sich nicht zu blamieren, wurden die Kreise zusammengezogen. Es hätte auch zu lächerlich ausgesehen, mit 60 Mann zu demonstrieren. Auf dem Brunnenplatz waren 300 bis 400 und auf dem Helmholzplatz etwa 500 bis 600 Mann versammelt. Auf der Bülowpromenade waren bei Abmarsch des Juges 200 Mann besammten. Am kläglichsten war die Kundgebung auf dem Winterfeldplatz; dort sammelten sich brockenweise noch 1½stündigem Warten 100 Mann an, die voll Sehnsucht auf einen Unterstützungszug von Schöneberg warteten, um überhaupt eine Kundgebung veranstalten zu können. Zu irgendwelchen Zwischenfällen bei den Kundgebungen und Ummärschen ist es nicht gekommen. Jedoch wurden wegen Nichtbeachtung polizeilicher Anordnungen sechs Verhaftungen vorgenommen. Es war eine Demonstration der Kleinen, derer, die abgewirtschaftet haben.

Familientragedie in Riederschwandeweide.

Bewohner des Hauses Brückenstraße 30 zu Riederschwandeweide nahmen gestern auf dem Treppentritt einen starken Gasgeruch wahr, der aus der Wohnung der 25jährigen Ehefrau Else H. drang. Man alarmierte die Polizei und Feuerwehr, die sich Einlass in die Wohnung verschaffte. In dem mit Gas angefüllten Schlafzimmer wurde Frau H. und ihr zweijähriges Kind Frieda bewußtlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche hatten nur bei Frau H. Erfolg, die in das Elisabeth-Hospital eingeliefert werden mußte. Das Kind konnte nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden. Die Untersuchung des Falles wird ergeben, ob Selbstmordversuch vorliegt.

Jubiläum. Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am 3. Mal der Rentier Erik Eggner mit seiner Ehefrau Marie geb. Waite, Prinz-Augen-Str. 10 I. — Das 40jährige Dienstjubiläum feiert der Werkmeister H. v. d. L. an der Firma Hermann Glauber, Spezialwerkstätten für den graphischen Maschinenbau, Berlin SW 61, Gützhiner Str. 41.

die Löwin Europa, die vor Jahren bei der verunglückten Filmaufnahme „Quo vadis“ einem Menschen das Leben nahm. Damals neigte man in Fachkreisen der Ansicht zu, der alte Statist hätte, als die Löwin auf ihn zusprang, einen Herzschlag bekommen, er sei bereits tot gewesen, als die Löwin ihn packte und schlepte. Ein sehr gewagtes Stück bleibt es immerhin, daß der Dompieur es unternimmt, die Tiere im Rundfäsig zu füttern, indem er Fleischstücke unter sie wirft. Selbstverständlich sind die hundert Löwen der Kernpunkt des Programms des Zirkus Schneider, der in sehr geschmackvoller, laubener Aufmachung seine Zelte am Lehninger Platz, Kurfürstendamm, aufgeschlagen hat. Das Programm bietet zudem alles, was man nur wünschen kann, erstklassige Artistennummern und vorzügliche Pferde und Erotendreschuren.

Tagung des Brandenburgische Städtebundes.

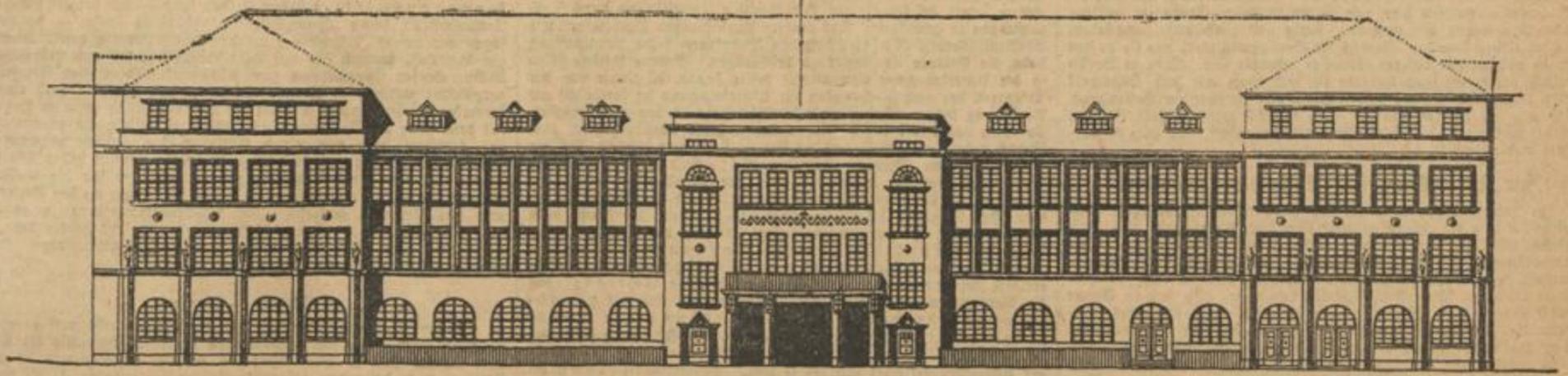
Der Brandenburgische Städtebund tagt in diesem Jahre am 20. und 21. Mai in Croßen a. d. O. Dieser Städtebund ist ein Unterverband der Spigenorganisation des Reichstädtbundes, der neben dem Deutschen Städtebund — der Spigenorganisation der Großstädte — die Zusammenfassung der kreisangehörigen Städte ist. Da es einen preußischen Landesverband der mittleren und kleineren Städte nicht gibt, haben die Provinzverbände besondere Bedeutung. Sie bilden durch ihre Vertreter den Gesamtvorstand und den Hauptausschuss des Reichstädtbundes. Unsere Genossen in den städtischen Körperschaften müssen dafür Sorge tragen, daß wir auf der Croßener Tagung zahlreich vertreten sind. Das ist die erste Bedingung, um dort etwas zu erreichen. Auf dieser Tagung stehen wie alle drei Jahre auf der Tagesordnung: Wahl des Vorstandes des Brandenburgischen Städtebundes, Wahl zum Gesamtvorstande des Reichstädtbundes, Wahl zum Hauptausschuss des Reichstädtbundes. Neben diesen Wahlen verdienen die größte Beachtung die Vorträge: Kommunale Tagesfragen; Neugestaltung des Haushaltsplanes; Brandenburgische Verwaltungsschule; die Bedeutung der Statistik für die Verwaltung der kleinen und mittleren Städte. Alle parteigenösslichen Vertretungen dieser Tagung treffen sich am Donnerstag, dem 19. Mai, abends 6 Uhr, in Croßen an der Oder im „Reichsadler“ am Markt zu einer Vorbesprechung. Mitgliedsbuch legitimiert. Anfragen für diese Tagung sind an den Genossen Hinz, Lieberose (Niederlausitz) zu richten. Im Nachdruck dieser Mitteilung in der parteigenösslichen Provinzpresse wird gebeten. Kommunalpolitische Bezirkszentrale. J. A.: Wilhelm Krüger.

Funkwinkel.

Dr. Gerhard Erdmann erklärt in seinem Vortrag „Die deutsche Sozialversicherung“, daß diese in ihrer augenblicklichen Form als überwunden gelten könnte, ohne allerdings in dem kurzen Referat Zeit zu finden, um klar herauszustellen, worin das Angeitgemähe eigentlich liegt. Unter anderem erklärt er, die Sozialversicherung bedeutet einen Schutz des Arbeitnehmers vor sozialen und wirtschaftlichen Nachteilen, die aus seiner niedrigen Bezahlung erwachsen. Er gibt dann eine kurze Aufzählung der einzelnen Versicherungsarten und ihrer Hauptaufgaben. — Chefredakteur Georg Bernhard beginnt seinen Vortag „Der Mensch in der Volkswirtschaft“ mit dem einleitenden Vortrag „Der Konsument als Wertfaktor“. Konsum ist nach Bernhards Meinung eine schwankende und unzuverlässige Größe. Augenblicklich ist in Europa die große Konsumkrise auf ihrer Höhe. Die Sozialdemokraten haben als erste von der Ueberproduktion als der eigentlichen Krisenursache gesprochen. Die Disharmonie zwischen Erzeugung und der Nutzbarkeit der Bevölkerung, diese Produktion aufzunehmen, hat ihre Ursache in dem häßlichen Ueberangebot an Arbeitskräften, d. h. an der übergroßen industriellen Reservearmee. Diese Krise wird noch dadurch verstärkt, daß die Landbevölkerung, die in ihrer Heimat keine Arbeit finden kann, in die Städte abwandert. Bernhard erkennt die eminente Wichtigkeit der Gewerkschaften an, indem er darauf hinweist, daß sich überall, wo Gewerkschaften bestehen, die Lohnverhältnisse wesentlich günstiger gestaltet haben. — Am Abend spielt Georg Szell Kompositionen Wiener Meister Arthur Heisler und Angela Sag erweisen sich als ausgezeichnete Interpreten dieser Kunst. Zu erwähnen ist noch, daß Szell sowohl Suppé als auch Strauß sehr exakt und temperamentvoll dirigiert.

Flammendes für die Freiheit und die Gerechtigkeit

Die Arbeiten des neuen Berlin.



Das Pankower Gesundheitshaus.

Der Bezirk, der von der Pante seinen Namen hat, ist 77,35 Quadratkilometer groß. Er hatte bei der Eingemeindung 94 600 Einwohner. Diese Ziffer ist in den letzten Jahren auf 106 000 gestiegen. Weiße Strecken sind hier noch ungebaut. Die Wohnbautätigkeit hat in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Im Jahre 1925 wurden 529, 1926 1166 Wohnungen gebaut und für 1927 sind bereits 1200 Wohnungen im Bau. Die Eingemeindung hat auch hier in Pankow die kommunale Betätigung gesteigert. Vieles, was die Einzelgemeinden nicht hätten schaffen können, ist durch die Unterstützung der Zentralstellen geschaffen.

Das Gesundheitshaus und die Verwaltungsbauten.

Einer der größten Pläne des Bezirks ist die Schaffung eines Gesundheitshauses. Der Bezirk wird in diesem Bau eine sozial-hygienische Ausstellung mit Vortragsfölen errichten, um für die Bevölkerung gelegentlich Vortragsabende zu veranstalten. In dem Gesundheitshaus sollen auch die ärztliche sowie schulärztliche Verwaltung, die Zahnklinik und die Bureaus für diese Zweige Platz finden. Der Errichtung des Gesundheitshauses haben die Berliner Zentralstellen zugestimmt. Das Gebäude wird am Bahnhof Pankow in der Grunowstraße errichtet. Das Verwaltungsgebäude in Niederschönhausen wird gegenwärtig zu einem Realgymnasium umgebaut. Um die Dienststellen, die bisher in diesem Verwaltungsgebäude untergebracht waren, nach Pankow legen zu können, muß dem Pankower Verwaltungsgebäude ein Erweiterungsbau angegliedert werden, wozu die endgültige Zustimmung durch die Zentralstellen noch aussteht. In Buchholz ist eine Turnhalle im Bau, die bald zur Benutzung für Schulen und Vereine geöffnet wird. Eine weitere Turnhalle wird in Pankow entstehen. Für den Bau eines geplanten Berufsschulgebäudes sind die Mittel noch nicht bewilligt. Ein Erweiterungsbau des Krankenhauses ist dringend notwendig. Noch heute werden in Pankow Baracken, die während des Krieges errichtet worden und nur mit mangelhaften hygienischen Einrichtungen ausgestattet sind, zur Unterbringung von Kranken benutzt. Es ist dringend erforderlich, die notwendigen Vorarbeiten zur Errichtung des Erweiterungsbau zu beschleunigen.

Straßenbau und Verkehrsvermehrung.

Durch Zusammenfassung der Gemeinden bei der Schaffung von Groß-Berlin wurde es ermöglicht, das Straßennetz des Bezirks bis zu einem gewissen Grade einheitlich auszubauen. So konnte die Berliner Straße, deren Ausbau 1914 schon begonnen wurde, bis zur Schloßbrücke Pankow fertiggestellt werden. Der Bezirk will die Straße bis Blankenfelde weiterführen. Es schweben zwischen dem Bezirk und den Berliner Zentralstellen Verhandlungen, ob die Straße durch die Schloßanlagen zwischen Schloß- und Wirtschaftsgebäude oder im Bogen um die ganzen Gebäude weitergeführt wird. Die Prenzlauer Allee soll mit einer Promenade versehen werden und als Ausfallstraße über Buchholz den Anschluß an die Chausseen nach Stettin herstellen. Die Verlängerung der Prenzlauer Allee, die Prenzlauer Promenade, macht am Bahnhof Pankow-Heinersdorf einen Knick. Dieser verkehrsfähige Knick und auch die Steigung dieser Straße soll durch Untertunnelung der Eisenbahn verschwinden. Bei den Straßenerweiterungsbauten soll bei der Ausfallstraße in Blankenfelde eine Autokasse, eine sámal, für den Verkehr unüberwindliche Kurve, verschwinden. Als große Verkehrsverbindung mäandert der Bezirk die Verlängerung der Untergrundbahn vom Nordring nach Weihensee. Der Ausbau der Untergrundbahn bis zur Mühlenstraße wird in diesem Jahre begonnen. Der Bezirk wünscht aber den Weiterbau nicht als Hoch-, sondern als Untergrundbahn.

Erholungs- und Sportanlagen.

Die Arbeiterportvereine haben auf dem Gelände der Heimstätte am Bahnhof Heinersdorf einen Sportplatz errichtet. Hoffentlich läßt der Bezirk diesen Part bestehen, wenn eines Tages das umliegende Gelände bebaut wird. Eine große Sportanlage ist mit dem Bolle-

sportplatz an der Blankenfelder Chaussee entstanden. Dieser Sportplatz umfaßt drei Fußball- und Handballplätze und einen Platz für Hoch- und Weitsprung, Kugelstoßen und dergleichen. In der Pfeilstraße am Riffingenplatz werden in eigener Regie durch Rotstandsarbeiten eine Erholungs- und Sportanlage errichtet, die mit Baumalleen umsäumt werden soll. In der Schönholzer Heide müssen die Bodenverhältnisse verbessert werden. Dem Boden muß Humus zugeführt werden. Ferner soll der Volkspark gegenüber dem Bürgerpark erweitert werden. Neben einer Wiese zur Erholung soll auch ein Planschboden geschaffen werden. Auch das ehemalige Schützengildegelände soll in eine Erholungsanlage umgewandelt werden. Hierzu steht die Genehmigung des Magistrats noch aus. Der Bezirk will auch das Schloß mit Schloßpark in Pankow übernehmen. Die Verhandlungen für die Übernahme schweben noch. Der Bezirk will die Übernahme erst vollziehen, wenn die Schwammabeseitigung erfolgt ist. Ein Schulgarten in Blankenfelde, der 130 Morgen groß ist, liefert für die Berliner Schulen Anschauungsmaterial für den Botanik- und Zeichenunterricht. Dringend notwendig für den Bezirk ist die Errichtung einer Badeanstalt. In Pankow haben zwei Drittel aller Wohnungen keine Badebelegenheit. Besonders die wertvolle Bevölkerung wird von dem Mangel einer Badebelegenheit betroffen.

Der Ausbau von Buch und Blankenburg.

Die Bucher Dorfstraße, die Buch vor der Eingemeindung vergeblich versucht hat zu bauen, und auch die Dorfstraße sind ausgebaut worden. Ein Wunsch der Bucher Bevölkerung, an das Kanalisationsnetz angeschlossen zu werden, konnte bisher nicht erfüllt werden, wird aber vom Bezirksamt eifrig unterstützt. Der Buch-Karower Zentralfriedhof konnte bisher nicht in Betrieb genommen werden, weil das Grundwasser in diesem Gebiet zu hoch steht. Dieser Friedhof mit seiner wundervollen Kapelle und herrlichen Gartenanlagen ist von der Polizei zu Beerdigungszwecken nicht freigegeben und wird heute gärtnerisch bewirtschaftet. Der Bezirk will versuchen, aus dieser Anlage ein Krematorium zu machen. Blankenburg und Karow, die in den letzten Jahren durch eine sehr wertvolle Baumblüte bekannt geworden sind, haben Wasseranschlüsse und Anschluß an das Elektrizitätsnetz erhalten. Die Blankenburger Bevölkerung wünscht dringend, daß endlich einmal die Güter G. m. b. H. aufhört, ihre mitten in der Ortschaft liegenden Gutsgräben zu beriefeln. Sehr mangelhaft ist die Beleuchtung der Straßen im Bezirk. Die Berliner Schlüsselverteilung ist für die Außenbezirke sehr nachteilig.

Legeler Fließ und Pante.

Die Müllabfuhrgesellschaft, die am Legeler Fließ auf ihrem Gelände Müll anfährt, hat sich auf Einspruch des Bezirks zu Verhandlungen bereit erklärt, die wahrscheinlich dazu führen werden, daß diese Anfuhr nicht die landschaftlich schöne Gegend am Legeler Fließ verschandelt. Das Fließtal bei Schildow hat eine seltene Vegetation, die der Bezirk unter allen Umständen erhalten wissen will. Eine für den ganzen Bezirk wichtige Aufgabe ist die Regulierung der Pante. Ähnlich wie in Niederschönhausen, wo durch ein Rohr von 1 Meter Durchmesser das Grundwasser zur Pante abgeleitet wurde, sind auch andere Teile von dem hohen Grundwasser geschädigt. So wird es nach Ansicht des Bezirksamts notwendig, die Pante tiefer zu legen, um so die beabsichtigte Grundwasserentfernung zu erreichen.

Durch die Zusammenfassung der Einzelgemeinden in dem Bezirk Pankow ist es in diesem Gebiet möglich geworden, in großzügiger Weise nicht nur für den Bezirk, sondern auch für das Hinterland des Bezirkes notwendige Verkehrswege zu schaffen. In den wenigen Jahren, die seit der Eingemeindung vergangen sind, wurden viele bisher angeblich undurchführbare Arbeiten ausgeführt. Für die Entwicklung des ganzen Nordgebietes hat die Eingemeindung die notwendige Sammlung der einzelnen Kräfte gebracht. Diese Sammlung wird einen Aufstieg zur Folge haben.

Von der Sandsholle zum Kommunalviertel.

Wie erinnerlich sein wird, hatte vor dem Kriege die damals noch selbständige Gemeinde Weihensee den Ehrgeiz, sich ein eigenes Kommunalviertel zu schaffen, in dem auf übersichtlichen Raum alle wichtigen kommunalen Institute vereinigt sind. Weihensee gelang es auch, in diesem Viertel die Gemeindefürsorge- und Festhalle, ein Verwaltungsgebäude, die Oberrealschule, das Realgymnasium und das Kanalisationswerk nach einheitlichen architektonischen und städtebaulichen Grundfölen zusammenzufassen. Wenn dieses wirklich nachahmenswerte Beispiel von den jetzigen Groß-Berliner Bezirken auch nachgeahmt werden möchte, so fehlt es doch, von den finanziellen Mitteln ganz abgesehen, oft auch an dem Raum. Ein anderes unmittelbar vor den Toren Berlins gelegenes Gemeinwesen ist aber jetzt auf dem besten Wege, dieses für jeden modernen Kommunalpolitiker erstrebenswerte Ziel zu verwirklichen. Und zwar ist das unsere jüngste Stadt Rowawes, zwischen Berlin und Potsdam gelegen.

Rowawes mit seiner bekannten Textilindustrie ist von jeher auch ein Arbeiterwohnort gewesen. Demzufolge ist der Einschlag und auch der Einfluß der Sozialdemokratie ganz bedeutend. Unsere Parteigenossen sind im Magistrat wie in der Stadtverordnetenversammlung maßgebend vertreten. Die Folge ist ein zielbewußtes Hin-arbeiten auf den Ausbau kommunaler, der Allgemeinheit zugute kommender Einrichtungen. Die Gemeinde wird durch die Potsdamer Bahn in zwei Teile zerföhnt. In dem südlichen Teil der Gemeinde, — von Berlin aus gerechnet zur Linken, — der von der Potsdamer Bahn, der Wehlfarer Bahn und der Großbeerenstraße begrenzt wird, liegt ein großes ädes Gelände, Sandsholle genannt, welches im Jahre 1920 auf Veranlassung der sozialistischen Mehrheit der Gemeindevertretung vom Fortifikations durch die Gemeinde käuflich erworben wurde. Hier wird das Kommunalviertel von Rowawes entstehen, das heute bereits, wo das meiste noch in den Anfängen ist, die Aufmerksamkeit des modernen Kommunalpolitikers beansprucht.

Gegenüber dem imposanten, wenn auch unserem heutigen Empfinden nicht mehr entsprechenden Bau des Realgymnasiums wird sich in Kürze der Neubau des Verwaltungsgebäudes der Ortskrankenkasse Rowawes erheben, der u. a. ein modernes Ambulatorium, eine Zahnklinik und medizinische Bäder enthalten wird. Unweit davon steht bereits, vom städtischen Baumeister Rumert in einem der letzten Zeit angemessenen anspruchlosen aber unheimlich freundlichen und anheimelnden Stil erbaut, das Städtische Arbeitsamt und die aufs beste und modernste eingerichtete Städtische Feuerwache mit Motorpumpe und Krankenwagen. Dieser Bau wird auch die zukünftige Städtische Volksbühne bergen. Unweit von diesen beiden Baukomplexen aber wird sich ein hochbedeutungsvolles kommunales Gebäude erheben, das Städtische Gesundheitshaus, das die gesamte Prophylaxe, also die vorbeugenden Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit und zur Abwendung drohenden Unheils umfassen wird. Hier wird ärztlich-gesundheitliche Beratung stattfinden, Säuglings- und Schwangeren-, Krüppel- und Blindenfürsorge, Wohlfahrtspflege usw. Das Haus soll u. a. auch mit Höhensonne und Röntgenlaboratorium ausgestattet werden. Weiter nach Osten hin ist ein Sportplatz mit Kinderspielplatz und einem Licht- und Luftbad im Entstehen begriffen, und die richtigen und vorausschauenden Kommunalpolitiker wagen sogar an die Errichtung einer eigenen Stadthalle als dem Ausdruck modernen Gemeinheitswillens zu denken. Ganz erstaunlich umfangreich und vielseitig ist die Bau- und Siedlungstätigkeit. In der Großbeerenstraße sind zwei große Züge stadteigener Wohnbauten mit insgesamt 180 Kleinwohnungen entstanden, — Monatsmiete für Zweizimmerwohnung 38 Mark —, die dem modernsten Empfinden entsprechen.

Diese dankenswerte Wohnungspolitik wird die Stadt weiter verfolgen. Unweit des neuen Sportplatzes aber entsteht eine neue Siedlung, die um deswillen bemerkenswert ist, weil sie von

Dieses Garantiebänd

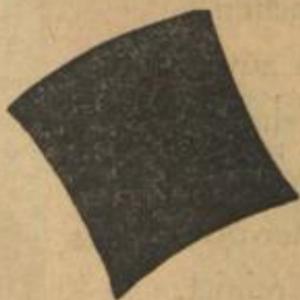
bürgt für die neue leichte Mischung unserer

GOLD-SABA

48

nur aus Tabaken der neuesten Ernte, frisch manipuliert, mit köstlichem Aroma, bekömmlicher Qualität und glatttem weißen Brand

GARBÁTY



Proletariats selbst aufgebaut wird. Ein Schild zeugt von dieser gemeinnützigen Tätigkeit: „Hier baut in eigener Regie Genossenschaft Selbsthilfe.“ In ihren kargen Freistunden bauen die Männer ihre Häuser, bekommen sie auf diese Weise nahezu um die Hälfte billiger.

Während 20 Kilometer östlich die Rielenstadt feucht und stompf und dröhnt, baut sich hier eine Stadt mittlerer Größe im denkbar modernsten Sinne um und aus, stetig und zielbewußt, angeführt in ihrer Arbeit von den Idealen der Gemeinnützigkeit, wie sie in den Köpfen und Herzen unserer Genossen lebendig sind. Was in Berlin vielfach notwendig nur Anfang ist und wohl gar nur Stützwort bleibt, rundet sich in einer solchen Stadt viel schneller zur Vollendung. Nicht nur die Führer, sondern auch die Bürgerchaft sieht Erfolge. Erfolge verbreitern die Basis für die Arbeitenden. So geht es vorwärts und aufwärts.

Zur Aufforstung des Flugplatzes Biesdorf.

Zu unserer Notiz über die Aufforstung des Flugplatzes Biesdorf sendet uns die „Gemeinnützige Siedlung Biesdorf“ eine Darstellung, die wir auszugswise wiedergeben. Die weitere Auseinandersetzung über diese Angelegenheit muß zunächst dem Bezirksamt und den beteiligten Siedlern überlassen bleiben. Die gemeinnützige Siedlung Biesdorf schreibt uns u. a.: Zu den in Ihrem Artikel aufgestellten Behauptungen möchten wir folgendes mitteilen: Bei den Siedlern handelt es sich um die von etwa 800 Genossen gegründete gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Biesdorf. Es ist richtig, daß wir das Gelände bis zum Jahre 1929 zunächst nur in Pacht haben. Unrichtig ist aber, daß uns bei der Verpachtung und allen späteren Verhandlungen ausdrücklich erklärt worden ist, daß nach Ablauf des kurzfristigen Pachtvertrages eine weitere Verpachtung nicht mehr in Frage kommen werde. Richtig ist vielmehr, daß der zuständige Dezernent vom Bezirksamt Wilmersdorf bei den Verhandlungen niemals darüber im Zweifel gelassen wurde, daß wir als Endziel die Bestiedlung des Geländes erstreben. Aber auch bei anderen Verhandlungen hinsichtlich der Erörterung des Fluchtlinienplanes ist vom Bezirksamt zum Ausdruck gekommen, daß durch diese Aufstellung den Kleingärtnern die Möglichkeit gegeben ist, sich später ihre Kleingärten als Eigenheim auszubauen. Ein Schreiben vom 17. Juli 1926 des Bezirksamts an uns sagt ausdrücklich, daß das Grundstück im Prinzip für die Errichtung einer städtischen Wohnsiedlung in Aussicht genommen sei. Unser Antrag vom 19. Februar 1927 auf Uebertragung des Geländes im Heimstättenrecht wurde vom Bezirksamt wie folgt beantwortet: „Wir sind bereit, in eine Erörterung Ihres Antrages einzutreten. Da jedoch die endgültige Gestaltung des Fluchtlinienplanes für die Durchführung des Vorhabens von ausschlaggebender Bedeutung ist, haben wir die weitere Behandlung Ihres Antrages zunächst zurückstellen müssen.“ Dieses Schreiben trägt das Datum 22. März 1927. Es ist schier unbegreiflich, daß bei der heute herrschenden Wohnungsnot, die von 800 Siedlern angebotene Hilfe zur Binderung der Wohnungsnot ausgeschlagen wird.

Aus den Bezirken.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte sich mit der Verbreiterung des Zugangsweges zu der Treptower Brücke, die nur sehr langsam fortschreitet. Stadtrat Genosse Rosin erklärte, daß das Bezirksamt keinen Vorwurf treffe. Da hier zwei Bezirke beteiligt sind, werden die Arbeiten von der zentralen Tiefbaukommission durchgeführt. Die Treptower Seite konnte früher in Angriff genommen werden, da das Gelände städtisches Eigentum ist, während sich die St. Lauer Seite in Privatbesitz befindet. Der Besitzer forderte Wucherpreise, deshalb schwebt jetzt ein Enteignungsverfahren. Ein Antrag der Kommunisten forderte die 45-Stunden-Weche in den städtischen Betrieben. Genosse Siegle verwies auf die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung, bei deren Abschluß auch die kommunistische Fraktion der 48stündigen Arbeitswoche zustimmte. Er stellte deshalb einen Änderungsantrag, wonach das Bezirksamt beim Magistrat auf die endgültige Durchführung der 48-Stunden-Weche dringen solle. Bei gefälligen Tarifverträgen möge man gleichfalls auf dieser Grundlage Vereinbarungen treffen. Wo eine kürzere Arbeitszeit bereits besteht, dürfe sie nicht verlängert werden. Ueberstunden sollen möglichst ausgeschaltet sein. Nach längerem Auseinandergehen, in denen der Deutschnationale Köstel die „gute, alte Zeit“ (!!) pries, wurde der Antrag Siegle angenommen. Ein weiterer kommunistischer Antrag verlangte die Durchführung der Verfügungen des preussischen Wohlfahrtsministers auf Erhalt des Wohnraumes für die Unterstützungsempfänger. Bezirksverordneter Bittorf (Komm.) wünschte dabei Zustimmung.

Auch bei alten Gallenleiden, Leberleiden, Gallenblasen-Entzündung, Gelbsucht, Magen- und Darmtrümpfen, Erschlaffung, Sicht und Rheumatismus, Nierenleiden, Nierensteinen, Blasenleiden, Blasenkatarrh, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, Zuckerkrankheit, inneren Entzündungen, Nerven- und Herzerkrankheiten, Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Schwindel, Grippe, Anschwellungen, Lungenleiden verfügen wir über wertvolle und viele beiläufige Dankschreiben, sowie ärztliche Gutachten, die nur der Wirkung des

Stern-Engel-Tees

zu verdanken sind. Stern-Engel-Tees sind gisfreie, wirksame Harnsäurezerstörer und -ausscheidungsmittel, patentamtlich geschützt und nur in Apotheken erhältlich, wo nicht vorräig, durch unsere Versand-Apothete zu beziehen.

Ärztlich erprobt und empfohlen

Prospecte und Beweismaterial gratis durch den Stern-Engel-Tea-Großvertrieb, Bad Schandau a. Elbe

Eine Million Liter Weine

gelangen ohne Preisserhöhung zum Verkauf.

Feinster Apfelmwein 18% Ltr. 0.75	Echter Terragona 18% Ltr. 1.30
Echter Johannisbeerwein 14% Ltr. 0.95	Echter Erbsenwein 18% Ltr. 1.40
Feinster Kirschwein 14% Ltr. 1.10	Echter Malaga 18% Ltr. 1.50
Echter Erbsenwein 14% Ltr. 1.45	Echter Isosol Samos 18% Ltr. 1.90
Echter Apfelmwein zur Bowle Ltr. 0.50	Echter Sauternes 18% Ltr. 1.90
Original 1922 Weithwein Fl. 1.50	Original 1921 Weithwein Fl. 1.90
Haut Sautern 1921 Bordeaux Fl. 2.25	1914, 35, 36 Weithwein Fl. 1.15
Feinste Rotweine Ltr. 0.95	Echte Bordeaux-Weine Ltr. 1.50

Neu eingeführt

Erstklassige fertige Malbowie Ltr. 0.95
Feinste fertige Erbsenbowie Ltr. 1.30

Hunderttausend Liter Spirituosen

Feinster Aquavit für Konner 1/4 Fl. 2.10	Liter 2.65
Feinster Weinbrand Verschn. — Stern 1/4 Fl. 2.35	Liter 2.95
Echter deutscher Weinbrand — Stern 1/4 Fl. 3.10	Liter 3.95
Alle Edelkörn bis 38% — Stern 1/4 Fl. 3.10	Liter 3.95

Kostproben gratis Ausschank direkt vom Faß.

Eduard Süsskind

Hauptgeschäft: Brunnenstraße 42-43

Sieglitz, Schloßstr. 121 Berlin, Petersburger Str. 60
Neukölln, Berlin Str. 13 Berlin, Chausseestr. 78
Monbit, Wilmersdorfer Str. 25 Berlin, Müllerstr. 144
Berlin, Gröbner Str. 15 Berlin, Köpenicker Str. 87
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 157

Lieferungen nach auswärts von Mark 10.— an
Kartflaschen, Kruken und Flaschen werden geliebt.

Inwieweit im Bezirk Ermittlungen vorgenommen wurden. Stadtrat Genosse Mann verwies auf die verhältnismäßig guten Ergebnisse im Bezirk. Bei rund 12 400 Anträgen im Jahr auf Hilfe bei Wohnungsschwierigkeiten wurden nur 32 Familien ermittelt. Davon aber konnten auch 24 sofort wieder anderweitig mit Hilfe des Wohnungsamtes untergebracht werden. Das Wohlfahrtsamt ist immer bereit, bei schwierigen Verhältnissen Unterstützung durch Teilzahlungen zu gewähren. Auf weitere Auslassungen Bittorfs erklärte Stadtrat Genosse Rosin, daß das Bezirksamt keine Veranlassung habe, die Notlage im Bezirk zu beschönigen. Andere Bezirke seien in der Unterbringung Ermittelter besser daran, da ihnen von der Kriegszeit her noch Notbaracken zur Unterbringung im Notbehelf zur Verfügung stehen. Im Bezirk Friedrichshain ist das nicht möglich. Es wird daher oft besser sein, wenn einzelne vorübergehend zum Obdach gehen, als daß sie auf der Straße kampieren müssen. Bei der Behandlung der Vorlage über den Besuch der Freibäder protestierte Genosse Beyer gegen die Erledigung durch den Magistrat, da die ursprüngliche Forderung auf freie Benutzung der Freibäder für die Erwerbslosen überhaupt nicht berührt wurde. Er bat um nochmalige Stellung des Antrages. Zur Frage der Grundfläche für den Wohnungsbau, die von unserer Fraktion eingereicht und in einem Ausschuss beraten wurden, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Genosse Schlenz, daß die Beratungen ergebnislos verlaufen seien, da man die grundlegende Forderung der Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau gestrichen habe und die sozialdemokratische Fraktion an einer demonstrativen Behandlung der Angelegenheit nicht interessiert war. Genosse Gutkunst erläuterte die Stellung unserer Fraktion. Ueber die Hauszinssteuer selbst könne hier nicht beschlossen werden. So müßte versucht werden, ihren Ertrag zumindest dem Wohnungsbau dienstbar zu machen. Nach statistischen Feststellungen sind in Berlin 75 000 Haushaltungen ohne eigentliche Wohnung. Bei Durchführung des vorliegenden Bauprogramms könnten 30 000 bis 40 000 Wohnungen pro Jahr errichtet werden. Selbstverständlich müßte auch in der Art des Bauwesens eine Änderung eintreten. Ein Antrag Zemde (Dnat.) auf Zurückverweisung an den Ausschuss fand Annahme.

8. Bezirk — Wilmersdorf.

In der Sitzung der Bezirksversammlung am 27. April nahm wieder die Erörterung der Krankenhausneubaufgabe einen breiten Raum ein. Es wurde über das Ergebnis der Vorträge einer Delegation beim Stadtmedizinalrat betreffs dieser Angelegenheit Bericht erstattet. Wie aus dem Bericht hervorgeht, steht der Dezernent des zentralen Gesundheitswesens der schnellen Förderung des für unseren Bezirk dringend notwendigen Krankenhausneubaus durchaus entgegenkommend und verständnisvoll gegenüber. Inzwischen ist es den Bemühungen unserer Genossen gelungen, bei den Haushaltsberatungen in dem Etat für 1927 eine Summe unterzubringen, die wenigstens die Vorarbeiten in Fluß bringt und so hoffentlich den Anfang zur Durchführung des Werkes zum Segen der leidenden Bevölkerung bilden wird. — Der bei unseren Bezirksversammlungen unvermeidliche Vorstoß der Rechtsparteien gegen die „Zentralisierung“ war diesmal in einem Antrag gegen die

nom Magistrat beschlossene zentrale Regelung des öffentlichen Anschlag- und Reklamewesens gegeben. Wir sind nicht in der Lage, alle diese Bestrebungen, die doch zuletzt auf eine Besserung der Einheitsverwaltung Groß-Berlins hinauslaufen müssen, zu unterstützen, wo allerdings, unbeschadet der strengen Zentralisation, eine Einrichtung des Bezirkes, die sich zum Segen der Bevölkerung auswirkt, bestehen bleiben kann — wie bei der hiesigen Rettungsstelle, deren „Zentralisierung“ ebenfalls droht —, da verjagen wir unsere Zustimmung nicht. — Einstimmig gefaßt wurde ein Beschluß, wonach die auf städtischem Gelände untergebrachten Wilmersdorfer Sportvereine zum Ausschank alkoholfreier Getränke verpflichtet werden. — Ferner brachte unsere Fraktion noch einen bemerkenswerten Antrag ein: Da die Bautätigkeit in unserem Bezirk seit dem Ende der Inflation einen lebhaften Aufschwung genommen hat, trotzdem aber von einem Abflauen der äußerst gespannten Wohnungsnot nichts zu spüren ist — es werden nämlich neben Villenbauten fast nur Zuschuß-Wohnungen errichtet, die für die meisten Wohnungsuchenden unerschwinglich sind — haben wir an das Bezirksamt das Ersuchen gerichtet, der Bezirksversammlung in regelmäßigen Abständen — etwa vierteljährlich — eine mit Zahlen belegte Uebersicht über die Bewegung der Wohnungsnachfrage und Wohnungsbeschaffung im Bezirk vorzulegen.

19. Bezirk — Pantow.

In der Bezirksversammlung am 27. April wurde von unserer Fraktion infolge der sehr eigenartigen Prüfungsergebnisse im Bezirk, wonach von 17 Prüflingen des Verwaltungseminars 15 die Prüfung nicht bestanden, folgender Antrag eingebracht: 1. Die zurzeit noch geforderten Seminarprüfungen für Beamte zu reorganisieren; 2. die Beförderungen von den dienstlichen Leistungen abhängig zu machen. Der Antrag wurde in seinem ersten Abzug einstimmig angenommen, im zweiten aber eigenartigerweise mit den Stimmen der Bürgerlichen einschließlich der Demokraten abgelehnt. Ferner wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, daß der Personalausschuss nur noch Eingaben von den Gewerkschaften, Beamtenverbänden und der Beamtenschaft entgegenzunehmen habe. Im weiteren Verlauf der Beratung beantragte die rechte Seite des Hauses bei fast allen kommunistischen Anträgen Uebergang zur Tagesordnung. Nur unserem Eingreifen war es zu verdanken, daß eine falsche Auszählung des Vorsteherstellvertreters Hürigens (Dnat.) richtiggestellt und einige Anträge, so die dringende Pflasterung der Brehme- und Hennstraße und die bessere Beleuchtung der Außenbezirke, zur Annahme gelangten. Recht stürmisch war der weitere Gang der Verhandlung. Den Anlaß dazu gab ein Antrag der SPD., die in Pantow bestehende Volkshäuser, die von einem privaten Frauenverein betrieben wird, in eigene Regie zu übernehmen, weil in dem Essen die Erwerbslosen einige Male wochenlang gefunden haben. Von den Kommunisten und von der Vereinstleitung wurde der Streit vertieft, so daß, wie der Dezernent Genosse Gütig ausführte, es nötig war, um nicht unsere Erwerbslosen leiden zu lassen, das Essen von der Zentralküche zu beziehen. Von hier wird es in tadelloser Beschaffenheit geliefert. Unsere Fraktion wird es sich angelegen sein lassen, bei der schon angekündigten Zuschußforderung des Hausfrauenvereins von etwa 5000 Mark in Erwägung zu ziehen, ob der Bezug von der Zentralküche für alle Essenempfänger nicht der bessere Weg ist.



Wie Blüten im Mai...

wetteifern bunte Kleidchen mit der Farbenpracht des Frühlings. Lasset den Kindern ihr sorgloses Spiel; Mutti hat ja Lux Seifenflocken, die im Nu beschmutzte Sachen frisch und sauber machen.

Lux Seifenflocken sind das zuverlässigste Walchmittel für alle empfindlichen Gewebe. Sie lösen sich in warmem Wasser rasch zu einem prächtigen Schaum, der ohne jedes Reiben vollkommen reinigt.

Nur in Original-Paketen zu 50 und 90 Pfg.

LUX
SEIFENFLOCKEN
SUNLICHT MANNHEIM



Ein Eßlöffel
LUX Seifenflocken
gibt eine Schüssel
voll prächtigen
Schaum.



Ein halbes Jahr Rohstahlgemeinschaft

25 Millionen deutsche Strafgebelde. — Preiserhöhung als Ausweg.

Der 1. April dieses Jahres war der erste Abrechnungstermin in der Europäischen Rohstahlgemeinschaft. Man konnte deshalb diesem Datum, wo die Bilanz des ersten Halbjahres vorgelegt wurde, mit einiger Spannung entgegensehen. Das finanzielle Ergebnis des ersten Vierteljahres (Oktober bis Dezember 1926) zeichnete sich bekanntlich durch nicht geringe Mehrleistungen von Deutschland aus. Die deutsche Gruppe hatte im ersten Vierteljahr 9,66 Millionen Mark an Strafgebelde zu leisten. Es hat seinerzeit Aufsehen erregt, daß die deutsche Schwerindustrie in der Lage ist, neben den regulären Beiträgen solche gewaltigen Summen als Strafe zu zahlen. Man erlärte es für unmöglich, einen solchen Zustand auch nur für einige Zeit aufrechtzuerhalten.

Ueber 15 Millionen Strafgebelde im 2. Vierteljahr.

Angesichts dessen kommt es überraschend, daß im zweiten Vierteljahr (Januar bis März 1927) die früher gezahlte Strafsumme bei weitem überholt wurde. Mehr als 15 Millionen Mark sind im letzten Vierteljahr von der deutschen Schwerindustrie in die Ausgleichskasse gezahlt worden. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ sieht das Ergebnis der Europäischen Rohstahlgemeinschaft im ersten Vierteljahr 1927 (das zweite der Rohstahlgemeinschaft) und im ersten Halbjahr seit Bestehen derselben folgendermaßen aus: (Ueber die Zeit vom Oktober bis Dezember 1926 siehe „Vorwärts“ Nummer 88.)

Das Produktionsergebnis.

2. Vierteljahr Januar-März 1927	Tatsächliche Produktion (in 1000 t)	Anteil- quote (in 1000 t)	Mehr (+) oder Winder- (-) pro- duktion (in 1000 t)
Deutschland	3958	3021	+ 937
Frankreich	2005	2154	- 149
Belgien	924	815	+ 109
Luzemburg	583	577	+ 6
Saargebiet	471	402	+ 69
1. Halbjahr Oktober 26 bis März 27			
Deutschland	7694	6188	+ 1511
Frankreich	4202	4487	- 285
Belgien	1883	1061	+ 222
Luzemburg	1181	1185	- 4
Saargebiet	932	825	+ 107

Die finanziellen Auswirkungen dieses Produktionsergebnisses ist aus nachstehenden Zahlen ersichtlich. Zur Erläuterung möchten wir bemerken, daß nach § 6 des Vertrages von den die Produktionsquote überschreitenden Mitgliedern an die Ausgleichskasse eine Strafe von je 4 Dollar pro Tonne Mehrzeugung gezahlt werden muß. Die übrigen Länder haben nach § 7 des Vertrages Anspruch auf eine Entschädigung von 2 Dollar je Tonne Winderzeugung. Der reguläre Beitrag beträgt nach Artikel 1 pro Tonne Erzeugung 1 Dollar.

Das finanzielle Ergebnis.

1. Halbjahr Okt. 26/ März 27	Allgemeiner Beitrag in Dollar	Strafe für Mehrzzeugung in Dollar	Beiträge insgesamt in Dollar	Rückvergütung f. Winderzeugung in Dollar
Deutschland	7 094 000	6 044 000	13 738 000	—
Frankreich	4 202 000	—	4 202 000	470 000
Belgien	1 883 000	885 000	2 768 000	—
Luzemburg	1 181 000	—	1 181 000	8 000
Saargebiet	932 000	428 000	1 360 000	—

Bekanntlich sieht der § 8 des Vertrages eine Aufteilung des durch obige Leistungen erzielten Kassenbestandes vor. Die Aufteilung soll erfolgen gemäß der Quote, die jedem Lande zugerechnet wurde. Die deutsche Gruppe bekommt also von ihren Mehrleistungen einen Teil zurück. Dennoch ergibt sich für die mehrerzeugenden Gruppen, namentlich für die deutsche, eine nicht geringe Belastung, während die übrigen Länder entsprechende Zuschüsse erhalten. Der eventuell zur Aufteilung gelangende Betrag von der tatsächlichen Beitragsleistung in Abzug gebracht bzw. hinzugezählt, ergibt folgendes

Endergebnis für das 1. Halbjahr:

Mehr zu zahlen hatten:	
Deutschland	3 906 440 Dollar = 16 407 048 Mark
Belgien	135 121 Dollar = 567 508 Mark
Saargebiet	43 905 Dollar = 184 401 Mark
Entschädigung erhielten:	
Frankreich	3 868 094 Dollar = 14 145 905 Mark
Luzemburg	717 372 Dollar = 3 012 962 Mark

Durch die Zahlungen, die Deutschland über die reguläre Beitragsleistung hinaus zu leisten hatte, ergab sich eine Mehrbelastung von 2,13 Mark pro Tonne Erzeugung im ersten Halbjahr des Kartells. Belgien hatte eine Mehrleistung von 30 Pf. und das Saargebiet eine solche von 20 Pf. je Tonne zu tragen. Auf der anderen Seite kann Frankreich eine Winderbelastung von 3,37 Mark und Luxemburg eine solche von 2,55 M. verbuchen. Der Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich beträgt pro Tonne Rohstahl 5,50 Mark. Die deutsche Schwerindustrie hat also für ihre Mehrzeugung nicht geringe Opfer bringen müssen.

Der Ausweg: Erhöhung der Preise!

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß man nach einem Ausweg sucht. Diesen sieht man in der Bildung von inländischen Verkaufsvorständen, die durch strenge Zusammenfassung und kartellmäßigen Vertrieb der einzelnen Produkte eine Erhöhung der Weltmarktpreise herbeiführen sollen. Die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt deshalb ganz offen: „Die deutsche Industrie kann eine derartige Belastung ihrer Rohstahlerzeugung nicht tragen, wenn es nicht gelingt, die Weltmarktpreise auf ein angemessenes Niveau zu heben.“ Erhöhung der Weltmarktpreise bedeutet natürlich eine stärkere Belastung der verarbeitenden Industrien Europas und natürlich auch derjenigen Deutschlands. Für die deutsche Fertigungsindustrie ergibt sich bekanntlich eine höhere Belastung, da ja infolge der bestehenden Schutzzölle und der strengen Syndikate die Inlandspreise über den Weltmarktpreisen liegen. Es ist notwendig, sich gegen diesen Anschlag mit aller Entschiedenheit zur Wehr zu setzen, da die Fertigungsindustrie höhere Materialpreise durch Lohnbruch abzuwälzen sucht. Außerdem würde das gesamte deutsche Preisgebäude sofort eine schwere Erschütterung erfahren, wenn die Pläne der Schwerindustrie zur Durchführung gelangen würden. Es ist gut, daß diese Ziffern und Pläne bekannt werden, während die Weltwirtschaftskonferenz in Genf tagt. Die dort vereinigten Kapitalisten aller Länder mögen darüber nachdenken, wie sie mit diesem praktischen Problem der internationalen Kartellierung fertig werden, ohne die von der Weltarbeiterschaft geforderte Kartellkontrolle durchzuführen.

Das Reich und die Erwerbslosen.

Grundlose Sparsamkeit. — Aufhören der Reichszuschüsse.

Der Reichsarbeitsminister sucht mit den kleinsten Mitteln an den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge zu sparen. Indessen hat die günstige Entwicklung der Wirtschaftslage in den letzten Monaten zu einer so starken Abnahme der Erwerbslosenzahl geführt, daß wirklich nicht einzusehen ist, warum Herr Brauns mit aller Gewalt den Versuch macht, einige tausend Opfer der Hege der reaktionären Standespreise zu überliefern, die bei jeder Gelegenheit versucht, die Erwerbslosen als faule Staatspensionäre hinzustellen.

Bei der Beratung des Reichshaushaltplanes wurde vom Reichsfinanzminister stets betont, wie drückend die Last der Erwerbslosenfürsorge für das Reich in diesem Etatsjahre sein werde. Sein Staatssekretär schätzte den Aufwand für das Halbjahr April bis September 1927 auf 250 Millionen Mark, d. h. auf mehr als 40 Millionen Mark monatlich. Die Abnahme der Erwerbslosenzahl und das erhöhte Lohnaufkommen haben nun in den letzten Monaten eine ständige Steigerung der Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Erwerbslosenfürsorge mit sich gebracht, die man auch an amtlichen Stellen jetzt mit rund 60 Millionen Mark monatlich veranschlagt. Gleichzeitig hat der Rückgang der Erwerbslosigkeit den Gesamtaufwand auf ungefähr die gleiche Summe reduziert. Während im März noch an 97 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge benötigt wurden, werden im April wohl nur noch etwa 75 Millionen in Frage kommen und schon heute läßt sich voraussehen, daß im Mai die Unterstützungssumme nur noch wenig über 60 Millionen Mark betragen wird. Der Reichszuschuß wird also bei weitem nicht die in Aussicht genommene Höhe erreichen, so daß alle Aussicht besteht, daß der Betrag von 250 Millionen Mark nicht nur für das erste halbe Jahr, sondern für das ganze Finanzjahr 1927/28 ausreichen wird.

Dabei ist freilich vorausgesetzt, daß die günstige Entwicklung der Wirtschaftslage nicht von neuem einen Rückschlag erfährt. Wenn sie anhält, so besteht sogar die große Wahrscheinlichkeit, daß es im Laufe der nächsten Monate nicht nur möglich sein wird, aus dem Beitragsaufkommen die gesamten Lasten der Fürsorge zu bestreiten, sondern auch darüber hinaus noch eine Reserve für die Wintermonate mit ihrer saisonmäßigen Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu bilden. Von der Notwendigkeit einer besonderen Sparsamkeit bei der Erwerbslosenfürsorge kann also keine Rede mehr sein, es sei denn, daß das Steueraufkommen im Voranschlag überschätzt wurde, um die überflüssige Biersteuerzahlung an Bayern zu leisten, und daß es der Arbeitsminister zusammen mit dem Finanzminister für richtig hält, den Betrag, den er seinen bayerischen Freunden hat schenken lassen, aus der Not der Erwerbslosen wieder herauszuholen.

Der Zuckerindustrie geht es gut.

Ein gewichtiger Zeuge.

Von den Interessenten des Zuckersolls wird noch immer die derzeit günstige Lage der Zuckerindustrie mit aller Entschiedenheit bestritten. Daß aber die gerade auch an dieser Stelle aufgestellten Behauptungen im ganzen durchaus zutreffend sind, wird jetzt von einer Seite bestätigt, die bestimmt ausgezeichnet und richtig informiert ist.

Niemand muß die Konjunktur der Zuckerindustrie aufmerksamer verfolgen als der Teil des Maschinenbaues, der Maschinen für die Zuckerindustrie herstellt. Denn von der Konjunktur der Zuckerindustrie hängt sein eigener Beschäftigung entscheidend ab. In der Nummer des „Eiseren Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen“ vom 26. April finden wir von Seiten der mitteldeutschen Maschinenindustrie die folgende Äußerung hierzu: „Das langandauernde Darniederliegen der deutschen Zuckerindustrie hat sehr ungünstige Rückwirkungen auf die mitteldeutsche Zuckermaschinenindustrie und den mitteldeutschen Apparatebau gehabt. . . . Es darf damit gerechnet werden, daß die heimische Zuckerindustrie wieder als größerer Abnehmer auftritt, nachdem die letzte Kampagne besonders auch angesichts zufriedensstellender Preise ein recht günstiges Ergebnis gebracht hat. Dem auch die Zuckerindustrie muß, um ihre Gesteckungskosten zu mindern, ihre Anlagen teilweise erheblich modernisieren.“ — Die mitteldeutsche Maschinenindustrie bestätigt unsere Auffassung also in doppelter Hinsicht. Erfreut geht es der Zuckerindustrie zurzeit so gut, daß mit einer erheblichen Steigerung ihrer Maschinenaufträge zu rechnen ist. Zweitens sind ihre Gesteckungskosten höher als notwendig, und können durch rationellere Gestaltung der Betriebe herabgesetzt werden.

Hier handelt es sich um ein völlig neutrales Zeugnis. Die Industrie zur Herstellung von Zuckermaschinen hat ja an sich zweifellos ein Interesse an der finanziellen Stärkung der Zuckerindustrie, wie sie eine Zollerhöhung in erheblichem Ausmaß mit sich bringen würde. Ihre Aussage wird man also als objektiv betrachten können. Die Aussagen gegen die geplante Zollerhöhung werden damit um eine gewichtige Stimme vermehrt. Freilich glauben wir nicht, daß die gegenwärtige Koalition der Regierungsparteien sich von den immer stärker werdenden Argumenten gegen die Zollerhöhung irgend wesentlich wird beeinflussen lassen.

Günstige Finanzlage der Reichspost.

Sie kann auf Anleihen verzichten.

Bekanntlich behauptet die Reichspost, ihre finanzielle Lage erfordere eine Erhöhung ihrer Einnahmen nicht nur mittels der soeben in Kraft getretenen Reform der Fernspreckgebühren, sondern vor allem durch eine Erhöhung des Briefportos um 50 Proz. In der Presse aller Richtungen ist auf die Unsinnsigkeit einer Portohöherung im gegenwärtigen Augenblick hingewiesen worden, und wir haben ausführlich zahlenmäßig dargelegt, daß von der Notwendigkeit weiterer Einnahmesteigerung bei der Reichspost keine Rede sein könne.

Wie gut es der Reichspost finanziell geht, zeigt eine offiziöse Mitteilung ihrer Finanzabteilung. Bekanntlich hatte die Reichspost für den Sommer eine Anleihe von mehreren hundert Millionen Mark (300 Mill.) angekündigt. Jetzt teilt sie mit, daß eine Auflegung dieser Anleihe zunächst nicht in Frage komme, sondern daß man abwarten wolle, wie sich die eigenen Finanzen entwickeln würden. Man hofft also anscheinend, aus der günstigen Entwicklung der Postfinanzen infolge der Besserung der Wirtschaftslage, aus der Reform der Fernspreckgebühren und aus der noch nicht beschlossenen Portohöherung einen so erheblichen Betrag für Investitionen erübrigen zu können, daß man auf die Auflegung einer großen Anleihe verzichten kann.

In den Fußstapfen der Reichsbahn will also die Post „Theaurierungspolitik“ auf Kosten der breiten Massen treiben, d. h. den Wert ihrer Anlagen aus laufenden Mitteln steigern, statt sich für diese Zwecke des Anleihebeweges zu bedienen, wie das üblich und gesund ist.

Unterschätzen Sie nicht

Moderne Herren- Sakko-Anzüge

In den neuesten Farben
und Formen

M 45.—, 52.—, 58.—, 65.—
74.—, 82.—, 90.—, 105.—
112.—, 125.—

Herren- Sport-Anzüge

mit Kniekerbocker und Broches
zwei-, drei- und vierstückig

M 48.—, 55.—, 65.—, 75.—
85.—, 95.—, 105.—, 110.—
120.—, 125.—

den Wert einer guten, zweckmäßigen Bekleidung. Ein guter ANZUG oder MANTEL ist Ihr unentbehrlicher Lebensgefährte und Ihr treuester Reisebegleiter. Wählen Sie ihn also mit Sorgfalt und Bedacht.

Erders & Dyckhoff

BERLIN C19 GERTRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE



Zollpolitische Unwahrhaftigkeit. Die Gemüse- und Obstausfuhr.

Staat und Städte stellen neuerdings erhebliche Mittel zur Förderung der deutschen Gemüse- und Obstausfuhr bereit. Wie wiesen schon früher darauf hin, daß diese Bestrebungen zu begrüßen sind, vollumfänglich jedoch nicht gerechtfertigt werden können, wenn dadurch schwache Betriebe künstlich gestützt und später auf Schutzzölle angewiesen sind, die den Verbrauchern den Genuß des Frühgemüses erschweren. Jetzt, wo die kommenden Kämpfe um den endgültigen Zolltarif bereits ihre Schatten vorauswerfen, bringt die Presse der Gärtnereiverbände bereits Artikel, die zeigen, wie berechtigt diese Bedenken waren. So schrieb kürzlich der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Gärtners, Direktor Graben-Wilmsow, in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Worte:

„Außerdem wird die Lage noch durch die von Jahr zu Jahr steigende Einfuhr von ausländischem Obst und Gemüse erschwert. Der von den Handelsverträgen erhoffte Schutz ist wirksam bisher nicht besonders in Erscheinung getreten. Im Gegenteil zeigt die Uebersicht über die Einfuhren eine erhebliche Zunahme.“

Für den Kenner der Materie ist es schon auffallend, daß gleich dahinter die Einfuhrzahlen des Januar 1927 herangezogen werden. Diese eigentümliche Beweisführung findet aber ihre Erklärung dadurch, daß nämlich in Wirklichkeit die Einfuhr an Gemüse im Jahre 1926 einen ganz erheblichen Rückgang erfahren hat.

Sie betrug 1925 . . . 4 605 968 Dg. im Werte von 184 105 000 M.
dagegen 1926 . . . 4 088 873 „ „ „ 99 340 000 „
also weniger 522 095 Dg. im Werte von 84 765 000 M.

Der Rückgang macht bei seiner Menge 11,3 Proz. aus, seinem Werte nach sogar 23,9 Proz. Trotzdem bringt der deutsche nationale Strategie es fertig, in umfangreichen Artikeln und großen Tönen eine „von Jahr zu Jahr steigende Einfuhr“ zu behaupten und „nachzuweisen“, daß „der von den Handelsverträgen erhoffte Schutz wirksam bisher nicht besonders in Erscheinung getreten“ sei.

Die Einfuhr an frischem Obst hat im Jahre 1926 wohl der Menge nach eine Zunahme erfahren, aber ihr Wert ist erheblich geringer geworden. Es beträgt die

Obsteinfuhr 1925 . . . 3 323 042 Dg. im Werte von 122 643 000 M.
1926 . . . 3 330 055 „ „ „ 114 688 000 „
mehr 7 013 Dg. weniger 7 955 000 M.

Die Einfuhrmenge ist also um 1,1 Proz. größer als 1925, ihr Wert aber um 6,7 Proz. geringer.

Diese eigentümliche Gestaltung findet dadurch ihre Erklärung, daß die hochwertigen Obstsorten, Äpfel, Weintrauben und Beerenobst einen Rückgang erfahren haben (Äpfel um 56 390 Doppelzentner, Weintrauben um 230 044 Doppelzentner, Beerenobst um 172 786 Doppelzentner), während die Einfuhr von Birnen um 344 372 Doppelzentner, Zwetschgen um 42 604 Doppelzentner und Kirschen um 9814 Doppelzentner zugenommen hat. Dieses jährliche Schwanken der Einfuhrmengen der einzelnen Obstsorten ist nur ein Beweis dafür, daß diese Einfuhr der Deckung unseres durch den Ausfall der heimischen Ernte bedingten wechselnden Bedarfs entspricht.

Im übrigen sei auch einmal darauf hingewiesen, daß die Obsteinfuhr im Durchschnitt der Jahre 1911/13 4 582 580 Doppelzentner betrug, also ein Wiedereingang von 1 223 525 Doppelzentner gleich 26,7 Proz. zu verzeichnen ist. Besonders stark ist der Rückgang bei den Äpfeln, dem wichtigsten Einfuhrprodukt. Betrug deren Einfuhr 1911/13 noch 3 147 300 Doppelzentner, so ging sie 1926 zurück auf 1 811 995 Doppelzentner, also um 1 335 302 Doppelzentner oder 42,4 Proz.

Die Darstellung, als ob die Einfuhr von Gemüse und Obst im Jahre 1926 eine weitere Steigerung erfahren habe, die der Gärtnerei das Leben unerträglich erschwere, ist also eine unwahre. Trotzdem wird mit entsprechend herausgehuchten Zahlen so lange jongliert, bis der gewünschte Eindruck erreicht ist. Und dieser Eindruck soll dahin gehen, daß die Schutzzölle aufrechterhalten oder sogar erhöht werden müßten. Daß aber die große Masse der wertvollen Gärtnerei nur darunter leiden kann, wenn sie in einem Gegensatz zu den Verbrauchern gebracht wird, ist selbstverständlich. Deshalb müssen diese Propagandamethoden, die oben rein im Widerspruch zur Wahrheit stehen, niedriger gehängt werden.

Kalkulation im April. Der Absatz des Deutschen Kalihyndrats G. m. b. H. im April 1927 betrug 509 549 Doppelzentner Reinkali gegen 569 065 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Der Absatz im Düngejahr 1926/27 (Mai 1926 bis April 1927) beträgt 12 120 428 Doppelzentner Reinkali gegen 11 234 542 Doppelzentner Reinkali im Düngejahr 1925/26. Der Absatz in den ersten vier Monaten des laufenden Kalenderjahres beträgt 5 889 477 Doppelzentner Reinkali gegen 4 767 779 Doppelzentner Reinkali in den ersten vier Monaten des Kalenderjahres 1926.

Kapitalerhöhung bei der Preußenkasse. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesuchentwurf vorgelegt, der eine Erhöhung der eigenen Mittel der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Berlin auf 45 Millionen Mark vorsieht. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse ist bekanntlich eine staatliche Bank, die speziell als Zentralbank der Genossenschaften geschaffen worden ist. Der preussische Staat erhöht seine Einlage um 11,41 Millionen Mark. Ursprünglich war eine Erhöhung um 10 Millionen Mark vorgesehen; sie wird jedoch entsprechend vergrößert, um auf 45 Millionen Mark abzurunden. Die Kapitalerhöhung soll nicht durch eine Ueberweisung neuer preussischer Gelder erfolgen, sondern zum Betrage von 10 Millionen Mark durch die Umwandlung eines im Jahre 1925 aus Staatsmitteln der Preußenkasse zur Verfügung gestellten Mittelstandskredits.

Zollfreiheit für international kartellierte Waren. Der Delegierte Frankreichs auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, Serruys, hat sich in bemerkenswerter Weise über internationale zollfreie und Zollpolitik geäußert. Er zieht aus der Vermehrung der internationalen Kartelle die Folgerung, daß die Aufstellung eines einheitlichen Zolltarifs notwendig sei. Viel wichtiger aber ist, daß er für die kartellierten Waren zwischen denjenigen Ländern, die an den Kartellen beteiligt sind, den freien Warenaustausch fordert. Der „Vorwärts“ hat als erster nach der Errichtung der europäischen Kohlstahlgemeinschaft die Aufhebung der Eisenzölle gefordert. Tatsächlich sind die Eisenzölle noch eine besondere, vom Staate gewährte Prämie für die Hochhaltung der Inlandspreise und die Ausbeutung der inländischen Verbraucher, nachdem die Kohlstahlgemeinschaft die Inlandsmärkte den einzelnen Industrien reserviert hat. Serruys spricht also eine Selbstverständlichkeit aus, die allerdings für Deutschland noch eine große Kampffrage ist und die deshalb an Selbstverständlichkeit nichts einbüßt, weil es der Franzose Serruys ist, der die Forderung erhebt. Serruys definiert die internationalen Kartellverträge dahin, daß sie erstens die „Gefahren“ des rücksichtslosen Konkurrenzkampfes verringern und daß sie zweitens im allgemeinen die Verschobenheit der Preise im In- und Ausland aufheben. Serruys hätte noch hinzufügen müssen, daß im Bereich der Kartelle das allgemeine Preisniveau im ganzen bewußt erhöht wird.

Die Sparkassen des Deutschen Reiches im März. Nach der Sparstatistik des Deutschen Reiches erhöhten sich die Spareinlagen von 3 722,30 zu Beginn des März auf 3 718,80 Mill. Mark. Gegenüber dem Februar 1926 ergibt sich eine Steigerung der Spareinlagen von 1,93 auf 3,71 Milliarden Mark.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Arbeit sind Berlin G. M. B. H. Lindenstraße 3.

5. Kreis Friedrichshagen. Die Abteilungsabende der Zeitungskommissionen treffen sich zu einer wichtigen Sitzung am Sonntag, 7. Mai, 8 Uhr, bei Witschuh, Petersburger Str. 3. Jede Abteilung muß vertreten sein.

5. Kreis Friedrichshagen. Montag, 8. Mai, 7 Uhr, in Schmidt's Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 10a. Kreisfunktionsärversammlung. Vortrag: „Die Personalpolitik im Reich und in Preußen.“ Referent: Fritz Steinbock, R. d. R. Freie Aussprache, Kreisangelegenheiten. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen sämtlicher Funktionsärversammlungen wird dringend gebeten.

6. Kreis Arbeiterwohlfahrt. Freitag, 6. Mai, 8 1/2 Uhr, Ausschusssitzung bei Wolf, Gröbestraße. Alle Ausschusssmitglieder und Abteilungen müssen vertreten sein.

15. Kreis Kreuzberg. Arbeiterwohlfahrt: Heute, Freitag, 6. Mai, letzter Kurstagabend. Richtlinienvortrag des Genossen Dr. Kocher über: „Was der Wahlrechtspfleger von den Gesundheitsinstitutionen des Bezirks wissen muß.“ Genossinnen und Genossen, die sich für die Sache interessieren, sind als Gäste herzlich willkommen.

Heute, Freitag, 6. Mai:

2. Wkt. Köpenick. Die heute fällige Funktionsprüfung fällt vorläufig aus.
28. Wkt. 8 Uhr bei Brinisch, Weidenburger Str. 1, außerordentliche Funktionsprüfung. Erscheinen ist Pflicht.
41. Wkt. Friedrichshagen. 8 Uhr bei Kade, Hamburger Str. 60/61, wichtige Funktionsprüfung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

45. Wkt. Tempelhof. Öffentliche Versammlung 7 1/2 Uhr in der Aula des Gymnasiums Rosenthal-Königsplatz. Vortrag: „Die innen- und außenpolitische Lage.“ Referent: Dr. Julius Moser, R. d. R. Männer und Frauen, erscheint in Kasse!

92. Wkt. Reinickendorf. 8 Uhr Abteilungsabende beim Genossen Simon, Bechtholdstr. 9. Besondere Umstände wegen konnte diesmal schriftliche Einladung nicht erfolgen. Es wird aber erwartet, daß die Vorstandsmitglieder und übrigen Funktionsärversammlungen zur Stelle sind. Sehr wichtige Tagesordnung.

123. Wkt. Kaulsdorf. 8 Uhr bei Führer wichtige Funktionsprüfung. Erscheinen sämtlicher Funktionsärversammlungen ist dringend erforderlich.

139. Wkt. Tegeln. 8 Uhr im Lokal Riter Kron, Hauptstraße, Sitzung sämtlicher Funktionsärversammlungen.

Morgen, Sonnabend, 7. Mai:

25. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Köhler, Sibirer Str. 24, Sitzung der Bezirksleiter, Bezirksvertrauensleute und Elternbeiräte.
31. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 26, wichtige Funktionsprüfung. Erscheinen unbedingt erforderlich.
32. Wkt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Kade, Kaiserin-Augusta-Weg 22, Funktionsprüfung.
44. Wkt. Marienfelde. 8 Uhr bei Wendorf, Chausseestraße 15, Funktionsprüfung.
113. Wkt. Lichterfelde. 7 1/2 Uhr bei Reme, Wöllersdorf- oder Rittergasse, Abteilungsabende. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Die Funktionsärversammlungen zum Bahnhofsamt mit der Tagesordnung: „Preussische Sozialpolitik und China.“ Referent: „Vorwärts“-Redaktions-Büro Schill.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 6. Mai:

Gruppe Mitte: 8 Uhr in der Schule Oststr. 20, Fortsetzung des Vortrages: „Staatsfragen.“ Referent: Dr. Kurt Wach. Parteigenossen als Gäste willkommen.
Gruppe Wedding-Genossenschaften: 8 Uhr pünktlich im Jugendheim des Je-

bigenhaim am Brunnengäß, Eingang Oststraße 10. Laden, Vortrag und Diskussion: „Reichsmacht und Sozialdemokratie.“ Referent: Genosse Rastbach. Gäste sind eingeladen. — Gruppe Reinickendorf I und II: 8 1/2 Uhr in der Volkshauserei Gunglstraße Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft: „Das Verhältnis zwischen Reich, Staat und Ländern.“ Referent: Studentrat Erwin Matzquardt. Gäste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Groß-Berlin: Die Kreisleiter werden dringend gebeten, am Dienstag, 10. Mai, die Programme von der Geschäftsstelle ganz bestimmt abzuholen. Bezirk Kreuzberg: Die Vorträge finden heute, Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Jugendheim Jorkstr. 11 statt. Am Sonntag, 1. Mai, haben sich in der Badbrauerei zwei Fahrten angefahren. Abgeholt bei Kaufmann, Rottbuser Ufer 37.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

7. Wkt. Unter Gravelle Heinrich Heuffe, Chausseestraße 30, ist verstorben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Beerdigung am Freitag, 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gnadens-Friedhof, Dorffstraße. Wir bitten um recht zahlreichere Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abrechnung der Beiträge. Ausgabe der „Jugend voran“ und der „Arbeiterjugend“ heute, Freitag, von 5-7 Uhr.

Abteilungsmittgliederoversammlungen heute, 7 1/2 Uhr:

Wahl I: Schule Wilmersdorf, W. — Straßener Viertel: Heim Köhlerstraße 61. — Wilmersdorf: Heim Wäcker Str. 18. — Charlottenburg: Heim Kallmeyer Str. 4. — Halensee: Schule Dachtin-Friedrich-Str. 25/26. — Wilmersdorf: Heim Koonitz 16. — Köpenick: Heim Ostnauer Str. 3. — Wannsee: Heim Gensler 16. — Johannisthal: Rathaus. — Neierfeld: Schule Köhler Str. 81. — Tegeln: Heim Köhler Str. 15. — Neierfeld: Schule Wilmersburger Str. 70.

Wahl II: Schule Stephansfeld, „Abrechnung des 1. Halbj.“ — Wahl III: Heim Kreuzberg, „Jugend und Partei.“ — Wahl IV: Heim Danziger Str. 23. „Jugend und Partei.“ — Wahl V: Heim Hauptstr. 13. „Politische Tagesfragen.“ — Wahl VI: Rathaus, Chausseestraße 44. „Der 1. Mai.“ — Wahl VII: Die Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Genossen H. Krause wird heute wieder aufgenommen. Zusammenkunft beim Genossen H. Krause, Köhlerstr. 12. Wahl VIII: Kreuzberg: Heim Lindenstr. 3. Funktionsärversammlungen. Jede Gruppe muß vertreten sein. Wahl IX: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl X: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XI: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XII: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15.

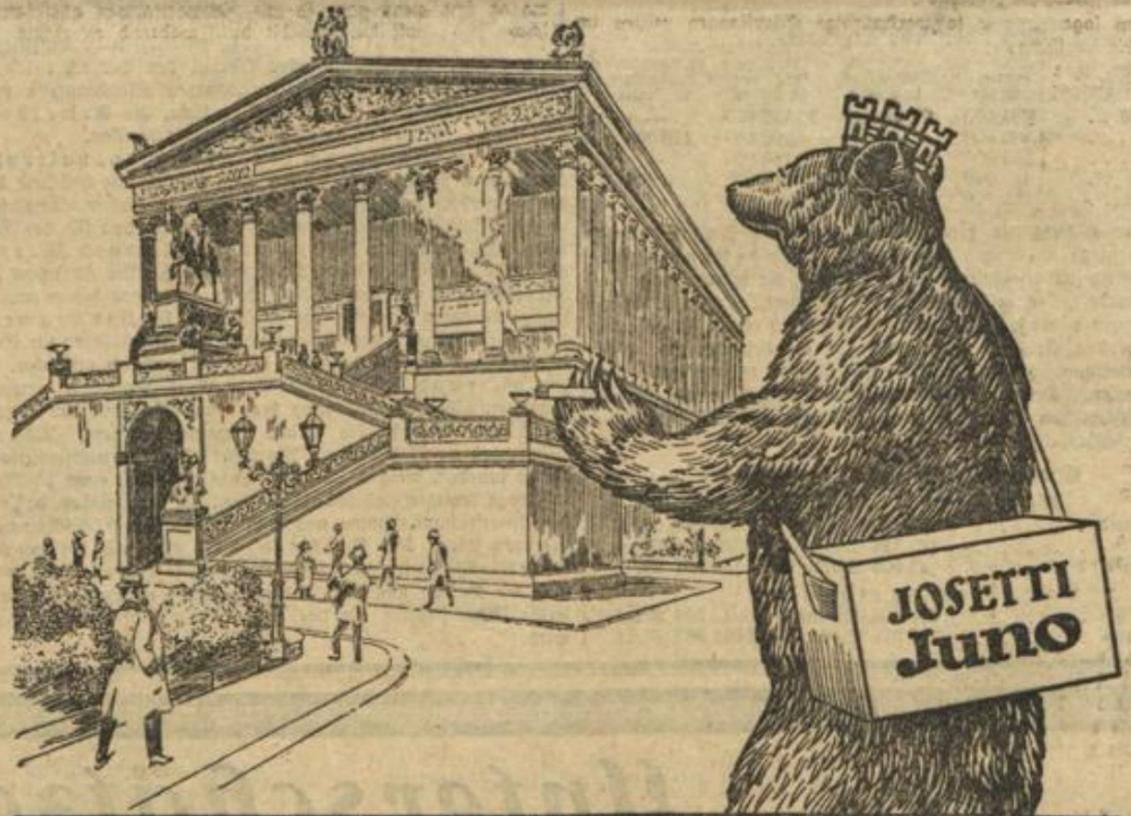
Wahl XIII: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XIV: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XV: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XVI: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XVII: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XVIII: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XIX: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15. Wahl XX: Kreuzberg: Heim Köhler Str. 15.

Nach der glänzenden Aufnahme, die das Beamtenlohnhaus der Deutschen Reichsbahnverwaltung, „Debewe“, in der Zimmerstr. 10/11 bei der erkrankten Berliner Kundenschaft gefunden hat, eröffnet die leitungsgebige Anzahl des Deutschen Reichsbahnlohnhauses in der Friedrich-Edel-Rothstraße eine große Abteilungsabende im Reichsbahnlohnhaus. Bekanntlich ist dem „Debewe“-Kaufmann in Hamburg, Frankfurt a. M., Dresden usw. seit langem eine gleiche Abteilungsabende für Wohnungsvereinigungen, Einzel- und Kleinrentner angegliedert. Unter Verwendung der dort gewonnenen Erfahrungen wird die Wohnungskasse Berlin ihren Grundbesitz, welches bei weitestgehender Zahlungsverpflichtung zu bieten, auch im Reichsbahnlohnhaus zur Durchführung bringen.

Der keine Wirtschaftslagen haben will, muß sich heute auf entsprechende umstellen. Die Rollen für den Lebensunterhalt sind enorm gestiegen, während die Einnahmen nicht immer Schritt gehalten haben. Unter diesen Umständen ist es natürlich für die Hausfrau schwer, stets eine gute Maßzeit zu bereiten. Und doch hat sie es vollkommen in der Hand. Sie muß sich nur von allen Vorkurieren freimachen. Bei dem großen Preisverfall einer Familie ist es eben nicht mehr möglich, die teure Butter, sei es in der Küche oder zum Wollwusch, zu verwenden. Die Feinholzwirtschaft „Wollwusch“ enthält die Nährwerte der Butter, ist von köstlichem Wohlgeschmack und ebenso bekömmlich. Der billige Preis von nur 50 Pf. für das halbe Pfund hilft vom Wirtschaftsgeld ein nettes Stämmchen sparen, um andere notwendige Dinge zu beschaffen.

KON
LINON

Was sagt der Bär?



Gemeingut Aller

ist die Nationalgalerie, die Stätte erlesenster Kunst. Gemeingut aller Berliner ist auch das erlesene Fabrikat der größten Berliner Cigarettfabrik:

Joseetti Juno

Berlins meistgerauchte 4,8 Cigarette

Billige Lebensmittel

LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDERPLATZ
FRANKFURTER ALLEE
BELLE-ALLIANCE-STR.
ANDREASSTRASSE

Mengenabgabe vorbehalten 143 Verkauf soweit Vorrat

- Wurstwaren**
- Speckwurst Pfund 95 Pf.
 - Berl. Mettwurst Pfund 1 00
 - Hausm.-Leberwurst Pfund 1 10
 - Jagdwurst Pfund 1 20
 - Fleischwurst Pfund 1 20
 - Knoblauchwurst Pfund 1 20
 - Feller Speck Dtsch. Pf. 1 10
 - Schinkenecken Pfund 1 10
 - Magerer Speck Pfund 1 20
 - Mettwurst nach Braun-
schweiger Art. Pfund 1 15
 - Teewurst Pfund 1 70
 - Holt. Zerv. u. Salami Pf. 1 70

- Guppenhühner** frisch Pfund 1 15
Wolgabühner gefroren Pfund 1 10

- Salla**
- Margarine Pfund 55, 62 Pf.
 - Rinderfett 1-Pf.-Tafel 55 Pf.
 - Kokosfett Pfund-Tafel 55 Pf.
 - Griebenschmalz Pf. 82 Pf.
 - Dänische Tafelbutter Pfund 1 00

- Fische u. Räucherwaren**
- Rohfisch Pfund 16 Pf.
 - Räucherhering St. 12 Pf.
 - Räucherlachs St. 12 Pf.
 - Räucherforelle St. 12 Pf.
 - Räuchermaifisch St. 12 Pf.
 - Räucherhering St. 12 Pf.
 - Räucherlachs St. 12 Pf.
 - Räucherforelle St. 12 Pf.
 - Räuchermaifisch St. 12 Pf.

- Frisches Fleisch**
- Ba. Schweinefleisch 95 Pf. Band Pf. 80 Pf.
 - Ba. Schweinefleisch Pfund 86 Pf.
 - Ba. Schweinefleisch o. B. Pf. 1 04
 - Ba. Schweinefleisch Pfund 1 24
 - Ba. Schweinefleisch u. Speck Pfund 1 10
 - Ba. Rindfleisch Pfund 75 Pf.
 - Ba. Rindfleisch Pfund 54 Pf.
 - Ba. Rindfleisch Pfund 78 Pf.
 - Ba. Rindfleisch Pfund 86 Pf.
 - Ba. Rindfleisch Pfund 90 Pf.
 - Ba. Rindfleisch Pfund 68 Pf.
 - Ba. Rindfleisch Pfund 50 Pf.
 - Ba. Rindfleisch Pfund 58 Pf.

- Sonder-Angebot in Weinen**
- ZUR BOWLE: 10 Fl. Edelweiss, 2 Fl. Prachtschamwein, 1 Dose Ananas vorz. Qual. in Schelben. 18 00
 - Frischer Maitrank 85 Pf.
 - Himbeer-, Kirsch- u. Erdbeersaft sehr gute Qual. mit Raffinade eingekocht, 1/2 Fl. 1 00, 1/4 Fl. 1 75, 1/8 Fl. 1 60
 - Burgenländ. Mistella 1/2 Liter 1 25, 1/4 Liter 1 20

- Grosser Palmen-Verkauf**
Leipziger Strasse - Alexanderplatz - Chausseestrasse
- Champros Stück 95 Pf.
 - Kentien Stück von 1 45 bis 1 95
 - Phönix Stück von 1 50 bis 1 45
 - Cocos Stück von 35 Pf. bis 2 00
 - Draca braoandi Stück 1 50
 - Draca indivisa Stück 1 50

- Käse**
- Frühstückskäse Stück 12 Pf.
 - Romalour Stück 20 Pf.
 - Q-Käse Pfund 20 Pf.
 - Brikkäse Pfund 40 Pf.
 - Lbg. Stangenkäse Pf. 42 Pf.
 - Edamer Pfund 70 Pf.
 - Holländer Pfund 70 Pf.
 - Edamer vollfett. Pfund 95 Pf.
 - Vollf. Steinbuscher Pf. 95 Pf.
 - Holländer vollfett. Pfund 1 00

- Gem. Marmelade** 90 Pf. 2 35 4 20
Kaffee frisch gebrannt Pfund 2 20

- Gemüse und Obst**
- Apfelfalat 3 Kopt 35 Pf.
 - Weißkohl Pfund 9 Pf.
 - Wirsingkohl Pfund 9 Pf.
 - Rhabarber Pfund 15 Pf.
 - Grüne Gurken Stück von 48 an
 - Stabeschen 4 Bund 10 Pf.
 - Musapfel Pfund 26 Pf.
 - Zitronen 40 u. 50 Pf.
 - Zitronen Pfund 55 Pf.
 - Blutapfel Pfund 1 10
 - Ananas-Konfitüre 1 00
 - Erdbeer-Konfitüre 1 45
 - Aprikosen-Konfitüre 1 4
 - Kirschen-Konfitüre 1 45
 - Orangen-Konfitüre 1 15
 - Pflaumen-Konfitüre 1 10

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: Die Macht des Schicksals
Schauspielhaus
7 Uhr: Florian Geyer

Schiller-Theater
Der Barber von Sevilla

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:

Der Freischütz
Abonn.-Turnus IV

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 U. Ende 11 U.

Der Arzt am Scheideweg

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 U. Ende 10 Uhr
Gastspiel

Revue zu Vieren
Dienstag, den 10.
Zum 1. Male:

Das Land der Treue

Die Komödie
Bismarck 2414, 2514
8 1/2 U. Ende 10 U.

Lockvogel
Nachvorstellung
Tägl. 11 U., Ende 1 U.

Revue: Was Sie wollen
Preise 2, 3, 4, 5 M.

Theat. u. Nollendorfer
Kurfürst 2091
8 Uhr Ende gegen 11

Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Fella

Thalia-Theater
8 Uhr:

Wenn der junge Wein blüht

Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Zirkusprinzessin

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. Sonntags nachm. 3 U.

Stettiner Sänger
Zum Schluß: „Deutscher Frühling“
Nachmittags: Hilde
Preise, volles Programm

Dönhoff-Brettl!
Baumbüchse,
Variété, Konzert u. Tanz.

Volksbühne
Theater am Bölowplatz Th. am Schiffbauerdamm

8 Uhr: Traumspiel
Morgen 8 Uhr: Lysisstrata

8 Uhr: Jan der Wunderbare

Komische Oper
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Sünden der Welt
Die weltliche James-Klein-Revue
250 Mitwirkende / Theaterk.
ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

Walner-Theater
8 1/2 Uhr: Der Lustspielerfolg
Auf der Sonnenseite

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Pimpelhuber der Millionen-Erbe
Gutschein: Paut. 1 Mk., Sess. 1,50 Mk.

ERIK CHARELL BRINGT:
THEAT. U. Ende 11 U.
Wie einst im Mai
Alfred Braun, Luise Mannheim z. E.
Bendow, Westermeyer, Kupfer u. a.
Großes Schauspielhaus

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Theater am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr:
Stg. nachm. 3

Elite-Sänger
Großes
Vorbereitung-
Programm!

SCALA
Nollendorf 7360
8 Uhr

Charlie Rivel Trio
und weitere
Variété-
Sensationen!
Jazzband u. Jazztrio
2 Vorstellungen
3 1/2 und 8 Uhr,
3 1/2 zu ermäßig.
Preisen d. ganze
Programm

**Mal- u. Zeichen-
Bedarf**

L.-Juergens
Alexanderplatz

DAS WOCHENENDE
AUSSTELLUNG
AM KAISERDAHM
Märkische Heimat
Verkehrspanorama / Kunstaus-
stellung / Die Landschaft in der
Photographie / 300 Wochenend-
hausmodelle / Schülerwettbewerb
Der Bedarf des Wochenendhaus-
Wochenendhaus-Kolonie
Tägl. 9 Uhr von. bis 10 Uhr abds.
Eintritt 1,50 M. / Schüler 75 Pf.
Alte Autohallen
BERLINER SCHNEEPALAST
Tägl. von 9 Uhr von. bis 5 Uhr abds.
Ab 8 30 Uhr:
Groß-Schneepart-Abend-
Programm / Schneeballett /
Großer Ski- und Hodelbetrieb.
Heute Volkstag!
Eintritt 1 M., Jugendl. 30 Pf.

Trabrennen Ruhleben
Freitag, den 6. Mai 1927
nachm. 3 Uhr

Ihr Bruch heilt
wenn Sie mein Bruchband ohne Feder
und ohne Pelotte tragen.
Prospekt franko bei
Albert Röper, NW 6
Marienstraße 9.

„WALDFLORA“
Die bekannten giftfreien Naturprodukte (siehe Text)
sind in folgenden Nummern erhältlich:
1. Licht, Reiben, Rheuma, Ischias,
Adrenalin, Pilsener, Gicht,
offenes Bein, Kopfschmerz,
Abspannung, Blutrreinigung ... Nr. 9
2. Zuckerkrankheit Nr. 1
3. Blasenleiden Nr. 3
4. Nierenleiden Nr. 4
5. Lungenleiden, Asthma Nr. 5
6. Gallenleiden Nr. 7
7. Magen- und Darmleiden Nr. 8
8. Nervos- und Herzerkrankungen Nr. 9
9. Stuhl-Störungen Nr. 10
Als unentbehrliches Hausmittel verpacken Sie
sich: Pflanz- und essenz. Essenzöl in der
Dreihundertflasche.
Verkauft in Apotheken u. Drogerien. Druckschriften über
„Waldfloren“ erhalten Sie dort kostenlos.
Georg Rich. Pflanz & Co., Gera (Thür.)
Gen.-Vertretung und Fabriklager:
Gustav Spierling, Berlin SW 48, Besselstr. 19, 1
Fernspr.: Dönhoff 349.

Blumenspenden
jeder Wert
steht zu Diensten
Paul Golletz
vorm. Leiter New
Mariannenstraße 3,
1000 Wilmersdorf
Tele. Wilmersdorf 103 03

Emil Kurtze u. Frau
zur Silberhochzeit die herzlichsten
Glückwünsche. 90. Abteilung, SPD.

Karl Krohn
und seiner Ehefrau, der Gräfin
Krohn, Köpenick, Parfümerie-Str. 23,
die herzlichsten Glückwünsche zur
Feier ihres silbernen Hochzeit.
Kreisvorstand und 108. Abteilung
Cöpenick.

Zuckerkrank
Fragen Sie Ihren Arzt ob. A. Siegers Anti-
diabeticum und verlangen Sie kostenlos
diesbezügliche, hochinteressante Schriften
durch Fr. Löw, Walldorf B 37 (Hessen).

Teilzahlung
1/6 Anzahlung
Ein Fingerzeig
für jeden
Berliner
22 MA
16 MA
54 MA
77 MA

Wir führen in 4 Etagen
Aparthe Neuheiten
Elegant-Anzüge
Sport-Anzüge
Herren-Ülster
Sport-Paletots
Gummimäntel
Knaben-, Mädchen- und
Kinder-Bekleidung
Neue Frühjahrs-Damen-
mäntel, Kascha- u. Mäntel,
Damens-Mäntel
Frühjahrs-Kleider
in Wolle und Seide
Kostüme, Compose
Oamen-Gummimäntel
Leib-, Bett- und
Tisch-Wäsche
Oberhemden
Hüte, Stöcke, Schirme
Krawatten
Möbel-Einrichtungen
Gardinen, Teppiche

Damitt
Rosenthaler-Str. 46/47
Ecke Neue Schönhauser-Str.

Teilzahlung
auf
bequemsten Wochen- od.
Monatsraten liefert eleganten
Maß-Anzug
oder **Ülster**
aus reinwilligen Stoffen
in den neuesten Dessins
von M. 110,- an.
Fertige Anzüge
aus guten haltbaren Stoffen
eigene Herstellung
von M. 36,- an.
Frühjahrs-Ülster
Gabardine mit kariertem Absteife
M. 58,-

Treppe
nur

Nur in der
Maßschneiderei
J. Kurzberg
Oranienstraße 160. I.
und
Chausseestraße 1 Eingang Bismarck Str. I.

„20 Jahre jünger“ (ges. gesch.
auch genannt
„Exlepan“
ges. gesch.) Gibt grauen Haaren die
Jugendfarbe wieder. „Exlepan“ er-
hält die Goldene Medaille 1913. Es färbt
nach und nach, also unauffällig, kein
gewöhnliches Haarfärbemittel. Erfolg
garantiert. „Exlepan“ ist wasserfest,
schmutzt nicht u. färbt nicht ab, es färbt
den Haarwuchs, wovon sich jeder Ge-
braucher selbst überzeugen kann. Voll-
ständig unschädlich. Kinderleicht zu
handhaben. Tausende Dankschreiben.
Von Ärzten, Professoren usw. gebraucht
und empfohlen. „Exlepan“ ist durch
seine vorzüglichen Eigenschaften weit-
berühmt. Preis 7 Rmk. Für dunkle Haare
und solche, welche die Farbe schwer an-
nehmen „Extra stark“, Pr. 12 Rmk. Nach-
ahmungen weisen man zurück. In Preisur-
gesch., Parfüm, Drog. u. Apoth. zu haben,
wo im Schaufenster ausgestellt; wo nicht,
zu haben direkt vom alleinigen Fabrikanten
Parfümeriefabrik Exlepan
Hermann Schellenberg
Berlin N 90, Bornholmer Straße 7.
Original-Karton Export nach allen Weltteilen
Enthaarungs-Milch-Creme „E X E“
ärztlich empfohlen. Tube 2 M. Glasfl. 7 M.

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahl
Lindower Straße 5
m Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Unter-
grundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichten Engrosbezug 40%
Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

BAD LANDECK IN SCHLESSEN

Mitten im Hochwald gelegen

Starkradioaktive Schwefelquellen
Außerordentliche Heilerfolge
bei Gicht, Rheumatismus, Frauen-
und Nervenleiden u. a. m. Mäßige Preise
Prospekte u. Auskünfte kostenlos durch die Reisebüros
und die städtische Badeverwaltung. — Fernruf 26 und 32

Fegefeuer.

Von R. Felix Wendelssohn.

In jedem Seemannsbuch wird von den Prüfungen erzählt, denen sich der Jungmatrose, der Schiffsjunge, unterwerfen muß, ehe er für würdig befunden wird, in die Gemeinschaft der Kameraden aufgenommen zu werden. Da werden diese Vorkommnisse, in denen die Mannschaften die Ueberlegenheit ihres durch eine jahrelange Dienstzeit erworbenen Ranges dem Reuling recht deutlich vor Augen führen wollen, mit einem romantischen Mantelchen umkleidet, obwohl nicht selten dabei Motive maßgebend sind, die weniger aus dem Bestreben nach „Ertüchtigung“ hervorgegangen sind, als aus dem Gefühl heraus, dem Nachfolger die gleiche Behandlung zu bieten, die man selbst erfahren hat. Weit weniger romantisch ist die Art, in der man in die große Gemeinschaft von Arbeitskollegen aufgenommen wird, wenn man in einen nüchternen Massenbetrieb als Lernender eintritt, in eine Fabrik, in deren Räderwerk der Anfänger immer ein ständiges Glied bedeutet. Noch störender, wenn man dem Geist der Arbeitskollegen fremd, sich nicht anzupassen versteht oder in jugendlichem Uebermut Ueberlegenheit zur Schau trägt. Die Arbeit ist schwer und das Eindringen in die Gefühlswelt der Arbeitskollegen ist nicht leicht für den, der aus bürgerlicher Umgebung in den Betrieb kommt. Bleibt er ein Spießer und Bürger, so nügen alle Prüfungen nichts, begreift er das Wesen der immer hilfsbereiten Schicksalsgenossen, so haben sie, wenn auch mit irdischen Mitteln, gewirkt. Wie oft habe ich im Laufe meines durch viele körperliche Arbeit unterbrochenen Stribentendaseins an den Beginn meiner praktischen Tätigkeit denken müssen, an deren bitteren Stunden ich durchaus nicht unglücklich war.

Vor — 31 Jahren trat ich als Volonteur in eine Lokomotivfabrik ein, überlegen im Vollgefühl meiner theoretischen Bildung, im Geiste schon sämtliche Stufen bis zum Werkleiter überspringend. Und herrlich war ich gewandt, blaue Bluse scharf auf Taille, Hosen mit messerscharfen Bügelfalten, Krogen, unter dem Koltett der weiße Hemdfragen hervorlugte, prächtig, Schuhe mit vernickelten Lederspitzen, kurz ein „hochfeiner Pinkel“. Der Erfolg meiner fleißigen Dämonen- und meines imponierenden Auftretens war gewaltig, aber eigentlich etwas anders als ich erwartet hatte. Es kamen so sonderbare Sachen vor.

Ich mußte damals zuerst den berühmten Würfel herstellen, und ich härtete geschäftig und anbauend mit allerlei Werkzeug, mit Stichtmaß und Schublehre herum, wochenlang. Was ich oben fortnahm, setzte mir unten. Und wie kam es denn, daß manchmal morgens meine Schrubbfelle „zufällig“ so dick mit Schmirsel verklebt war? Wie kam es, daß mein Würfel, der am Abend schon ganz annehmbare, quadratische Dimensionen hatte, am nächsten Morgen wie ein Zuckerhut ausah? Ich zerbrach mir vergeblich den Kopf, bis ich schließlich den Grund herausfand. Nach gerauer — sehr gerauer — Zeit nahm der Würfel allmählich aber sicher die Gestalt eines Leinwandens an, und ich glaube ihn nach Jahren als kubistische Plastik in einer expressionistischen Kunstausstellung wiedergehen zu haben; da hieß er „Babende Kumphe“.

Dann lagen immer so merkwürdige Eisenstangen mitten im Wege. An sich ist das in einer solchen Werkstatt eine harmlose Sache, aber wenn ich auf diese harmlosen Eisenstangen trat, dann zitterten meine Schuhsohlen dämpfend auf, und es roch nicht gut nach verbranntem Leder. Wie kam denn das? Schließlich brauchten doch auch die besten Schuhe nicht der Temperatur von fast weißglühendem Eisen standzuhalten.

Das Sonderbarste aber geschah mit den Rieten und das kam so: Auf der Platte lagen fünf rotglühende Reifelnieten. Der Vorarbeiter nimmt ja gelegentlich den ersten Riet in die Hand, sekundenlang, und läßt ihn wieder auf die Platte fallen. Während dieser Prozedur hatte ich die Hand immerhin etwas geizt; bei rotglühendem Eisen erschießt mir das natürlich. Aber ich wußte auch, daß man sich mit der Zeit daran gewöhnt, und war später selbst imstande, auf ziemlich hohe Hitzegrade gebrachtes Eisen ohne Schmerzgefühl anzufassen.

Das sollte ich also hier erst nachmachen. Warum nicht? Wenn es der Vorarbeiter vollbringt, werde ich doch wohl dasselbe schaffen. Ich greife also herzhalt den zweiten Riet von der Platte, worauf mir blutigartig ein Fegen Haut von der Hand abfeng. Wie konnte ich auch damals wissen, daß nur der erste Riet — derjenige, mit dem mein Arbeitskollege das Experiment durchgeführt hatte — kunstvoll mit Rennias rot angepinselt war, während die anderen vier wirklich erhitzt waren?

Es geschah noch einige merkwürdige Zufälle. Die hörten aber dann allmählich auf, im selben Grade, wie meine Hosen zur Knollenbildung neigten, die Taille weniger scharf wurde und der Stiefbogen nachschwand. Nach und nach kam ich auch schließlich hinter diese Geheimnisse und hinter andere. Der Mensch nimmt an Weisheit zu. Zum Schluß lernte ich sogar, Bier kunstvoll ohne jeden Glucker und ohne sichtbare Verletzung der Banderole aus der Flasche zu trinken und diese mit Wasser gefüllt wieder so herzurichten, daß der Verschlußmechanismus völlig intakt erschien.

Geheimnisse der berlinischen Grammatik

Mit der Erforschung der eigenen Muttersprache beginnt man gewöhnlich immer zuletzt. Fragen Sie einmal einen echten Berliner, wieviel Fälle (Kasus) es im Berlinischen gibt. Ob Sie die richtige Antwort erhalten werden?

Kun, wir sind im Berlinischen schon erheblich auf dem Wege zur Vereinfachung der deutschen Grammatik vorgeschritten; denn wir haben nur noch zwei Fälle: den Subjektfall und den Objektfall. Direktes und indirektes Objekt (Akkusativ und Dativ) sind zusammengefallen, und zwar gewöhnlich in dem Akkusativ, bei Fürwörtern jedoch meist in dem Dativ; der Genetiv wird durch den Objektfall in Verbindung mit „sein“ beziehungsweise „ih“ ersetzt, z. B.

Subjektfall: der Junge (er) sah den Jungen, (sie) sah den Jungen
Objektfall: den Jungen (er) sah den Jungen, (sie) sah den Jungen

Reibliche Wörter (de Kasse, de Schwelst) haben praktisch nur noch einen Fall. Eine Besonderheit bilden einige Verwandtschaftsnamen, die oft ohne Artikel gebraucht werden und die in diesem Falle im Objektstatus, auch wenn sie weiblich sind, anhängen: Bata — Watson, Rutta — Rutan, ebenso bei Trohata, Trohmutta, Onkel, auch bei Tante, ferner bei den meisten Vornamen und einigen Personennamen.

Die Arten der Mehrzahlbildung sind wohl genügend bekannt.

*) Um das Berlinische lautrichtig zu schreiben, müßte man einige Hilfszeichen anwenden. Der Einfachheit halber ist hier davon abgesehen, also z. B. das lange e, wenn kein Mißverständnis möglich ist, einfach e geschrieben. Das in berlinischen Wörtern geschriebene r ist natürlich immer das Zäpfchen-r: Ware ist im Berlinischen also sowohl Ware als auch Woge.

Zum 8. Mai.



Es ist ein bekanntes Vergnügen der Hunde, sich mit entschlossener Wut anzuklaffen, wenn ein solider Zaun dazwischen ist.

ebenso die vier Endungen: —a (Ding — Dinga, Mann — Manna), —n (Bankel — Bankeln, Reife — Reifeln), —e Beer — Beere), —s (Reechen — Reechens, Junge — Junges). Daneben gibt es aber auch bei einigen Wörtern noch eine eigentümliche Veränderung der Endsilbe, die bisher keine Grammatik verzeichnet hat. Wie heißt die Mehrzahl von Jeere (Wör)? Sie lautet Jeeran; ebenso von Rere (Röhre) Reeran, Beere — Beeran, und so bei allen anderen Wörtern, die in der Einzahl auf re ausgehen. Das in der Einzahl gesprochene r wird also in der Mehrzahl in a verwanbelt. Diese ganze unregelmäßige Mehrzahlbildung erklärt sich jedoch lautlich ganz einfach: r bleibt erhalten, wenn nur noch ein Vokal darauf folgt (Jeere), es wird aber vor en und n durch Lösung der Zäpfchenbildung zu a, so wird Ohren zu Ooan, ebenso natürlich Gören zu Geaan. Ich habe einmal etwa zwanzig Berlinern die Aufgabe gestellt, eine Reihe von Wörtern (darunter Auge, Ohr, Röhre — Röhren) lautgemäß berlinisch zu schreiben, nur wenige haben die Aufgabe annähernd gelöst, und nur einer (eine junge Dame) richtig auch rere rean.

Eigentlich ist die Wendung: als obste (oder wennste) schwelst, wo ob und wenn ganz so wie Zeitwortformen aussehen: kannste, schwelste (kannst du, schwelst du), während es richtig eigentlich ob de, wenn de heißen müßte. Die Beeinflussung durch die oben genannte Zeitform liegt auf der Hand. Das ist allerdings im Berlinischen der einzige Fall dieser Art. Einige Dialekte sind darin noch weiter gegangen. So berichtet G. von der Gabelung „Die Sprachwissenschaft“ (2. Auflage Seite 328), daß einige mitteldeutsche Dialekte die Konjunktion „ob“ vollständig durchkonjugieren: ob ich gehe, ob du gehst, ob er geht, obden wir gehen, obt ihr geht, obdenst sie gehen.

Diese kurze Betrachtung wird gezeigt haben, daß es auch in dem oft so gering geschätzten Berlinischen allerlei Kniffligkeiten und Unregelmäßigkeiten gibt, die wenn sie etwa so im Altgriechischen vorkämen, als eine denkwürdige Erscheinung des Sprachgebietes bewundert würden.

Erich Bagel.

Aus der Geschichte des Portos.

Eine Erhöhung der Postgebühren draht uns, und wenn sie wirklich durchgeführt wird, werden wir wieder einer Segnung der Vorkriegszeit nachtrauern dürfen, die uns entschunden ist. Der 10-Pennig-Brief war ja der Stolz des großen Organisations der Deutschen Reichspost, Heinrich Stephan; er war die Krönung jener Bewegung zur Verbilligung des Portos, die mit dem englischen „Penny-Porto“ eingeleitet hatte. Das stolze Gebäude des Weltpostvereins war hauptsächlich auf dieser Durchführung des Einheitsportos aufgebaut. Der Aufschwung des Briefverkehrs war damit aufs engste verbunden, und hinter uns lagen jene langen Jahrhunderte, in denen die Aufgabe eines Briefes mit den größten Schwierigkeiten und Hemmungen verbunden war. War es doch vor 100 Jahren noch ein großes Ereignis, wenn man einen Brief bekam. Otto Böhr hat in seiner vortrefflichen Schilderung des deutschen Stadtlebens aus jener Zeit dafür ein bezeichnendes Beispiel gegeben: „Sah man abends im häuslichen Kreise um das brennende Lalglicht, so bildete sich mitunter an dem Dachte desselben eine rotglühende Schnuppe, einem roten Siegel vergleichbar. Dann prophezeite man demjenigen, welchem dieses Phänomen zugewandt war: „Du bekommst einen Brief!“ Doch ein Brief damals ein so seltenes und wichtiges Geschehnis war, das hatte seinen guten Grund, denn die Beförderung war langsam und das Porto teuer. Zwar waren die Zeiten längst vorbei, da die Briefbeförderung von den Regnern so nebenher beim Vieheinlauf besorgt wurde, doch ihr Zeichen, das Bialen mit dem Horn, war von der Thurn- und Taxisschen Post übernommen worden, die den Briefverkehr als erbliches Reichslehen seit dem 16. Jahrhundert betrieb. Das Briefporto wurde noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf Grund der Entfernung zwischen den einzelnen Orten berechnet, und für größere Strecken kamen Zuschläge dazu. Die Feststellung des „Postgeldes“ war also eine höchst schwierige Angelegenheit, die großer Rechenschaft bedurfte. Mit dem Sinken des Geldwertes um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurde das Porto immer wieder erhöht, in Preußen sogar verdoppelt, worüber bewegliche Klagen laut wurden. Die einzelnen Staaten und freien Reichsstädte Deutschlands richteten ihre eigenen Postanstalten ein, so daß es in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts neben der Taxisschen Reichspost 30 selbständige Postanstalten gab. Durch diese Zersplitterung wurde der Briefverkehr noch weiter verteuert und erschwert.

Bei der Eifersucht der einzelnen Posten aufeinander suchte jede Anstalt die Briefe möglichst weit in ihrem Bereich zu befördern und führte daher große Umwege herbei. Der Absender wieder suchte durch Umleitung die teuren Strecken zu vermeiden und gab eine bestimmte Route aus den Briefen an, die nicht innegehalten wurde oder auch zum Verlust des Briefes führte. Da die Briefe aus Nordostdeutschland nach Süddeutschland über das preussische Postamt Duderstadt schneller als über Leipzig gingen, wurde der Taxissche Postmeister bestochen, die Briefe über Duderstadt zu führen. Auch sonst suchte man, sich den Briefverkehr möglichst zu verbilligen. Briefe wurden „durch Güte“ befördert, indem man sie Fußboten, Buch-

händlern und Reisenden mitgab, oder man schickte sie „durch Einschluß“, indem sie in andere Briefe eingelegt wurden. Bei der unübersehbaren Vielfaltigkeit der Münz- und Gewichtssysteme in den deutschen Ländern, bei der unglaublichen Anzahl von Längen und Gewichtsstufen, waren die verwickeltesten Berechnungen bei der Tarifierung des Briefes nötig, und der Empfänger mußte immer noch nachzahlen, weshalb man meistens die Frantierung ihm überließ. Die Nichtfrantierung durch den Absender war auch sicherer, denn man konnte dann hoffen, daß der Brief wirklich befördert wurde, was sonst durchaus nicht immer der Fall war. Ein Brief von Frankfurt a. M. nach Danzig kostete 1840 150 Mark nach heutigem Gelde, einer von Königsberg nach Berlin 50 Pf., von Kassel nach Berlin 75 Pf. Die Briefe nach dem Ausland waren noch bedeutend teurer. Um das Porto zu sparen, fiel man auf die felsamsten Auswege. Der Kaufmann schrieb z. B. viele geschäftliche Mitteilungen an Personen derselben Gegend auf ein Blatt, das dann der erste Empfänger zerchnitt und verteilte. Man verweigerte auch die Annahme des Briefes, nachdem man die Nachricht von einem vereinbarten Zeichen auf den Umschlag abgelesen hatte. Von den damaligen Zuständen auf postlichen Gebiet hat Stephan, der ihnen ein Ende machte, gesagt: „Es sah sie niemand — ein Trost für den menschlichen Geist: die Erhebung der Taxen war nur eine Wahrscheinlichkeitsberechnung.“ Die deutsche Postkonferenz, die 1848 in Dresden tagte, mußte nach einer Arbeit von 3 1/2 Monaten zugeben, daß man die Kenntnis aller in den deutschen Staaten bestehenden Postnormen nicht besitze und daß ohne diese Kenntnis eine Reform nicht möglich sei.“ Den Anfang zum Besseren machte die Einführung des Penny-Portos am 10. Januar 1840 in England durch den Postminister Rowland Hill. Dieses billige Einheitsporto von 1 Penny (8 1/2 Pf.) wurde das Vorbild für alle anderen Staaten, dem auch der Norddeutsche Bund mit der Einführung des Groschen-Portos und das Deutsche Reich mit dem 10-Pennig-Tarif folgte.

Wacholder. Die „nordische Zypresse“ spielt im deutschen Leben, Glauben und Brauch eine bedeutende Rolle, die zum großen Teil durch ihren deutschen Namen veranlaßt ist. In der heutigen Namensform steckt nicht sowohl unser wach, als vielmehr das landschaftliche quack oder quid, d. i. lebendig, das wir im Quacküber haben; darauf weist nicht nur niederb. Quackalter, sondern auch die althochdeutsche Nebenform Quackholder zu Wachalter u. a. Wachholder (mit dem Ton auf der ersten Silbe) schrieb man in Anlehnung an holder = Halunder (von „Gebildeten“ ebenfalls in der Mitte betont). Aber beide Wörter sind ebenso wie Wachholder (Wacholder, mhd. Wazalter, ahd. Wazaltra, vom ahd. mazzal Worn) und Wffolter (mhd. Wffalter wie noch der ergebnisreiche Ortsname, Ableitung von Apfel) = Apfelbaum mit dem alten Worte triu Baum (engl. tree) zusammengesetzt, so daß also Wachholder Lebensbaum bedeutet, wie er denn auch als Baum der Verjüngung in Sage und Märchen bedeutungsvoll geworden ist. Im Märchen erscheint auch die niederdeutsche Form Wackholder (=boom), die für Wacholder steht wie mundartlich mir für wir, Witscherling für Witscherling u. a. Abgesehen von dem Namen Raitich (Frau Raitich), den Baum und Strauch in Preußen führen, ist noch der bayerische Kranewelt oder Kranewilt zu erwähnen, der auch im Krammeisvogel (mhd. Kranwitvogel). Schon im althochdeutschen heißt der Wacholderstrauch Kranwilt, d. i. Kranichholz, zusammengesetzt aus Kran (später Kranich) und wilt, Holz. Mit dem Namen Kranewilt, Krammet hängt auch die schwäbisch-wesfälische Benennung des Wacholder- (oder Risch-) Brantweins und des Schnapses überhaupt zusammen: Krambambel; daraus ergab sich im 18. Jahrhundert in dem studentischen Preisliede Krambambuli. C. W.

Zerstörung eines chinesischen Baudenkmals. Den politischen Wirren im Reiche der Mitte ist kürzlich eins der schönsten ostchinesischen Kunstwerke zum Opfer gefallen: der als „Weltwunder“ weit bekannte Borzellanurm innerhalb des Buddhistenklösters von Anting. Das prächtige achteckige Bauwerk mit neun Stockwerken hatte eine Höhe von etwa 90 Metern, und die Spitze konnte auf einer herumlaufenden Wendeltreppe erreicht werden. Jedes Stockwerk bestand aus einem einzigen Raum, der reich gemalt und mit in Nischen aufgestellten vergoldeten Götterbildern geschmückt war. Der Turm bestand aus Ziegelsteinen, die mit Porzellanplatten in vielen leuchtenden Farben verblendet waren. Jedes Stockwerk wurde durch einen vorspringenden Rand aus grünen Ziegeln bezeichnet, an denen kleine goldene Glocken hingen. Das Dach bestand aus Kupfer und wurde überragt von einem zehn Meter hohen Mast, der wiederum eine vergoldete Kugel trug. Der Mast selber war in eine riesige Eisenkugel eingelassen, deren Oberfläche mit künstlerisch ausgeführten symbolischen Figuren bedeckt war. Diese Kugel diente als Trefor für die Schätze des Klosters, und Juwelen, Gold, Silber, Seidenstoffe, alte medizinische Bücher, seltene Heilmittel und Gedächtniszettel wurden früher darin aufbewahrt. Nur mit den größten Schwierigkeiten mußte es möglich gewesen sein, diese sonderbare eiserne Schatzkammer von 24 Tonnen Gewicht und 12 Meter Umfang so hoch über dem Erdboden anzubringen. Das Innere des Turmes wurde nachts von Hunderten von Lampen erleuchtet; die Außenseite schmückten etwa 150 Glocken.

Arbeitersport.

Siebt Acht auf die Sportplätze.

Sport- und Spielplätze wurden oftmals schon die Dasein der Großstadt genannt. Ganz mit Recht, denn hier beginnt für den Arbeitersportler ein völlig anderes Leben. In Fabrik, Werkstatt und Kontor zwingt der technische Apparat die Menschen zur Hast, die Selbstbestimmung hört dort auf. Auf dem Sport- und Spielplatz aber befreit sich der Mensch — falls er sich nicht vom Retardiermittel des bürgerlichen Sportbetriebes einfangen läßt — wieder auf sich selbst. Es beginnt die Arbeit am eigenen Körper. Das ist wichtig, ganz besonders für den Arbeitersportler. Die Grundlage der hierzu nötigen Arbeit bilden in erster Linie die Sport- und Spielplätze. In der Millionenstadt Berlin hat die Kommune viele solcher Plätze geschaffen. Man übersieht leider noch gar zu oft den Wert solcher kommunalen Tätigkeit, die ohne die fortschreitende Einschränkung der Arbeitervertreter in den Kommunalvertretungen längst noch nicht so weit gediehen wäre. Und vor allem haben die Arbeitersportler die Pflicht zur Erhaltung der hier erwachsenen Wertobjekte. Wohl sind die Verhältnisse besonders im inneren Berlin noch nicht die besten, weil räumliche Bedrängnisse nicht immer eine freie Ausdehnung zulassen. Dennoch darf man nicht verkennen, daß dem Arbeitersport gute Stützpunkte erwachsen sind im Laufe der letzten Jahre. Und doch wird auch auf diesem Gebiet oft noch die bürgerliche Sportbewegung als besonderer Nachfaktor der herrschenden Gesellschaft unterschätzt. Der aufmerksame Beobachter wird immer wieder feststellen müssen, daß jene das Bestreben in sich hegt — wie wir es praktisch und klar so oft in Vorkriegstagen sehen konnten —, alle Kräfte der sportlichen Arbeit für sich dienstbar zu machen. Wenngleich mancher bürgerliche Verein sich aus eigenen Mitteln schon Plätze schaffen konnte, so scheut er sich nicht, auch noch die kommunalen Plätze in Anspruch zu nehmen. So stellt sich für diese automatisch eine Bevorzugung ein, die manche Arbeitersportler bei ihrer Gleichmütigkeit gar nicht bemerken. Städtische Sportplätze aber sollen in erster Linie den bedürftigen Vereinen freigestellt werden, denn auch hier haben wir das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zu vertreten. Soll uns nicht manches verloren gehen, auf das wir gleichberechtigt ein Anrecht haben, so müssen wir uns am kommunalen Leben beteiligen. Nur ein wenig sport- und kommunalpolitisch denken und urteilen lernen, zeigt dem Arbeitersportler die Werte praktischer Mitarbeit und praktischer Einflussnahme. Daran kann auch keine revolutionäre Phrasologie etwas ändern. So ergibt sich für uns die ganz einfache und klare Forderung an jeden Arbeitersportler, daß er sich um die städtischen Sportplätze, um seine Übungsstätten, ihre Herkunft, ihre Unterhaltung und auch ihre Ausnutzung im Interesse eines gesunden Sportes kümmern muß, soll ihm nicht vieles verloren gehen und soll nicht auch hier wiederum eine Bevorzugung gewisser Gesellschaftsschichten einsehen.

Der Bundesmeister kommt nach Berlin.

Wider 66, eine der technisch besten Mannschaften Groß-Berlins, ist es gelungen, den diesmaligen Bundesfußballmeister, Dresdener Sportverein 1910, am kommenden Montag nach Berlin zu verpacken. Zum ersten Male wird es der Berliner Fußballgemeinde vergönnt sein, den Bundesmeister in voller Aufstellung zu sehen. Ueber das Können der Dresdener besteht wohl im allgemeinen kein Zweifel. Bismarck hintereinander die Bundesmeisterschaft zu erringen ist noch keine Mannschaft gelungen. Aber auch die Berliner vertragen über eine für Berliner Verhältnisse Spielkarte 2:1. Im unaufhaltsamen Siegeszug gingen sie durch die Serie. Nur in den Meisterschaftsspielen erlitten sie durch das eigenartige Spiel einiger Leute eine Niederlage, die ihnen schließlich noch die Meisterschaft kosten kann. Trotzdem vertragen die Adler-Leute über Material, das dem Bundesmeister den Sieg nicht machen wird. Das Spiel findet auf dem Adler-Sportplatz in der Christianstraße statt und beginnt nachmittags 5 Uhr. — Sonst herrscht über Groß-Berlin am Sonntag wegen des Stachelmützen Spieltages. Auch den Freizeitsportleuten wird keine Spielerelaubnis erteilt.

Konkurrenzverein „Die Roten“, Ostgruppe Berlin e. V., Zentrale Wien, Ostgruppe Berlin: Sonntag, 15. Mai, auf dem Gelände des Landheimes Reichenshof bei Hennigsdorf. Beginn 3 Uhr. Unkostenbeitrag 20 Pf. — Vbt. Charlottenburg: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Sportstr. 30: „Sagelle Fragen“. — Vbt. Friedrichshagen: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, bei Schreiber, See-Edle Bellevuestr. 12: „Liedabend“. — Vbt. Gesundbrunnen: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Vorhangstr. 19: „Geselliges“. — Vbt. Südost: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Reichenshof Str. 66: „Rotarbeitsgemeinschaftlicher Vortrag“. — Vbt. Prenzlauer Berg: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Vorhangstr. 128: „Liedabend“.

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, den 7. Mai, 7 1/2 Uhr abends
im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Gen. Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.

„Sozialistische Außenpolitik“

Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3 2. Hof, II. Zimmer 5. — Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark. — Zigarrengeschäft Horsch, Engelstraße 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Insestr. 6. — Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreibrundstr. 5. — „Werkfreunde“ Bücherstube, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstraße 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen.

hilberstr. 11: „Liedabend“. — Vbt. Südwest: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Potsdamer Str. 11: „Liedabend“. — Vbt. Südost: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Potsdamer Str. 11: „Liedabend“. — Vbt. Südost: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Potsdamer Str. 11: „Liedabend“.

hilberstr. 11: „Liedabend“. — Vbt. Südwest: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Potsdamer Str. 11: „Liedabend“.

hilberstr. 11: „Liedabend“. — Vbt. Südwest: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Potsdamer Str. 11: „Liedabend“.

hilberstr. 11: „Liedabend“. — Vbt. Südwest: Freitag, 6. Mai, 8 Uhr, im Heim Potsdamer Str. 11: „Liedabend“.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, dem 5. Mai. 1. Rennen. 1. Fels (Gräf), 2. Fische (Barga), 3. Dabiel (Jarkel). 2. Rennen. 1. Dpar (Guguenin), 2. Nilon (Barga), 3. Saladin

1. Rennen. 1. Fels (Gräf), 2. Fische (Barga), 3. Dabiel (Jarkel). 2. Rennen. 1. Dpar (Guguenin), 2. Nilon (Barga), 3. Saladin

Die Starterliste für das 3-Stunden-Rennen auf der Röß-Kreuz. Das Stadionfeld für das am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf der Röß-Kreuz stattfindende internationale 3-Stunden-Rennen, das den Namen „Raceland-Moran-Preis“ führt, ist jetzt beisammen. Zu den bereits gemeldeten Mannschaften Gebrüder Dietz und Jan van Kempen, Buisenbergen-Frankenheim, Ömer-Kroßfeld, Koch-Wiethe, Behrendt-Longardi, Demoli-Gelbhart, Rühlbach-Wagmann, Otto Blant-Wax, Carl-Krollmann und Gebrüder Kneffel (Düsseldorf) sind noch die ehrgeligen Dresdener Vöhl-Martin und das vierstellige Berliner Paar Kurt Krüger-Petermann hinzu verpflichtet worden, wodurch die große Bedeutung dieses Rennens hinsichtlich noch eine wesentliche Bereicherung erfahren hat.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Tel. 2 2. Freitag, 6. Mai: Nichtenberg nach Untergruppen: Gemütliche Altiven und passiven Kameraden beteiligen sich wegen der außerordentlichen Wichtigkeit an den Zug- und Zugsgruppen um 8 Uhr. Weinendort: 8 Uhr Kameradschaftliche Scherzreden. 9. Fortzug Robert Bauer. 10. Scherzreden. 11. Kameradschaftliche Scherzreden. 12. Kameradschaftliche Scherzreden. 13. Kameradschaftliche Scherzreden. 14. Kameradschaftliche Scherzreden. 15. Kameradschaftliche Scherzreden. 16. Kameradschaftliche Scherzreden. 17. Kameradschaftliche Scherzreden. 18. Kameradschaftliche Scherzreden. 19. Kameradschaftliche Scherzreden. 20. Kameradschaftliche Scherzreden. 21. Kameradschaftliche Scherzreden. 22. Kameradschaftliche Scherzreden. 23. Kameradschaftliche Scherzreden. 24. Kameradschaftliche Scherzreden. 25. Kameradschaftliche Scherzreden. 26. Kameradschaftliche Scherzreden. 27. Kameradschaftliche Scherzreden. 28. Kameradschaftliche Scherzreden. 29. Kameradschaftliche Scherzreden. 30. Kameradschaftliche Scherzreden. 31. Kameradschaftliche Scherzreden. 32. Kameradschaftliche Scherzreden. 33. Kameradschaftliche Scherzreden. 34. Kameradschaftliche Scherzreden. 35. Kameradschaftliche Scherzreden. 36. Kameradschaftliche Scherzreden. 37. Kameradschaftliche Scherzreden. 38. Kameradschaftliche Scherzreden. 39. Kameradschaftliche Scherzreden. 40. Kameradschaftliche Scherzreden. 41. Kameradschaftliche Scherzreden. 42. Kameradschaftliche Scherzreden. 43. Kameradschaftliche Scherzreden. 44. Kameradschaftliche Scherzreden. 45. Kameradschaftliche Scherzreden. 46. Kameradschaftliche Scherzreden. 47. Kameradschaftliche Scherzreden. 48. Kameradschaftliche Scherzreden. 49. Kameradschaftliche Scherzreden. 50. Kameradschaftliche Scherzreden. 51. Kameradschaftliche Scherzreden. 52. Kameradschaftliche Scherzreden. 53. Kameradschaftliche Scherzreden. 54. Kameradschaftliche Scherzreden. 55. Kameradschaftliche Scherzreden. 56. Kameradschaftliche Scherzreden. 57. Kameradschaftliche Scherzreden. 58. Kameradschaftliche Scherzreden. 59. Kameradschaftliche Scherzreden. 60. Kameradschaftliche Scherzreden. 61. Kameradschaftliche Scherzreden. 62. Kameradschaftliche Scherzreden. 63. Kameradschaftliche Scherzreden. 64. Kameradschaftliche Scherzreden. 65. Kameradschaftliche Scherzreden. 66. Kameradschaftliche Scherzreden. 67. Kameradschaftliche Scherzreden. 68. Kameradschaftliche Scherzreden. 69. Kameradschaftliche Scherzreden. 70. Kameradschaftliche Scherzreden. 71. Kameradschaftliche Scherzreden. 72. Kameradschaftliche Scherzreden. 73. Kameradschaftliche Scherzreden. 74. Kameradschaftliche Scherzreden. 75. Kameradschaftliche Scherzreden. 76. Kameradschaftliche Scherzreden. 77. Kameradschaftliche Scherzreden. 78. Kameradschaftliche Scherzreden. 79. Kameradschaftliche Scherzreden. 80. Kameradschaftliche Scherzreden. 81. Kameradschaftliche Scherzreden. 82. Kameradschaftliche Scherzreden. 83. Kameradschaftliche Scherzreden. 84. Kameradschaftliche Scherzreden. 85. Kameradschaftliche Scherzreden. 86. Kameradschaftliche Scherzreden. 87. Kameradschaftliche Scherzreden. 88. Kameradschaftliche Scherzreden. 89. Kameradschaftliche Scherzreden. 90. Kameradschaftliche Scherzreden. 91. Kameradschaftliche Scherzreden. 92. Kameradschaftliche Scherzreden. 93. Kameradschaftliche Scherzreden. 94. Kameradschaftliche Scherzreden. 95. Kameradschaftliche Scherzreden. 96. Kameradschaftliche Scherzreden. 97. Kameradschaftliche Scherzreden. 98. Kameradschaftliche Scherzreden. 99. Kameradschaftliche Scherzreden. 100. Kameradschaftliche Scherzreden.

Wollkamm Kameradschaft e. V. Sonntag, 8. Mai, 8.30 Uhr ab Bahnhof Friedrichstraße (Sonntagsfahrplan Frankfurt), umziehen nach Lebus (Sonntagsfahrplan von Frankfurt nach Lebus). Wanderung mit zweifeln Frankfurt und Berlin zusammen: Abonishänge. Führer Viktor Weikel. Sonnabend/Sonntag, 14./15. Mai: Selmer Zug. Morgenwanderung. Treffen abends Gathol zum Aufbruch in Helm. Anmeldung (Bett oder Stroh) erforderlich. Führer Dr. Klose. Wissenschaftliche Wanderungen. Gäste willkommen. Internationales Arbeiter-Ido-Club. Montag, 9. Mai, 8 Uhr, Monatsversammlung im Jugendheim Vorstr. 11 (Bezirksamt). Erledigen in Pflicht. Berlin für Einheitsfrontschritt zu Charlottenburg. Freitag 7 1/2-9 1/2 Uhr: „Sänger, Fortschrittler“, Redefreizeit-Verband, Siemens + Oberrealschule, Schloßstr. 27 1.

Berliner Wissenschaftliches Verein. Am Dienstag, 10. Mai, 8 Uhr, in den Müller-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Referent Dr. Stadler. Thema: „Farnsäure, Rheuma und Ernährung“.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Zeitweise etwas wolkig, sonst trocken und ziemlich warm. Für Deutschland: Am Westen und äußersten Osten Gewitterneigung. Im übrigen keine wesentliche Änderung des Wetters.

Musikaufträge

Überlegt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerbundes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Dönhofs 3277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Bekehrtesuch.

Baer Sohn A.G. Berlin N4

Chausseest. 29/30

SPORTANZUG
aus gemust. Stoffen
m. Breeches und
langer Hose 31.50

SPORTANZUG
4teilig mit
Breeches und
langer Hose 45.00

**ELEGANTER
SPORTANZUG**
braun kariert
m. Breeches oder
langer Hose 60.00

SAKKO ANZ.
aus blauem
Kammgarn,
ein- oder
zweireihig 68.00

Windjacken
aus imprägniert.
Stoffen 6.75 an
von

Unterstr. Bahn
Stettiner Bahnhof

SAKKO ANZUG
Cheviotkarakter 42.00

SAKKO ANZUG
Braun gem.
Cheviot 50.00

SAKKO ANZ.
Kammgarn
art. Stoff
mittelgrau 60.00

SAKKO ANZ.
feinfarbiger
Gabardine
m. feinstem
Weberekarz
75.00

**Wetterfeste
Regenmäntel**
von 10.50 an



Freitag Sonnabend

Im Erdgeschoss Große Auswahl

reste

zu sehr billigen Preisen

Leinen-Baumwollstoffe-Kunstseide
Farbige Waschestoffe (Kreton, Zephir, Voile)
für Kleider, Blusen, Sportheimden, Schlafanzüge

Vorhangstoffe, Gardinen, Stores, Dekorationsstoffe
(gewebt Tüll, Madras, Voile, Damas)

Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Oeldweberei
Größtes Sonderhaus für Leinen u. Wäsche
Berlin W 8, Leipziger Str. 20-22

Wöch. Teilzahlung

Eleg. Herren- u. Damenmoden

fertig und nach Maß zu außergewöhnlich billigen Preisen

Garantie f. guten Sitz u. gute Verarbeitung

Julius Fabian
Maßschneiderer,
Große Frankfurter Straße 37
Kein Laden! Nur II. Etage!

Besonders billig!

wirkung sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem

Eisschränke

auch gegen

12 Monats-Raten

Dravatz

Berlin W 66, Leipziger Straße 122/123